

Soziales im Blick

Landesbeilagen

SOVD



April 2022

SoVD Berlin-Brandenburg traf sich mit Vertreter*innen der Landesregierung im Roten Rathaus

Sozialgipfelbündnis im Austausch mit Senat

SoVD und Senat kamen am 3. März zu einem Meinungsaustausch zusammen. Im Rahmen des Sozialgipfelbündnisses standen dabei sozialpolitische Themen im Mittelpunkt. Vertreten war der Senat durch die Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey, die Sozialsenatorin Katja Kipping und den Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel. Den SoVD vertrat die Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer.

Als Berliner Sozialgipfelbündnis aus Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden sowie dem Berliner Mieterverein war der SoVD mit dem Angebot an die Regierende Bürgermeisterin herantreten, bei der Umsetzung der sozial- und arbeitsmarktpolitischen Vorhaben regelmäßig mitzuwirken.

Sorge über Kriegsfolgen

Der Austausch war zunächst geprägt von der Sorge über den Krieg in der Ukraine und die große Bereitschaft zur Hilfe bei der Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Flüchtenden. Für Berlin und Brandenburg bedeutet dies, dass vordringlich Erstunterkünfte bereitgestellt werden müssen. Zudem müssen Vorkehrungen getroffen werden, um die Sicherheit der ankommenden Frauen, Kinder und älteren Menschen zu gewährleisten.

Zu den darüber hinaus diskutierten Themen gehörte

die Überwindung der sozialen Spaltung. Hierfür erachtet es der SoVD als unerlässlich, dass Armut bei Arbeit und im Alter wirksam bekämpft wird. Es gelte, prekäre und ungeschützte Arbeit durch reguläre Beschäftigung zu ersetzen. Der Berliner Senat könne hierzu insbesondere bei der öffentlichen Vergabe von Aufträgen einen Beitrag leisten. Vor diesem Hintergrund sei die vorgesehene Erhöhung des Mindestlohnes bei öffentlichen Aufträgen sowie die Vergabe von Projekten an freie Träger zu begrüßen.

Kritik an Minijobs

Der SoVD fordert auch weiterhin, Minijobs grundsätzlich in sozialversicherungspflichtige Arbeit zu überführen. Kurzarbeitergeld sei auch für geringfügige Beschäftigung zu leisten. Dies habe nach Überzeugung des Verbandes gerade in der Pandemie eine große Rolle gespielt. Denn von den Einschränkungen

infolge der Krise seien viele Frauen in Einzelhandel, Gastronomie und Pflege mit niedrigem Einkommen besonders betroffen gewesen.

Wesentlich ist aus Sicht des SoVD auch die Umsetzung der in der Koalitionsvereinbarung vorgesehenen Maßnahmen für Menschen in höherem Lebensalter, mit Behinderungen, Geflüchtete und Asylbewerber*innen. Die Teilhabe sozial Benachteiligter, so Ursula Engelen-Kefer, habe für den Sozialverband einen hohen Stellenwert.

Für bezahlbaren Wohnraum

Die SoVD-Landesvorsitzende wies noch auf einen weiteren wichtigen Punkt hin: Als „Mieterstadt“ seien die Bürger*innen besonders von dem drastischen Anstieg der Mieten betroffen. Das Wohnraumangebot müsse daher bedarfsgerecht und unter Berücksichtigung der erforderlichen Barrierefreiheit



Berlins Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (li.) tauschte sich mit der SoVD-Landesvorsitzenden Ursula Engelen-Kefer über diverse sozialpolitische Themen aus.

erhöht werden. In jedem Fall seien Mieterhöhungen gerade von den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften zu verhindern. Angesichts drastisch gestiegener Energiekosten forderte der SoVD außerdem öffentliche Zulagen.

Die Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey zeigte sich für die Positionen des SoVD offen. Die diskutierten Themen,

so Giffey, lägen ihr selbst am Herzen. Das gelte für die soziale Frage nach bezahlbarem Wohnraum und aktuell besonders für die Aufnahme geflüchteter Menschen. Dabei zeigten die Berliner*innen wieder einmal eine riesige Hilfsbereitschaft für Menschen in Not. Franziska Giffey bekräftigte ihr Ziel, dass Berlin vielfältig, bezahlbar und sozial bleibe.

SoVD und CDU erörterten ihre Standpunkte in sozialpolitischen Fragen

Austausch mit der Opposition

Der SoVD Berlin-Brandenburg will mit allen demokratischen Parteien im Berliner Abgeordnetenhaus Gespräche führen. Den Anfang machte Kai Wegner. Der Landesvorsitzende der Berliner CDU führt als Fraktionsvorsitzender auch die größte Oppositionspartei im Abgeordnetenhaus an. Mit ihm trafen sich Ursula Engelen-Kefer und Joachim Krüger vom SoVD-Landesvorstand.



Bei einem Gespräch tauschten der Landesvorsitzende der Berliner CDU, Kai Wegner (li.), sowie Ursula Engelen-Kefer und Joachim Krüger vom SoVD Berlin-Brandenburg ihre Standpunkte aus.

Weitgehendes Einvernehmen wurde bei dem Treffen hinsichtlich einer städtischen Verkehrsplanung erzielt, die auf die Belange von Menschen mit Behinderungen besondere Rücksicht nimmt und Inklusion ermöglicht. Nachhaltige Lösungen sollten zum Beispiel die bessere Verkehrsanbindung der Außenbezirke und den Ausbau der U-Bahn beinhalten.

Das Angebot des Inklusionstaxis sollte nach Meinung des SoVD ausgeweitet werden. Der CDU boten Engelen-Kefer und Krüger hierfür ihre Unterstützung an. Gleichzeitig mahn-ten beide die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in den Berliner Stadtbezirken an. Hier stellt die CDU die Mehrzahl der dafür zuständigen Sozialstadträt*innen.

Gemeinsam helfen

Mit Ihrer Unterstützung will der SoVD Berlin-Brandenburg humanitäre Hilfe leisten und das Leid der vom Krieg in der Ukraine betroffenen Menschen lindern.

Spendenkonto:

Sozialverband Deutschland LV Berlin-Brandenburg
IBAN: DE40 5206 0410 0105 0265 20
BIC: GENO DEF1 EK1
Stichwort: Ukraine-Hilfe

Weitere Hilfsmöglichkeiten finden Sie auf Seite 13.

www.sovd-bbg.de



Aufruf zum Protest

Bundesweit findet am 5. Mai der Europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen statt. Auch der SoVD Berlin-Brandenburg macht zu diesem Anlass mit einer Demonstration auf bestehende Defizite aufmerksam. Wer dabei sein möchte, trifft sich um 15 Uhr auf dem Nollendorfplatz!



Meine Meinung

Polizei und Feuerwehr verdienen Unterstützung

In der letzten Zeit häufen sich in Berlin Angriffe auf Polizeikräfte, die ihren Dienst im Interesse der Allgemeinheit verrichten. Tätliche Angriffe auf Beamtinnen und Beamte, die mit Nachdruck versuchen, die öffentliche Ordnung durchzusetzen, sowie Verletzungen im Dienst sind leider an der Tagesordnung. Noch unverständlicher ist es, wenn Einsatzkräfte der Feuerwehr oder anderer Rettungsdienste an ihrer Aufgabe, Menschenleben zu retten, gewaltsam gehindert werden.

Solche Ereignisse sind keine Einzelfälle mehr; in Zeiten von sogenannten Querdenkern und Corona-Leugnern, von Autonomen, Reichsbürgern und Rechtsradikalen werden sie zur täglichen Herausforderung in Berlin und fast überall in unserer Republik. Wir dürfen diese Angriffe auf unsere demokratische Ordnung, auf das Gewaltmonopol des Staates und auf den wirksamen Schutz von Bürgerinnen und Bürgern nicht reaktionslos hinnehmen!

Sicher gibt es – wie überall, wo Menschen handeln – auch Fehler und Rechtsüberschreitungen im Bereich der Ordnungskräfte. Sie sollen nicht vertuscht und auch angemessen geahndet werden. Dies darf jedoch unser Vertrauen in der Arbeit der Ordnungshüter nicht grundsätzlich erschüttern; im Gegenteil: Sie verdienen unsere Anerkennung und ebenso unsere Solidarität. Ein Grundgedanke, der sich auch in unserer Medienlandschaft endlich durchsetzen sollte.

Schließlich riskieren die Beamtinnen und Beamten von Polizei und Feuerwehr tagtäglich ihr Leben und ihre Gesundheit, um uns friedlichen Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit zu gewährleisten und das nötige Vertrauen in unsere demokratisch-rechtsstaatliche Ordnung zu vermitteln.

Joachim Krüger, 2. Landesvorsitzender

Die Redaktion freut sich auch über Ihren Standpunkt zu dieser Problematik. Schreiben Sie per E-Mail an: redaktion@sovd-bbg.de oder per Post an: SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg e. V., Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin.

Im Beirat für Menschen mit Behinderungen will Bodo Feilke etwas verändern

Inklusion auch auf Bezirksebene

Seit zehn Jahren engagiert sich SoVD-Mitglied Bodo Feilke in seinem Bezirk im Beirat für Menschen mit Behinderungen. Im Interview spricht der Vorsitzende des Kreisverbandes Charlottenburg-Wilmersdorf über seine Motive und seine Anliegen zum Wohle der Menschen mit Behinderungen.

Wie kam es zur Mitgliedschaft, was waren Ihre Motive?

Als ehemaliger Hauptvertrauensmann der schwerbehinderten Menschen im Bundesministerium der Finanzen war es mir wichtig, die Belange der Behinderten auch in der Politik zu vertreten, um Benachteiligungen zu verhindern und Lösungen anzubieten.

Wo tagt der Beirat, wie oft und unter welcher Leitung?

Laut eigener Satzung tagt der Beirat vierteljährlich unter der Leitung des Bezirksbürgermeisters im Rathaus Charlottenburg. Sein Vertreter ist der Behindertenbeauftragte des Bezirks.

Welche Themen standen zuletzt im Mittelpunkt?

Der Beirat hat seit 2014 einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Bezirk. Die Hauptthemen der letzten Sitzungen waren unter anderem die Barrierefreiheit im Bezirk, hier speziell der Breitscheidplatz, sowie Toiletten, barrierefreier Wohnraum und Inklusion.

Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit Bezirksamt und Bezirksverordnetenversammlung?

Die Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt ist gut, zumal wir oft zu Fachthemen die zuständigen Stadträte im Gremium haben und die Probleme dabei angesprochen und in vielen Fällen auch gelöst werden. Auch mit



Bodo Feilke

den Vertretern der politischen Parteien der Bezirksverordnetenversammlung arbeiten wir im Beirat konstruktiv zusammen.

Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit den Vertretern von Behindertenverbänden und Interessengruppen?

Im Beirat befinden sich Vertreter des Blinden- und Sehbehindertenverbandes, der Hörgeschädigten, Hand und Fuß, sowie weitere Gruppierungen. Die Zusammenarbeit ist sehr gut und die fachlichen Hinweise sind sehr hilfreich.

Engagieren Sie sich noch in anderen Beiratsgremien im Bezirk?

Ich bin für den SoVD Berlin-Brandenburg auch im Sozialhilfebeirat des Bezirks vertreten.

Wird die ehrenamtliche Arbeit ausreichend anerkannt?

Die ehrenamtliche Arbeit erfährt durchaus Anerkennung. So erhielt ich etwa 2014 für meine

ehrenamtliche Arbeit die Verdienstmedaille des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf.

Bleiben Sie dem Beirat als Mitglied erhalten?

Für die anstehende Amtsperiode habe ich mich erneut beworben und möchte auch weiterhin meine Fähigkeiten und Kenntnisse zum Wohle der schwerbehinderten Menschen einbringen.

Der SoVD Berlin-Brandenburg dankt Bodo Feilke für die Beiratsarbeit und wünscht ihm weiterhin viel Erfolg.

Interview: Joachim Krüger



Der Beirat für Menschen mit Behinderungen vertritt die Interessen der in den Bezirken wohnenden und arbeitenden Bürger*innen mit Behinderungen. Er setzt sich für die Verwirklichung ihrer Bedürfnisse unter Berücksichtigung des Berliner Landesgleichberechtigungsgesetzes (LGBG) sowie der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN-BRK) ein.

Dabei orientiert sich der Beirat insbesondere an den Leitgedanken der Inklusion sowie des Disability Mainstreaming (dies umschreibt die Gleichstellung behinderter Menschen auf allen gesellschaftlichen Ebenen).



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Kreisverband Berlin-Ost Ortsverband Stadtverband Berlin-Ost

Bei der gut besuchten Versammlung am 8. Februar diskutierten die Mitglieder rege über die Seniorenvertretung in Marzahn-Hellersdorf. Deren Vorsitzende Petra Ritter stellte ihre Arbeit vor und erklärte,

dass die Zusammenarbeit mit dem Bezirk und dem Stadtrat gut funktioniere. Verbesserungen vonseiten des Bezirkes könne sie sich allerdings bei der Vorbereitung und der Durchführung der Wahlen vorstellen. Auch die Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeirat ließe sich ihrer Ansicht nach noch ausbauen.

Ursula Engelen-Kefer wies darauf hin, dass der stellvertretende Vorsitzende Joachim Krüger regelmäßig Treffen zum Erfahrungsaustausch zwischen den Vertretungen von Senior*innen und Menschen mit Behinderungen in den Bezirken organisiere.

Petra Ritter sagte, sie wolle mit dem Ortsverband im engen Kontakt bleiben und die

Zusammenarbeit auch für den Landesseniorenbeirat nutzen.

Kreisverband Steglitz-Zehlendorf

Der Landesvorstand hat einstimmig beschlossen, die beiden Kreisverbände Steglitz und Zehlendorf zum Kreisverband Steglitz-Zehlendorf zusammenzuführen. Aus den bisherigen Ortsverbänden wurden die Treffpunkte SoVD-Treff Rimkus und SoVD-Treff Café LebensArt. Informationen zu Terminen und Ansprechpartner*innen finden Sie auf Seite 14.

Kreisverband Tiergarten-Wedding

Die Beratungsstelle des Kreisverbandes konnte erneut einem SoVD-Mitglied helfen. Diesem

drohte aufgrund häufiger Fehlzeiten infolge eines verschlechterten Gesundheitszustandes der Verlust des Arbeitsplatzes. Mithilfe der Sozialberatung konnte zunächst die Anhebung des Grades der Behinderung (GdB) auf 40 Prozent erreicht werden. Auch ein Antrag bei der Agentur für Arbeit auf Gleichstellung mit schwerbehinderten Arbeitnehmer*innen wurde bewilligt. Mit dem Hinweis auf die Gleichstellung beim Schwerbehindertenstatus kann der Arbeitgeber das Mitglied nun in einem Arbeitsbereich einsetzen, der die bestehenden Einschränkungen berücksichtigt. Eine Kündigung wurde somit verhindert und das Mitglied blickt wieder mit Mut in die berufliche Zukunft.



Ursula Engelen-Kefer (li.) dankte Petra Ritter für ihren Vortrag.

Berliner Verein Silbernetz vermittelt älteren Menschen Gesprächspartner*innen

Niemand da zum Reden?

Leider gehört Einsamkeit für immer mehr Menschen zu ihrem Alltag. Diese Tatsache nahmen die SoVD-Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer und Heike Roß-Ritterbusch, Koordinatorin des ehrenamtlichen Besuchsdienstes, zum Anlass, den Verein Silbernetz zu besuchen. Dieser ermöglicht kostenlos telefonische Hilfe und Beratung. Die Silbernetz-Vorsitzende Elke Schilling machte bei dem Gespräch auf vergangene und auf aktuelle Herausforderungen aufmerksam.

Mit Sitz in Berlin-Wedding ist Silbernetz eine der führenden Organisationen im Kampf gegen die Einsamkeit älterer Menschen. In dem Inklusionsbetrieb sind alle Stellen mit langzeitarbeitslosen und schwerbehinderten Menschen besetzt. Sie bewältigen rund 200 Anrufe pro Tag. Der kleine Verein, der sich überwiegend aus Spenden und Stiftungsmitteln trägt, muss hierfür monatlich enorme Telefongebühren finanzieren.

Auch bei der Beratungsarbeit im SoVD ist das Bedürfnis älterer und kranker Menschen nach Kontakt zu spüren. Deren Problemlagen sind insgesamt vielfältig. Doch Einsamkeit betrifft längst auch zunehmend jüngere Menschen und ist zu einem der drängendsten gesellschaftlichen Probleme geworden. Zwar wird inzwischen immer häufiger darüber gesprochen, nachhaltige Maßnahmen, mit denen Einsamkeit konkret überwunden werden kann, lassen jedoch meist auf sich warten.

Gerade in Großstädten wie Berlin können einsame Menschen schnell „unsichtbar“ werden. Die Verantwortlichen von



Trafen sich in der Geschäftsstelle von Silbernetz (v. li.): Heike Roß-Ritterbusch, Ursula Engelen-Kefer und Elke Schilling.

SoVD und Silbernetz tauschten sich vor diesem Hintergrund ausführlich aus. Ziel müsse es sein, eine konkrete Strategie für die Hauptstadt zu entwickeln. Intensiv erörterten beide Organisationen daher die Möglichkeit einer Kooperation. Ursula Engelen-Kefer und Heike Roß-Ritterbusch werden im SoVD-Landesverband zunächst weiter an Ideen arbeiten und sich dann erneut mit Elke Schilling von Silbernetz zusammensetzen.

Die Landesvorsitzende des SoVD setzte das Thema Einsamkeit zudem auf ihre Agenda für das bevorstehende Gespräch mit Berlins Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (lesen Sie hierzu auch den Bericht auf Seite 11).

Silbernetz bietet bundesweit telefonische Unterstützung oder einfach „jemanden zum Reden“. Die kostenlose Telefonnummer 0800/47 08 090 ist von 8 bis 22 Uhr erreichbar.



Glückwünsche

Wer freudig tut und sich des Getanen freut, ist glücklich.

Johann Wolfgang von Goethe

Wir freuen uns, dass Sie zu uns gehören und gratulieren recht herzlich zu Ihrem Ehrentag. Mögen Frohsinn, Heiterkeit und eine gute Gesundheit Sie stets begleiten!

Besondere Glückwünsche gehen an:

90 Jahre: 4.4.: Anni Kulke, Berlin; 16.4.: Günter Schlickeiser, Berlin; 18.4.: Anneliese Kuna, Berlin; 19.4.: Ewald Jacumeit, Berlin.

91 Jahre: 25.4.: Anita König-Hirsch, Berlin; 27.4.: Wolfgang Hollmann, Berlin.

92 Jahre: 5.4.: Wolfgang Koch, Berlin; 13.4.: Rolf Seidel, Berlin.

93 Jahre: 28.4.: Dieter Eulberg, Berlin.

94 Jahre: 24.4.: Werner Sugge, Berlin.

96 Jahre: 6.4.: Ilse Werner, Wustermark; 18.4.: Sieghard Schmidt, Potsdam.

97 Jahre: 9.4.: Heinz Graffendorff, Berlin.

Unseren Jubilarinnen und Jubilaren herzliche Glückwünsche und Dank für langjährige Treue zum Verband!

Für 35 Jahre: 13.4.: Heike Seiler, Berlin; 29.4.: Ralf Tubbenthal, Berlin.

Für 45 Jahre: 1.4.: Alfred Jaedicke, Berlin.

Für 60 Jahre: 1.4.: Horst-Eckardt Schulz, Berlin.

Stand: 22.02.2022

Unterstützung für vom Krieg betroffene Menschen

Gemeinsam helfen

Der SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg ruft dazu auf, sich an den Hilfsaktionen für ukrainische Flüchtlinge zu beteiligen. Einige Möglichkeiten hierfür und die entsprechenden Anlaufstellen finden Sie in dieser Übersicht.

Nach Beginn des Krieges in der Ukraine zeigten die Menschen in Berlin und Brandenburg eine riesige Hilfsbereitschaft. Allerdings sollte man nicht mehr persönlich zum Berliner Hauptbahnhof kommen. Wer Geflüchteten eine Unterkunft zur Verfügung stellen möchte, kann diese in dem **Online-Portal www.unterkunft-ukraine.de** hinterlegen. Dort wird die Vergabe von Schlafplätzen geprüft und koordiniert.

Wenn Sie Fragen zu den Hilfsangeboten haben oder sich über Unterstützungsmöglichkeiten informieren möchten, Erreichen Sie die **zentrale Servicrufnummer unter Tel.: 030/90 12 71 27** täglich von 7 bis 18 Uhr. Auskünfte gibt es dort in Deutsch, Ukrainisch, Russisch und Englisch.

Auch in der **Erstanlaufstelle in der Oranienburger Straße 285** (Haus 2), 13437 Berlin, können sich Ehrenamtliche melden. Dies geht per Tel.: 030/902 25 20 15 oder 030/902 25 20 16 sowie per E-Mail: freiwillig@union-hilfswerk.de.



Foto: Halfpoint / Adobe Stock

Der Ukraine-Krieg löste eine Welle der Hilfsbereitschaft aus.

Sachspenden können Sie bei diesen Stellen abgeben:

- Moabit hilft e.V., Turmstr. 21 (Haus R), 10559 Berlin. Möglich ist dies wochentags zwischen 10 und 16 Uhr.
- Pilecki-Institut, Pariser Platz 4 A, 10117 Berlin. Hier ist wochentags zwischen 10 und 18 Uhr geöffnet.

Weitere Abgabestellen der Ukraine-Hilfe Berlin e.V. finden Sie zudem online unter: www.ukraine-hilfe-berlin.de.

Umfangreiche Informationen im Internet bietet ebenfalls das Netzwerk Berlin hilft e.V. unter: www.berlin-hilft.com.

Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Kreisverband Neukölln

Seit Januar gibt es im Bürgerzentrum in der Werbellinstraße 42 eine neue Sozialberatungsstelle des SoVD. Dort widmet sich Hans-Werner Hofmann, der zugleich Rentenberater für die Deutsche Rentenversicherung ist, den Nöten älterer und behinderter Menschen. Hofmann ist selbst schwerbehindert und weiß daher um die Probleme bei der Anerkennung eines Behindertengrades, beim Antrag auf eine Rente wegen Erwerbsminderung oder bei der Bewilligung eines Pflegegrades.

Die Arbeit in der Beratungsstelle, so Hofmann, fülle ihn aus und mache ihm Spaß. Den Ratsuchenden lege er dabei auch gerne die Mitgliedschaft im SoVD ans Herz. Wer es nicht hinnehmen wolle, dass die soziale Schere immer weiter auseinander geht, der übe durch seinen Eintritt in den Verband zugleich auch Solidarität mit anderen Hilfesuchenden.



V. li.: Hans-Werner Hofmann, Neuköllns Kreisvorsitzende Edith Massow und Landesvorstandsmitglied Alfred Lotz.

Beratungstermine bei Hans-Werner Hofmann können Sie unter Tel.: 030 / 34 39 43 85 vereinbaren.

Kreisverband Brandenburg Süd-West

Vor Kurzem wurde in der Sängerstadt Finsterwalde eine neue Beratungsstelle eröffnet. Der SoVD und die Sozialarbei-

terin Cornelia Schreiber laden Hilfesuchende dazu ein, die dort angebotenen Leistungen kennenzulernen.

Die Beratungsstelle finden Sie in der Kirchhainer Straße 1, 03238 Finsterwalde. Termine bei Cornelia Schreiber gibt es nach Vereinbarung, Tel.: 01511 / 56 54 036, E-Mail: ks.fensterwalde@sovd-bbg.de.

5 Termine und Ansprechpartner*innen im SoVD Berlin-Brandenburg

Wir laden alle Mitglieder und Interessierten herzlich ein, an den Aktivitäten des SoVD Berlin-Brandenburg teilzunehmen. Die jeweiligen Ansprechpartner*innen finden Sie in kursiver Schrift. Sie stehen Ihnen bei Fragen gerne zur Verfügung. Bitte erkundigen Sie sich vor der Veranstaltung über die Regelungen zum Infektionsschutz. Weitere Informationen finden Sie auch online unter: www.sovd-bbg.de.

Damit die Mitgliederpost und die SoVD-Zeitung „Soziales im Blick“ Sie stets erreichen kann, teilen Sie uns bei einem Umzug bitte Ihre neue Adresse mit!

SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg

Information und Beratung: Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin (barrierefreier Eingang: Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 12), Anmeldung unter Tel.: 030/26 39 380, E-Mail: post@sovdbbg.de.

Sozialrechtsberatung: Montag und Donnerstag, 9–12 Uhr und 13–17 Uhr, sowie Dienstag, 9–12 Uhr und 13–15 Uhr. *Renate Augner, Sabine Stuckert, Rico Gersten*, Tel.: 030/26 39 380, E-Mail: rechtsberatung@sovdbbg.de.

Landesgeschäftsführung: *Birgit Domröse*, Tel.: 030/26 39 38 27, E-Mail: birgit.domroese@sovdbbg.de.

Mitgliederverwaltung / Buchführung: *Bernhard Kippert*, Tel.: 030/26 39 38 14, E-Mail: bernhard.kippert@sovdbbg.de.

Ehrenamtlicher Besuchsdienst: *Heike Roß-Ritterbusch*, Tel.: 030/26 39 38 21, E-Mail: ross-ritterbusch@sovdbbg.de.

Presse / Verbandszeitung: *Barbara Hübner*, Tel.: 030/26 39 380, E-Mail: presse@sovdbbg.de.

Traditioneller Frauenstammtisch

Jeder 4. Sonnabend im Monat, 10 Uhr: Frauenfrühstück im Restaurant „Ännchen von Tharau“, Rolandufer 6, 10179 Berlin.

Anmeldung bei *Barbara Kubanke*, Tel.: 030/38 12 703, E-Mail: babsika@gmx.de.

„Unser Mittwoch“

Mitgliedertreff in der Landesgeschäftsstelle, Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin.

Anmeldung per E-Mail unter: post@sovdbbg.de.

„Unser Mittwoch Kultur“

Jeden 3. Mittwoch im Monat findet eine Veranstaltung im Zeichen von Kultur statt.

Anmeldung bei *Heike Roß-Ritterbusch*, Tel.: 030/26 39 38 21, E-Mail: ross-ritterbusch@sovdbbg.de.

„Unser Mittwoch digital“ – Senior*innen-Computer-Club

Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat: Üben und Weiterlernen. Anmeldung bei *Heike Roß-Ritterbusch*, Tel.: 030/26 39 38 21, E-Mail: ross-ritterbusch@sovdbbg.de.

Angeleitete Gruppe für pflegende An- und Zugehörige

Jeder 4. Donnerstag im Monat, 15.30–17.30 Uhr. Anmeldung bei *Heike Roß-Ritterbusch*, Tel.: 030/26 39 38 21, E-Mail: ross-ritterbusch@sovdbbg.de.

Kreisverband Berlin-Ost

Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, Tel.: 030/26 39 38 01, E-Mail: ov.berlinost@sovdbbg.de.

Ortsverband Stadtverband Berlin-Ost

8. April, 14 Uhr: Mitgliederversammlung (Wahl des Vorstandes, Vorbereitung der Kreisverbandstagung am 23. September). SoVD-Bundesgeschäftsstelle (5. OG), Stralauer Straße 63, 10179 Berlin.

Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, Tel.: 030/26 39 38 01, E-Mail: ov.berlinost@sovdbbg.de.

Ortsverband Treptow-Köpenick

19. April, 14 Uhr: Mitgliederversammlung. Kiez Klub, Rathaus Johannisthal, Sterndamm 102, 12487 Berlin.

Michael Nakoinz, Tel.: 030/26 39 38 01, E-Mail: ov.trepkoep@sovdbbg.de.

Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf

Ortsverband Charlottenburg

13. April, 16 Uhr: Mitgliederversammlung. Restaurant Rouladenhaus, Nonnendammallee 83, 13629 Berlin.

19. April, 15 Uhr: Mitgliederversammlung. Stadtteilzentrum Nehringstraße 8, 14059 Berlin.

Jürgen von Rönne, Tel.: 030/26 39 38 02, E-Mail: ov.charlottenburg@sovdbbg.de.

Ortsverband Wilmersdorf

21. April, 15.30 Uhr: Mitgliederversammlung (Vortrag „Aktuelles aus der Sozialpolitik“). Seniorenzentrum Werner-Bockelmann-Haus (kleiner Saal), Bundesallee 48b–50, 10715 Berlin.

Bodo Feilke, Tel.: 030/26 39 38 02, E-Mail: ov.wilmersdorf@sovdbbg.de.

Kreisverband Neukölln Ortsverband Neukölln-Britz-Buckow-Rudow

11. April, 16 Uhr: Mitgliederversammlung (sozialpolitische Themen, Neues aus dem Landesverband). Gemeindehaus der ev. Kirchengemeinde, Alt-Buckow 38, 12349 Berlin.

Edith Massow, Tel.: 030/26 39 38 03, E-Mail: kv.neukoelln@sovdbbg.de.

Kreisverband Reinickendorf

3. April, 14–16 Uhr: Mitgliedertreffen („Erzählcafé“, Kaffee und Kuchen).

5. April, 16–17 Uhr: Beratung nach Vereinbarung.

29. April.

Alle Veranstaltungen finden in der Geschäftsstelle Eichborndamm 96, 13403 Berlin, statt.

Anmeldungen bei *Angelika Gollombek*, Tel.: 030/26 39 38 05, E-Mail: kv.reinickendorf@sovdbbg.de. Sorgentelefon erreichbar unter Tel.: 030/54 49 77 71.

Kreisverband Spandau

Ansprechpartner: *Armin Dötsch*, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: kv.spandau@sovdbbg.de.

Sozialberatung: dienstags, 10–12 Uhr sowie nach Vereinbarung.

Ortsverband Spandau-Mitte mit Haselhorst / Siemensstadt

28. April, 18.45 Uhr: Jahreshauptversammlung (Wahl des Vorstandes sowie der Delegierten). Seniorenklub Lindenufer, Mauerstraße 10 A, 13597 Berlin.

Elke Beuke, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: ov.spandaumitte@sovdbbg.de.

Ortsverband Spandau Nord / Süd

7. April, 18.30 Uhr: Sozialpolitisches Mitgliedertreffen (Vortrag zum Thema Wein). Restaurant „Ännchen von Tharau“, Rolandufer 6, 10179 Berlin.

Susanne Witte, Tel.: 0170/9 38 43 15, E-Mail: ov.spandaunordsued@sovdbbg.de.

Ortsverband Falkensee

Armin Dötsch, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: ov.falkensee@sovdbbg.de.

Kreisverband Steglitz-Zehlendorf

13. April, 15 Uhr: Mitgliederversammlung. Maria-Rimkus-Haus, Am Gemeindepark 1, 12249 Berlin. Barrierefrei erreichbar mit Bus M82 (Haltestelle Havensteinstraße).

Sozialberatung nach vorheriger Anmeldung.

Wolfgang Engelmann, Tel.: 030/26 39 38 04, E-Mail: kv.steglitz@sovdbbg.de.

22. April, 14 Uhr: Mitgliederversammlung. Café LebensArt, Clayallee 346, 14169 Berlin. Erreichbar mit Bus X10 (Haltestelle Zehlendorf Eiche).

Sozialberatung nach vorheriger Anmeldung.

Carsten Strauss, Tel.: 0176/56 99 76 20, E-Mail: kv.zehlendorf@sovdbbg.de.

Kreisverband Tempelhof-Schöneberg Ortsverband Kreuzberg-Schöneberg

9. April, 15–18 Uhr: Mitgliederversammlung. Seniorenfreizeitstätte, Am Mühlenberg 12, 10825 Berlin.

Sabine Schwarz, Tel.: 030/26 39 38 08, E-Mail: kv.tempschoen@sovdbbg.de.

Sprechstunde und Sozialberatung jeden 3. Mittwoch im Monat, 15–17 Uhr. Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin.

Treffpunkt für Ausflüge: U-Bahnhof Rathaus Schöneberg, Freiherr-vom-Stein-Straße.

Kreisverband Tiergarten-Wedding

12. April, 15 Uhr: Mitgliederversammlung (Bericht über Wahlen der Seniorenvertretungen).

Mitgliedertreff jeweils dienstags ab 14.30 Uhr. Anmeldung erforderlich.

Ort für alle Veranstaltungen: Waldstraße 48, 10551 Berlin.

Rita Krüger-Bieberstein, Tel.: 030/26 39 38 06, E-Mail: kv.tierwedding@sovdbbg.de.

Sprechzeiten: Dienstag, 14–18 Uhr. Beratungstermine nach Vereinbarung für Mittwoch zwischen 16 und 18 Uhr.

Kreisverband Brandenburg Süd-West Kontaktstelle

Brandenburg an der Havel

Dagmar Herz, Tel.: 03381/5 51 51 31, mobil: 0152/58 57 78 46, E-Mail: ks.brandenburg@sovdbbg.de.

Ortsverband Niederlausitz Beratungsstelle Finsterwalde

Sprechzeiten dienstags, 14–17 Uhr.

Cornelia Schreiber, E-Mail: ks.finsterwalde@sovdbbg.de.

Kontaktstelle Cottbus (Niederlausitz)

Joachim Melchert, Tel.: 030/26 39 380, E-Mail: ks.cottbus@sovdbbg.de.

Kontaktstelle Jüterbog (Teltow / Fläming)

Neuheim 6, 14913 Jüterbog. *Marlies Zappe*, Tel.: 030/26 39 380, E-Mail: ks.jueterbog@sovdbbg.de.

Kreisverband Brandenburg Nord-Ost

Thorsten Waue, Tel.: 0163/87 00 665, E-Mail: kv.brbrnordost@sovdbbg.de.

Ortsverband Fürstenwalde

Dr. Martin Bock, Tel.: 03341/42 18 72, E-Mail: ov.fuerstenwalde@sovdbbg.de.

Ortsverband Prignitz-Ruppin

Thorsten Waue, Tel.: 0163/87 00 665, E-Mail: ov.prignitzruppin@sovdbbg.de.



Foto: pixabay

Erste Landesvorstandssitzung des Jahres 2022 in München abgehalten

Kooperationen stärken

Die Vorfreude bei allen Vorstandsmitgliedern und den Mitarbeiter*innen der Landesgeschäftsstelle war groß: Am 12. Februar traf sich zum ersten Mal seit dem Sommer 2020 der Landesvorstand des SoVD Bayern. Die Landesgeschäftsstelle hatte die Sitzung gut vorbereitet und die Landesvorsitzende hatte eine Einladung zu zwei möglichen Teilnahmewegen ausgesprochen – zum einen klassisch in Präsenz vor Ort, zum anderen aber auch per Online-Videoschaltung.

Die meisten Vorstandsmitglieder kamen gerne persönlich nach München, nicht zuletzt um die Räume der Landesgeschäftsstelle kennenzulernen. Direkt nach dem Eintreffen nahm jedes Vorstandsmitglied an einem Corona-Schnelltest teil, damit die notwendige Sicherheit gewährleistet werden konnte. Auch wurde stets gut gelüftet. Am Platz durften die Masken dann abgenommen werden. Als Stärkung während der langen Sitzung gab es einen Imbiss und jede Menge Kaffee.

Zwei Mitglieder des Landesvorstandes nahmen digital per Video teil. Das funktionierte hervorragend. Beide konnten sich beteiligen, als saßen sie direkt mit am Tisch.

Die neue Landesvorsitzende Meta Günther freute sich besonders über das Zusammentreffen und erläuterte dem Landesvorstand ihre Vorhaben für die Zukunft des Landesverbandes. Diese besprach der Landesvorstand dann eingehend.



Die neue Landesvorsitzende Meta Günther (stehend) stellte den Vorstandsmitgliedern ihre Pläne vor.

Einig war man sich in der Hoffnung, dass die Beschränkungen durch Corona hoffentlich bald ein Ende finden, da der Kontakt zu den Mitgliedern vor Ort sehr darunter leide.

Dem Landesvorstand wurde umfangreich über die Entwick-

lungen im Bundesverband und im Landesverband berichtet, und die Vorstände trugen ihre Erfahrungen aus den Orts- und Kreisverbänden vor. Als Ziele wurden unter anderem eine engere Kooperation mit den anderen kleinen Landesverbänden des SoVD sowie mit anderen Verbänden vereinbart, die für soziale Anliegen eintreten. Ebenfalls soll der SoVD Bayern wieder verstärkt politisch aktiv werden und sein Netzwerk in Politik und Zivilgesellschaft ausbauen.

Nach mehreren Stunden intensiven Austausches bedankte sich Landesvorsitzende Meta Günther abschließend bei allen Vorstandsmitgliedern und wünschte ihnen einen guten Heimweg, der für einige quer durch ganz Bayern führte.

Die nächste Sitzung des Landesvorstandes wird in Nürnberg stattfinden, um auch die dortige Geschäftsstelle und die Mitarbeiter*innen kennenzulernen.

SoVD Bayern wünscht Ulrike Scharf viel Erfolg



Foto: CSU

Die neue Ministerin Ulrike Scharf bei ihrer Amtseinführung, unter anderem mit Ministerpräsident Markus Söder (Mitte).

Am 23. Februar wurde das Staatsministerium für Arbeit, Familie und Soziales in Bayern im Rahmen einer Kabinetts-umbildung mit einer neuen Spitze versehen. Staatsministerin Kerstin Schreyer nahm ihren Abschied und wurde durch Ulrike Scharf ersetzt.

Die neue Ministerin betonte, sie freue sich auf die Arbeit, denn sie dürfe nun ein Ministerium leiten, das „für Zusammenhalt steht“, so Scharf. Der SoVD Bayern kann diese Einschätzung nur teilen und wünscht Staatsministerin Ulrike Scharf in ihrem neuen Amt viel Erfolg, Ausdauer für die schweren Aufgaben und ein Auge für den sozialen Zusammenhalt in Bayern.

Der SoVD steht Ulrike Scharf gern als Ansprechpartner zur Seite und wird zügig den Austausch mit ihr suchen, um die anstehenden Fragen zu sozialen Fragen, Inklusion und Gleichberechtigung zu besprechen.

Überdurchschnittlich hohe Zahl von Krankmeldungen und mangelnder Nachwuchs in der Pflege

Alarmierende Situation auch in Bayern

Die Corona-Krise hat dazu geführt, dass viele Missstände wie durch ein Brennglas in den Fokus der Öffentlichkeit kamen. Die Krise der Pflegeberufe und Fehlentwicklungen in der Pflegebranche sind bereits seit vielen Jahren regelmäßig in der Diskussion. Ebenso werden die kritisierten Fragen und Probleme auch wieder vergessen und harren einer Lösung.

Jeder Skandal in einem Pflegeheim führt erneut zu kurzfristiger Aufregung, aber es fehlt an konstanter Aufmerksamkeit. Zuletzt waren es unhaltbare Zustände in den Pflegeheimen eines privaten Betreibers in Schliersee und Augsburg, die für Empörung sorgten. Nur durch Zufälle wurden diese aufgedeckt.

Niemand möchte seinen Eltern oder Großeltern derart unwürdige Lebensbedingungen zumuten oder selbst irgendwann so behandelt werden. Offenbar sorgt die mangelnde Attraktivität des Pflegeberufs dafür, dass vollkommen ungeeignetes Personal eingesetzt wird und zudem der Personalschlüssel nicht ausreicht.

In Bayern sind Pflegekräfte überdurchschnittlich häufig krankgeschrieben. Während 2020 Arbeitnehmer*innen in Bayern im Durchschnitt 16,3 Tage pro Jahr krankgeschrieben waren, waren es bei Pflegekräften 23,9 Tage, also fast 50 Prozent mehr. Diese Zahlen ermittelte die Barmer, die ebenfalls darlegte, dass in Bayern der Anteil von Covid-Erkrankungen an Krankenschreibungen der Pflegekräfte mit 0,7 Prozent fast doppelt so hoch war wie der deutsche Durchschnitt. Die Pflege ist also offenbar ein kräftezehrender Beruf, was die Attraktivität sicherlich senkt.

Auch die Zahlen des Nachwuchses im Pflegeberuf legen den Finger in die Wunde. Bern-

hard Krautz von der Vereinigung der Pflegenden in Bayern (VdPB) zeigt auf, dass laut einer Studie der VdPB der Pflegenotstand akut sei. Bereits jetzt fehle es an Personal und der Blick in die Zukunft sei düster. Die Anzahl der Auszubildenden in Pflegeberufen wird nicht ausreichen, um den Kräftebedarf zu decken. Die wachsenden Aufgaben und eine hohe Zahl von Abgängen könnten mit der jetzigen Anzahl an nachrückenden Kräften nicht gedeckt werden. Ebenfalls zurückgehend sind die Schülerzahlen an der Berufsfachschule für Krankenpflege in Lichtenfels. So sind etwa von 30 Plätzen für den neuen Jahrgang erst vier besetzt, vermeldet Schulleiter Harald Engel.



Foto: jovannig / Adobe Stock

Seit Jahren sinkt das Interesse am Pflegeberuf, denn die Bezahlung und die Arbeitsbedingungen sind schlecht.

Der SoVD-Landesverband fordert die Politik in Bayern eindringlich auf, den Pflegeberuf attraktiver zu machen, mit einer besseren Bezahlung und anderen Berufsvoraussetzungen. Nur so wird eine dauerhaft qualitativ hochwertige Pflege

gewährleistet, die jetzt und in Zukunft dringend gebraucht wird. Gleichzeitig müssen die Kontrollen effektiver und schärfer durchgeführt werden, damit es gar nicht erst zu unhaltbaren Zuständen in Pflegeheimen kommt.

Wir haben geholfen

Reha durchgesetzt

Die SoVD-Sozialrechtsberatung setzt sich für hilfesuchende Mitglieder ein. Herr X wurden zum Beispiel mithilfe des SoVD die Kosten zur Vorbereitung seiner Reha erstattet.

SoVD-Mitglied Herr X konnte im Jahre 2020 zur Verbesserung seines Gesundheitszustandes eine stationäre Reha-Maßnahme antreten. Diese wurde in vollem Umfang durch die gesetzliche Krankenkasse des Mitgliedes bezahlt. Da Herr X jedoch vor Reha-Antritt offene Beinwunden hatte, verlangte die Einrichtung vorher eine entsprechende Untersuchung auf MRSA-Keime. Weil die Zeit drängte, ließ sich Herr X in einer Hausarztpraxis testen. Der Test wurde ihm privat in Rechnung gestellt, da die Untersuchung auf MRSA-Keime vor einem stationären Aufenthalt nach Auskunft der KVB-Abrechnungsstelle keine Kassenleistung darstellen würde. Die Krankenkasse verweigerte daher die Erstattung und verwies Herrn X bezüglich der Kostenübernahme an den zuständigen Sozialhilfeträger. Dieser wiederum erklärte sich für die Kostenübernahme als nicht zuständig und verwies Herrn X an die gesetzliche Krankenkasse.

Daraufhin wandte sich Herr X an den SoVD. Rechtsanwalt Maximilian Schlaegel veranlasste eine gerichtliche Überprüfung der Angelegenheit, und die Krankenkasse erklärte sich nun bereit, die Kosten für den durchgeführten Test zu erstatten.

Der SoVD-Landesverband Bayern freut sich, dass dem Mitglied in dieser nicht ganz einfachen Rechtsangelegenheit erfolgreich und schnell geholfen werden konnte.

Ortsverband Ansbach

22. April, 15 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen in der Gaststätte „Sommerfrische“.

Tagesordnungspunkte unter anderem:

- Berichte des 1. Vorsitzenden, des Schatzmeisters und der Revisoren
- Aussprache und Entlastung
- Neuwahlen des Vorstandes
- Sonstiges

Der Vorstand bittet seine Mitglieder um zahlreiches Erscheinen.

Glückwünsche



Foto: Ortis / Adobe Stock

*Man hat einen Menschen noch lange nicht bekehrt,
wenn man ihn zum Schweigen gebracht hat.*

Christopher Morley

Der gesamte Landesvorstand und die Mitarbeitenden des Landesverbandes gratulieren allen Mitgliedern, die im April Geburtstag feiern, recht herzlich und wünschen viel Gesundheit.

Besondere Glückwünsche gehen an:

60 Jahre: 8.4.: Nirveta Bosnic, Nürnberg.

65 Jahre: 21.4.: Burglinde Greinke-Hoffmann, Tirschenreuth.

70 Jahre: 15.4.: Renate Swoboda, Nürnberg; 18.4.: Roswitha Harschall-Gartzke, Ansbach; 23.4.: Angelika Schopper, Röthenbach.

75 Jahre: 23.4.: Karl Gierl, München; 28.4.: Gabriele Jonas, Bad Griesbach.

80 Jahre: 16.4.: Amalija Schlüter, Puchheim.

85 Jahre: 8.4.: Benno Schneider, Bad Bocklet; 12.4.: Monika Höfer, Wiesau; 27.4.: Helga Stiebeiner, Nürnberg.

Kostenlose Online-Seminare

Die Verbraucherzentrale Bayern bietet unter anderem folgende Webinare für Mieter*innen und Hausbesitzer*innen an:

31. Mai, 18-19.30 Uhr: Kühler wohnen – aber wie?

Außenrollo? Nachtlüftung? Ventilator oder Klimaanlage? Welche Maßnahmen sind am effizientesten, um an heißen Tagen die Wohnung kühlen zu können?

21. Juni, 18-19.30 Uhr: Was tun mit einer PV-Anlage, die über 20 Jahre alt ist?

Für Photovoltaik-Anlagen läuft die EEG-Förderung nach 20 Jahren aus. Dieser Vortrag erläutert die Möglichkeiten, eine Ü20-Anlage weiter zu betreiben.

28. Juni, 18-19.30 Uhr: Mit

Sonne rechnen – Das eigene Dach nutzen

Mit Sonne heizen oder selbst Strom produzieren? Dieser Vortrag geht auf die Stromerzeugung durch eine Photovoltaik-Anlage und Warmwasserbereitung durch eine Solarthermie-Anlage ein.

25. April, 18-19.30 Uhr: Heizungserneuerung – Wie packt mans richtig an?

Was ist beim Heizungsaustausch zu beachten, wie viel Energie lässt sich sparen und wo gibt es Fördermittel?

Die Teilnahme an den Webinaren ist kostenlos.

Die Anmeldung erfolgt online über die Webseite der Verbraucherzentrale-bayern.de.

Quelle: VZ Bayern



Foto: wjarek / Adobe Stock

Nachrüsten auf Sonnenenergie kann sich auch für alte Häuser lohnen.



Personalien

Andrea Mittermeier ist seit Mitte Januar die neue Landesschatzmeisterin. Die 51-Jährige ist verheiratet und hat zwei erwachsene Kinder. Ihren Beruf als Bankkauffrau kann sie aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr ausüben. Daher hat sie beschlossen, ihre Kenntnisse im Umgang mit Zahlen und Bilanzen in das passende Amt beim SoVD einzubringen. Eine Motivation der neuen Schatz-



Andrea Mittermeier

meisterin ist auch die Dankbarkeit dafür, dass ihr der Verband schon erfolgreich bei ihren eigenen Anträgen geholfen hat. Deshalb möchte Andrea Mittermeier gerne etwas über ihre ehrenamtliche Tätigkeit an den Verband zurückgeben.

Landesschatzmeisterin Andrea Mittermeier freut sich auf die neue Herausforderung und die Kolleginnen und Kollegen im SoVD.



Sozialberatung

Aufgrund der Corona-Krise finden die genannten Angebote unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher unter den angegebenen Telefonnummern, ob, wann, wo und wie die Beratungen stattfinden.

Terminabsprache bitte über den Landesverband Bayern, Implerstraße 55, 81371 München, Tel.: 089 / 53 05 27.

Kümmererstelle Coburg: nach telefonischer Voranmeldung bei Barbara Hölzel unter Tel.: 0170/52 73 691.

Kümmererstelle Coburg-Lautertal: jeden zweiten Donnerstag im Monat, 16.30–18 Uhr, Ansprechpartnerin: Barbara Hölzel, Tel.: 0170/5 27 36 91 (mobil), E-Mail: barbarahoelzel@freenet.de.

Sozialberatung in Dietfurt: bei der freiwilligen Feuerwehr, Espanweg 4, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner,

Tel.: 0911/9 80 15 01, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Ebensfeld: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543/53 49 oder per E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Sozialberatung in Ingolstadt: AWO-Geschäftsstelle, Beckerstraße 2 a, nur nach Terminvereinbarung bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/9 80 15 01 oder E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Michelau: jeden ersten Samstag im Monat, 13.30–14.30 Uhr, Mehr- generationenhaus, Schneyerstraße 17, Ansprechpartner: Günther Ruckdäschel, Tel.: 09571/83 585.

Sozialberatung in Mitterteich: Rathaus Mitterteich, Kirchplatz 12, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/9 80 15 01 oder E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Kümmererstelle in der

Oberpfalz/Weiden: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543/53 49 oder per E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Kümmererstelle in Oberfranken/Bayreuth: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543/53 49 oder per E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Kümmererstelle Pegnitz, Roth, Schwabach: AWO-Beggnungsstätte, Nördliche Ringstraße 11 a, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/9 80 15 01, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Tirschenreuth: Seniorenzentrum Tirschenreuth, Haus Ziegelanger, Egerstraße 27, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/9 80 15 01, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Kümmererstelle in Würzburg: nach telefonischer Voranmeldung bei Isabella Stephan, Tel.: 0157/76 82 95 70.

Eine Rechtsschutzversicherung kann für verschiedene Lebenslagen sinnvoll sein

Schutz bei Rechtsstreitigkeiten

Schätzungsweise hat jeder zweite Haushalt in Deutschland eine Rechtsschutzversicherung. Viele Menschen vertrauen darauf, mit Hilfe dieser Versicherung ihr Recht durchsetzen zu können, insbesondere, wenn es Ärger mit dem Arbeitgeber, mit Behörden oder Vermieter*innen gibt. Wie sinnvoll ist eine Rechtsschutzversicherung? Die Stiftung Warentest hat sich dieser Frage angenommen.

Ein Rechtsstreit bedeutet für viele Stress. Die Angst vor den Anwalts- und Gerichtskosten macht die Sorgen noch größer. Eine Rechtsschutz-Police kann wenigstens diese finanziellen Sorgen abnehmen. Auch wenn sie – anders als eine Privathaftpflichtversicherung – nicht zu den ganz wichtigen Versicherungen zählt, ist sie doch sehr nützlich. Die Stiftung Warentest hat das komplizierte Kleingedruckte von 60 Rechtsschutzpaketen für die Lebensbereiche Privat, Beruf und Verkehr (PBV) unter die Lupe genommen und die Tarife bewertet. Ein empfehlenswerter Tarif zeichnet sich dadurch aus, dass er Anwalts- und Gerichtskosten in möglichst vielen Lebenslagen übernimmt und nur wenige Ausschlussklauseln hat.

Diese Leistungsbereiche gibt es bei der Versicherung

Eine Rechtsschutzversicherung übernimmt bei Rechtsärger die Anwaltskosten, die Gerichtskosten sowie die Ausgaben für gerichtlich bestellte Gutachter oder Sachverständige. Insbesondere folgende Leistungsbereiche gibt es: Rechtsschutz im Vertrags- und Sachenrecht; Arbeits-Rechtsschutz, Verkehrs-Rechtsschutz, Rechtsschutz im Sozial-, Verwaltungs- und Steuerrecht, Straf-Rechtsschutz, Beratungs-Rechtsschutz im Familien- und Erbrecht, Beratungs-Rechtsschutz im Urheberrecht (etwa beim Vorwurf eines illegalen Downloads), Schadensersatz-Rechtsschutz.

Die Stiftung hat ermittelt, dass eine Rechtsschutzversicherung für die Lebensbereiche „Privat“, „Beruf“ und „Verkehr“ (PBV) je nach Versicherer zwischen 208 und 683 Euro pro Jahr bei einer Selbstbeteiligung im Schadensfall in Höhe von 150 Euro kostet. Insgesamt wurde 26-mal die Note „Gut“ vergeben. Die Preisunterschiede sind enorm. Das teuerste gute Angebot kostet 683 Euro pro Jahr, die günstigste gute Police 267 Euro. Dabei wurde im Speziellen geschaut, welche Assekuranz wie viele Rechtsfälle versichert und welche nur



Foto: WavebreakMediaMicro / Adobe Stock

Wenn es Ärger gibt, erlaubt eine Rechtsschutzversicherung, sich kostenlosen juristischen Rat zu holen.

wenig Streitigkeiten vom Versicherungsschutz ausschließt. Nur solche Anbieter konnten eine gute Note erhalten.

Wichtige Eckpunkte einer Rechtsschutzversicherung

- **Wohnen:** Wer als Mieter*in oder Eigentümer*in einer Immobilie Rechtsschutz sucht, kann den Baustein „Wohnen“ zum PBV-Paket dazubuchen oder ihn als Einzelversicherung abschließen – meist mit Aufpreis. Mitglieder im Mieterverein benötigen in der Regel keinen weiteren Rechtsschutz. Der gehört regelmäßig zu den Leistungen der Mietervereine.
- **Verkehr:** Wer vor allem für Ärger rund um das Auto und den Verkehr gewappnet sein möchte, kann Verkehrsrechtsschutz auch als Einzelpolice abschließen. Leistungsstarke Policen gibt es schon für unter 100 Euro im Jahr – bei einem Selbstbehalt von 150 Euro.
- **Arbeit:** Rechtsschutz für Ärger rund um den Beruf wird nicht als Einzelbaustein angeboten. Dazu bedarf es wenigstens des Bausteins „Privat“. Mitglieder einer Gewerkschaft erhalten von dort Rechtsschutz.

Wenn der Versicherer gewechselt werden soll, sollte das nahtlos geschehen. Während etwa bei einem Neuabschluss in vielen Fällen der Rechtsschutz erst nach mehreren Mo-

naten „Wartezeit“ greift, fällt diese beim nahtlosen Wechsel in der Regel weg.

Aufgepasst: Einige Anbieter schließen in ihren neuen Verträgen Rechtsschutz für teure Streitigkeiten aus, die in Altverträgen noch unbeschränkt versichert sind.

Bis auf eine Ausnahme kein rückwirkender Schutz

Es kann nicht rückwirkend Versicherungsschutz für einen Streit gekauft werden, der bei Abschluss der Versicherung schon in der Welt war. Allerdings gibt es eine einzige Versicherungsgesellschaft, die Spezial-Policen mit Rückwirkung anbietet: „Mietrechtsschutz Sofort“ und „Verkehrsrechtsschutz Sofort“ von der Arag. Allerdings liefern diese Policen keinen allgemeinen Rechtsschutz für miet- beziehungsweise verkehrsrechtliche Streitigkeiten, sondern nur für einzelne ausgewählte Problemfälle.

Beiträge einmal pro Jahr sind günstiger

Wer kann, sollte die Versicherungsprämie jährlich in einer Summe zahlen, da die Police bei monatlicher Zahlweise meist etwas teurer ist. Es besteht auch die Möglichkeit, einen Rabatt für lange Laufzeit (in der Regel fünf Jahre) zu erhalten. Das komplette Testergebnis finden Sie in der April-Ausgabe von „finanztest“ der Stiftung Warentest oder unter www.test.de mh

Zahlen bei Erzieherausbildung in Hessen gestiegen

Förderung gelungen

Das Hessische Sozialministerium hat im März 2022 einen neuen Höchststand bei der Ausbildung zur* zum staatlich anerkannten Erzieherin oder Erzieher gemeldet. Knapp 9.000 Studentinnen und Studenten absolvieren aktuell die Ausbildung.

Die Zahl der Studierenden, die sich an den hessischen Fachschulen für Sozialwesen in der Fachrichtung Sozialpädagogik eingeschrieben haben, hat im Ausbildungsjahr 2021 / 2022 einen neuen Höchststand erreicht: Knapp 9.000 Studentinnen und Studenten absolvieren aktuell eine Ausbildung zur staatlich anerkannten Erzieherin bzw. zum staatlich anerkannten Erzieher. Innerhalb eines Jahres ist die Studierendenzahl damit um 3,8 Prozent angestiegen.

SoVD begrüßt den positiven Trend

„Die Fachkräfteausbildung ist auch ein wichtiger Schritt gegen Arbeitslosigkeit und Altersarmut“, meint der SoVD-Landesvorsitzende Rudolf Schulz. Jahrelang fehlte es in diesem Bereich an Fachkräften, damit Eltern, vor allem aber auch alleinerziehende Mütter und Väter, die Kinderbetreuung sicherstellen können, um selber einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen und damit auch eigene Rentenansprüche erwerben zu können. Der SoVD Hessen begrüßt deshalb die positive Entwicklung in diesem Ausbildungsberuf. „Kommunen können keine ausreichenden Kindergartenplätze anbieten, solange es an den Fachkräften fehlt, die den Kindern auch eine adäquate frühkindliche Bildung garantieren können.“

„Der hessenweite Ausbau der praxisintegrierten vergüteten Ausbildung ermöglicht verschiedene Organisationsformen – damit ist es uns gelungen, die Ausbildung attraktiver zu machen“, sagt Hessens Minister für Soziales und Integration, Kai Klose. „Die steigenden Studierendenzahlen belegen die Wirksamkeit unserer Fachkräfteoffensive eindrucksvoll.“ Umso erfreulicher sei, dass ab dem Schuljahr 2022 / 2023 ein weiterer Ausbildungsgang der praxisintegrierten, vergüteten Ausbildung gefördert werde, so Klose weiter. Seit Beginn der Förderung dieser Ausbildung durch das hessische Landesprogramm „Fachkräfteoffensive Erzieherinnen und Erzieher“ konnten die Ausbildungszahlen hier insgesamt um 7,2 Prozent gesteigert werden.

Viele Förderungsmaßnahmen angesprochen

Die hessische „Fachkräfteoffensive Erzieherinnen und Erzieher“ unterstützt Träger von Kindertageseinrichtungen bei der Gewinnung pädagogischer Fachkräfte. Darüber hinaus bezuschusst das Land die Anleitung der Studierenden in der Praxis, um die Qualität der Ausbildung zu steigern. Neben diesen Fördermaßnahmen hat die Landesregierung im Rahmen ihres Programms eine Werbekampagne zur Fachkräftegewinnung für die Kinder- und Jugendhilfe umgesetzt. Unter dem Motto „Tausend Rollen – Dein Job“ wird damit die Vielfalt des Erzieher*innenberufs vermittelt und außerdem aufgezeigt, wie attraktiv das Arbeitsfeld ist.



Foto: LIGHTFIELD STUDIOS / Adobe Stock

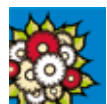
Dank neuer Förderungsmaßnahmen ist der Erzieherjob auch für Männer wieder attraktiver geworden.

Engagierte gesucht

Die ehrenamtlichen Aufgaben in den Orts- und Kreisverbänden des SoVD sind so vielfältig wie die Mitglieder, die unsere Solidargemeinschaft stärken. Deshalb engagieren sich auch bei Ihnen vor Ort Mitglieder je nach ihren Kenntnissen, Fähigkeiten und sonstigen Stärken bei den vielseitigen Angelegenheiten, die zu erledigen sind, damit alles wie am Schnürchen läuft. Da müssen zum Beispiel ein Treffen oder ein Ausflug organisiert, Glückwunschkarten verschickt oder Gespräche mit Kooperationspartnern geführt werden und vieles mehr.

Wer Lust hat sich einzubringen oder wer neue Kontakte knüpfen und dafür seine freie Zeit sinnvoll einsetzen möchte, kann sich gerne in der Geschäftsstelle des hessischen Landesverbandes unter Tel.: 0611/85 108 oder per E-Mail an: info@sovd-hessen.de wenden, um mehr über die Aufgaben im Ehrenamt zu erfahren.

Vielleicht sind auch Sie schon bald dabei!



Glückwünsche

Allen Mitgliedern, die im April Geburtstag haben, gratulieren wir herzlich. Kranken Mitgliedern wünschen wir eine baldige Genesung.

60 Jahre: 6.4.: Corinna Becking, Kriftel; 8.4.: Götz Eddighausen, Bad Soden; 9.4.: Petra Schlag, Marburg; 10.4.: Emmanuel Edet, Mainz-Kastel; 14.4.: Markus Karger, Wetter; 16.4.: Helene Meyer, Bad Schalbach.

65 Jahre: 4.4.: Inge Wolf, Battenberg; 19.4.: Horst Büger, Frankfurt; 25.4.: Karola Leipold, Kassel.

70 Jahre: 6.4.: Hans Edelmann, Wiesbaden; 7.4.: Norbert Wagner, Wetter; 11.4.: Hans-Martin Bachmann, Nentershausen; 13.4.: Doris Fischbach, Sontra; 18.4.: Reinhard Ernst, Ebsdorfergrund; 21.4.: Helmut Becker, Lahntal; 22.4.: Günter Grebing, Warburg.

75 Jahre: 10.4.: Hans-Josef Driller, Friedberg; 13.4.: Alois Debner, Geisenheim; 21.4.: Margarethe Berghöfer, Münchhausen.

80 Jahre: 11.4.: Werner Austermühle, Hofgeismar; 21.4.: Winfried Stehr, Baunatal; 28.4.:

Frieda Koch, Hofgeismar.

85 Jahre: 17.4.: Barbara Krause, Oberursel.

90 Jahre: 12.4.: Rosemarie Bick, Rotenburg; 16.4.: Aron Neufeld, Waldsolms.

96 Jahre: 14.4.: Heinrich Fesch, Vellmar.

100 Jahre: 16.4.: Irmgard Steinberg, Hochheim.

In den Geburtstagsgrüßen sind nur die Mitglieder genannt, die auf ihrem Beitrittsformular einer Veröffentlichung zugestimmt haben. Alle anderen Mitglieder sind ihrem Wunsch gemäß nicht erwähnt.



Sprechstunden und Sozialberatung

Aufgrund der Corona-Krise stehen die genannten Angebote unter Vorbehalt. Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher unter den angegebenen Telefonnummern, ob, wann, wo und wie die Beratung stattfindet.

Landesverband Hessen

Der SoVD-Landesverband Hessen bietet seinen Mitgliedern eine kostenlose Sozialberatung an. Nichtmitglieder können gratis eine Erstberatung in Anspruch nehmen.

Für Fragen oder weitere Informationen zum SoVD wenden Sie sich gerne telefonisch an die Landesgeschäftsstelle in der Luisenstraße 41, 65185 Wiesbaden, Tel.: 0611/85 108, oder per E-Mail an: info@sovd-hessen.de. Bürozeiten sind montags bis freitags, 9–13 Uhr.

Info-Telefon Pflege: 0611/20 55 216.

Kreisverband Hessen-Süd

Kreisgeschäftsstelle, Erzbergerstraße 12–14 (Zugang über Beethovenstraße zwischen Nummer 5 und 7), 63179 Obertshausen, Tel.: 069/31 90 43.

Sozialrechtsberatung in Herborn: jeden 1. Montag im Monat, 10–12 Uhr, bei Sozialjuristin Sigrid Jahr, in der Geschäftsstelle der AWO, Walkmühlenweg 5, 35745 Herborn, Terminvereinbarung unter Tel.: 06432/92 49 480, E-Mail: s.jahr@sovd-hessen.de.

Ortsverband Gießen

Sozialsprechstunde: jeden 1. und 3. Montag im Monat, 14–16 Uhr, bei Evelyn Kaletsch-Damm, Curtmannstraße 38, 35394 Gießen, Terminvereinbarung unter Tel.: 06033/74 88 999, E-Mail: szbgiessen@sovd-hessen.de.

Sozialrechtsberatung bei Sozialjuristin Sigrid Jahr nach Anmeldung unter Tel.: 06432/92 49 480, E-Mail:

s.jahr@sovd-hessen.de.

Ortsverband Frankfurt

Sozialrechtsberatung, AWO-Stadtteilzentrum, Königsteiner Straße 88, 65929 Frankfurt-Höchst, nach Terminabsprache unter Tel.: 069/31 90 43.

Ortsverband Herborn

Sozialrechtsberatung jeden 1. Montag im Monat, 10–12 Uhr, durch Sozialjuristin Sigrid Jahr, in der Geschäftsstelle der AWO, Walkmühlenweg 5, 35745 Herborn. Terminvereinbarung unter Tel.: 06432/92 49 480, E-Mail: s.jahr@sovd-hessen.de.

Ortsverband Offenbach

Sozialrechtsberatung, Kreisgeschäftsstelle, Erzberger Straße 12–14 (Zugang über Beethovenstraße zwischen Nummer 5 und 7), 63179 Obertshausen, Terminvereinbarung erbeten unter Tel.: 069/31 90 43.

Ortsverband Limburg-Weilburg

Sprechstunden nach Vereinbarung bei Sozialjuristin Sigrid Jahr, Tel.: 06432/92 49 480, E-Mail: s.jahr@sovd-hessen.de.

Ortsverbände Bad Homburg und Oberursel

Sozialrechtsberatung: jeden 2. Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr, bei Sozialjuristin Sigrid Jahr, Schöne Aussicht 24, 61348 Bad Homburg v. d. H., Terminvereinbarung unter Tel.: 06432/92 49 480, E-Mail: s.jahr@sovd-hessen.de.

Ortsverband Wiesbaden

Sozialberatung nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 0611/20 55 216 oder per E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Sozialrechtsberatung durch Frank Sunkomat jeden 1., 2. und 3. Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr, sowie jeden 4. Donnerstag im Monat, 16–18 Uhr,

in der Luisenstraße 41, 65185 Wiesbaden.

Terminvereinbarung bitte über die Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden unter Tel.: 0611/20 55 216, per Fax: 0611/85 043 oder per E-Mail an: info@sovd-hessen.de.

Sozialberatung im Rheingau: Es berät Hans Arnold, Aegidiusstraße 10, 65375 Oestrich-Winkel, nach Terminvereinbarung unter Tel.: 06723/88 66 911 oder E-Mail an: sovd@arnold-rheingau.de.

Kreisverband Hofgeismar-Kassel

Sozialrechtsberatung durch Rechtsanwältin Annette Mülöt-Carvajal dienstags, 14–17 Uhr, und donnerstags, 10–13 Uhr, im AWO-Haus, Wilhelmshöher Allee 32 a, 34117 Kassel, nur nach vorheriger Anmeldung unter Tel.: 0611/20 55 216 oder Fax: 0611/60 91 358.

Sozialrechtsberatungen: jeden 3. Montag im Monat, 15–17 Uhr, im Petrihaus, Pfeffergasse 1, 34369 Hofgeismar.

Ansprechpartner*innen:
34385 Bad Karlshafen: Lorenz Güthoff, Tel.: 05672/22 39.

34379 Calden: Irmgard Fohr, Tel.: 05674/65 67.

34385 Helmarshausen: Diethelm Rogasch, Tel.: 05672/16 18.

34369 Hofgeismar: Brigitte Schutta, Tel.: 05671/36 42.

34359 Reinhardshagen: Peter Hartmann, Tel.: 05541/3 27 77.

37194 Vernawahlshausen: Walter Don, Tel.: 05571/17 12.

Ortsverband Bad Wildungen

Sozialberatung durch Hans-Jürgen Schmidt, Trumpe 2, Eingang: Bahnhofstraße, 34537 Bad Wildungen. Anmeldung unter Tel.: 05621/96 78 787.

Sozialrechtsberatung erfolgt nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 0611/20 55 216 oder E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Kreisverband Hersfeld-Fulda, Werra-Meißner

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, Oberländchen 23, 36119 Neuhoof. Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45 oder per E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

Ortsverband Eschwege

Sozialberatung durch Marita Schliephorst jeden 1. Dienstag im Monat, 14–16 Uhr, bei der AWO Werra-Meißner e.V., An den Anlagen 8, 37269 Eschwege, Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45 oder per E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

Ortsverband Fulda

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, jeden 1. Montag im Monat, 14–16 Uhr, im Sozial- und Arbeitsgericht, Am Hopfengarten, Sitzungssaal (EG). Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45 oder per E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

Ortsverband Rotenburg-Bebra-Solz

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, jeden 1. Dienstag im Monat, 10–12 Uhr, im Neuen Rathaus, „Altenstube“, 1. Obergeschoss, 36199 Rotenburg an der Fulda. Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45 oder per E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

Ortsverband Sontra

Sozialberatung: jeden 1. Montag im Monat, 10–12 Uhr, bei der Bürgerhilfe Sontraer Land e.V., Hinter der Mauer 1. Eine Terminvereinbarung ist notwen-

dig unter Tel.: 06655/74 02 26 oder unter 0176/95 53 81 36 (mobil).

Ortsverband Bad Hersfeld

Sozialberatung: SozialKompetenzZentrum, Uffhäuser Straße 8, 36251 Bad Hersfeld, Anmeldung unter Tel.: 06621/91 30 60.

Ortsverband Korbach

Sozialberatungszentrum Klosterstr. 20, 34497 Korbach, Dienstag, 10–14 Uhr, jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat, 10–14 Uhr, jeden 2. und 4. Samstag im Monat, 10.30–13.30 Uhr, nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 05631/57 88 724 (Fax: 05631/57 88 725).

Kreisverband Marburg-Biedenkopf Ortsverband Münchhausen-Wetter

Sozialberatung: jeden 1. und 3. Montag, 15.30–18 Uhr, im Rathaus Wetter, Untergeschoss, Zimmer 2, Marktplatz 1, 35083 Wetter. Während der Beratungszeit: Tel.: 06423/82 23 oder 0152/58 62 96 77 (mobil).

Außerhalb der Beratungszeit (nur in dringenden Fällen bis 18 Uhr!): Helga Kläs unter Tel.: 06422/89 87 202 oder Hans-Werner Dersch unter Tel.: 06423/51 524.

Sozialrechtsberatung in Kirchhain: Die Beratung erfolgt durch Sozialjuristin Annette Mülöt-Carvajal, jeden 1. Freitag im Monat, 15–17 Uhr, im AWO-Treff, Brießelstraße 15, nur nach vorheriger Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden unter Tel.: 0611/20 55 216.

Ortsverband Marburg

Die Sozialberatung erfolgt zurzeit durch den Ortsverband in Wetter (Kontaktdaten siehe oben).

Was es bei Aufnahme von Flüchtlingen in der Mietwohnung zu beachten gibt

Unterkunft für Menschen in Not

Die Hilfsbereitschaft gegenüber Flüchtlingen aus der Ukraine ist groß. Bereits mehr als 1,5 Millionen Menschen sind von dort geflohen. Viele Menschen hierzulande bieten Zimmer auch in Mietwohnungen an. Der Deutsche Mieterbund erklärt, was dabei zu beachten ist.

Dürfen Geflüchtete in Mietwohnungen aufgenommen werden? Ja. Wer zur Miete wohnt, darf grundsätzlich auch Flüchtlinge in seiner/ihrer Mietwohnung aufnehmen. Allein der Mieter oder die Mieterin darf entscheiden, ob und wann Besuch empfangen wird. So ist auch die „besuchsweise“ Aufnahme von Menschen aus der Ukraine gestattet. Die Motivation dafür spielt keine Rolle.

Wie lange dürfen die Menschen in der Wohnung bleiben, ohne den*die Vermieter*in darüber informieren zu müssen? Sechs bis acht Wochen gilt laut Mieterbund als Zeitspanne für einen erlaubnisfreier Besuch. Auch eine kurzfristige Überbelegung der Wohnung ist erlaubt. Dauert der Besuch länger, so sollte der*die Vermietende informiert und um Erlaubnis gebeten werden. Denn ein Zeitraum von drei Monaten überschreitet in jedem Fall die normale Besuchsdauer und ist daher zwingend erlaubnispflichtig. Deshalb ist es ratsam (um sicherzugehen, dass die gute Tat nicht „böse“ endet), Vermieter*innen bereits um Erlaubnis zu bitten, wenn die Gäste länger als acht Wochen in der Wohnung bleiben müssen.

Wird die Erlaubnis des*der Vermietenden immer benötigt, wenn Menschen für längere Zeit aufgenommen werden? Ehe- und Lebenspartner*innen, Kinder oder Eltern dürfen in der Wohnung aufgenommen werden, ohne die*den



Foto: Halfpoint / Adobe Stock

Viele Menschen möchten den Flüchtlingen aus der Ukraine helfen, indem sie ein Zimmer in ihrer eigenen Wohnung anbieten.

Vermietende*n dazu um Erlaubnis fragen zu müssen. Für die Aufnahme anderer Personen sagt das Gesetz, dass der Mieter oder die Mieterin einen Anspruch auf die Erlaubnis des*der Vermietenden hat, wenn nach Abschluss des Vertrages ein „berechtigtes Interesse“ des Mieters oder der Mieterin für die Aufnahme in die Wohnung entsteht. Ausreichend dafür sind einleuchtende wirtschaftliche oder persönliche Gründe. Das kann zum Beispiel auch nur der Wunsch sein, nicht mehr allein leben zu wollen oder die eigenen Wohnkosten zu senken. Der*die Vermietende darf jedenfalls Flüchtlinge als „Untermieter“ nicht nur deswegen ablehnen, weil sie Ausländer sind. Aus Sicht des Mieterbundes reichen humanitäre Interessen aus, einen Kriegsflüchtling für eine längere Zeit in die Mietwohnung aufnehmen

zu dürfen. Ob auch humanitäre Interessen ein berechtigtes Interesse des Mieters oder der Mieterin darstellen, ist höchst richterlich noch nicht entschieden und wird von den Gerichten unterschiedlich bewertet.

Was droht, wenn jemand längerfristig ohne die Erlaubnis aufgenommen wird? In diesem Fall darf der*die Vermietende den*die Mieter*in abmahnen und sogar fristlos kündigen, wenn die Abmahnung nicht „fruchtet“. Mieter*innen müssen nach einer Abmahnung alles tun, um das „Untermietverhältnis“ zu beenden. Hat der*die Mieter*in aber nur vergessen, die Erlaubnis einzuholen und hätte der*die Vermieter*in zustimmen müssen, ist eine fristlose Kündigung unberechtigt.

Gibt es formale Vorgaben für die „Bitte um Erlaubnis“? Mieter*innen müssen ein tatsächliches Interesse darlegen, das aktuell durch den Ukraine-Krieg auf der Hand liegt. Ferner müssen Mieter*innen „den Dritten“ namentlich benennen. Eine Formvorgabe für das Erlaubnisgesuch gibt es nicht. Es sollte aus Beweisgründen schriftlich eingehen.

Worauf ist noch zu achten? Mieter*innen müssen sich ein „vertragswidriges Verhalten“ des Besuchs anrechnen lassen. Sie haften für alle Personen, die sie aufgenommen haben – unabhängig davon, wie lange sie bleiben. mh

Corona-Pandemie stoppt Grippewelle zum zweiten Mal

Immunsystem trainieren

Die Grippewelle fällt voraussichtlich im zweiten Jahr in Folge aus. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Auswertung des Barmer Instituts für Gesundheitssystemforschung unter barmerversicherten Erwerbstätigen.

In der fünften Kalenderwoche dieses Jahres (30. Januar bis 5. Februar) waren 690 Krankengeld-Anspruchsberechtigte wegen Influenza arbeitsunfähig und im Jahreszeitraum zuvor rund 490 Personen. In den Jahren 2018 bis 2020 lag die Zahl der Krankenschreibungen in der fünften Kalenderwoche zwischen 3.750 und 5.960 Betroffenen. „Anfang Februar gab es 85 Prozent weniger Grippekranke als in den Jahren 2018 bis 2020. Da die Grippewelle jetzt schon zum zweiten Mal ausfällt, gerät die Bevölkerung mit dem Influenzavirus weniger in Kontakt. Deshalb wird die Gripeschutzimpfung vor allem im kommenden Herbst wichtig, da das Immunsystem nun über zwei Jahre weniger trainiert wurde“, sagt Prof. Dr. Christoph Straub, Vorstandsvorsitzender der Barmer. Die Grippewelle starte normalerweise im November und erreiche ihren Höhepunkt im Februar und März, bevor sie wieder stark abflaute. Im Jahr 2018 habe es bis zu 22.000 barmerversicherte Grippe-Erkrankte in einer Woche gegeben. Derzeit spreche nichts dafür, dass es auch nur zu annähernd hohen Fallzahlen in den folgenden Wochen komme.

Wie aus der Barmer-Analyse weiter hervorgeht, gibt es deutliche regionale Unterschiede beim Auftreten der Grippe. Bundesweit lag der Durchschnitt bei 18 Grippekranken je 100.000 Erwerbstätige. Die meisten Krankenschreibungen gab es in Kalenderwoche fünf dieses Jahres in Brandenburg mit 35 je 100.000 barmerversicherten Beschäftigten mit Anspruch auf Krankengeld, gefolgt von Hessen (25 je 100.000). Die geringste Rate gab es in Thüringen und Niedersachsen mit 9 bzw. 11 je 100.000. „Die Fallzahlen bei der Grippe sind insgesamt in allen Regionen sehr moderat. Je geringer die Häufigkeit, desto besser“, so Straub. *Quelle: Barmer*



Der SoVD-Landesverband wünscht seinen Mitgliedern und deren Familien ein frohes und besinnliches Osterfest!

Unterstützung für Ukraine-Flüchtlinge

Gerne möchten wir uns an der Hilfsaktion für Menschen aus der Ukraine beteiligen und bereits nach Berlin geflüchtete nach Rheinland-Pfalz holen. Dazu sollen die Kontingente der Bahn genutzt werden. Der SoVD-Landesverband hat bereits mit den örtlichen Behörden in Kaiserslautern gesprochen, die ihm bei der Verteilung der Flüchtlinge in verschiedene Unterkünfte helfen werden.

Haben Sie Interesse, mitzuhelfen, dann melden Sie sich bitte per E-Mail an: tim.giermann@sovd-rps.de oder rufen Sie an unter Tel.: 0631 / 73 657. Wir würden uns sehr freuen, wenn sie uns bei dieser humanitären Hilfsaktion unterstützen!

Osterfreude

Unser Schneemann ist geschmolzen, er ist schon nicht mehr zu seh'n.

Endlich ist vorbei der Winter und es freu'n sich auch die Kinder, denn der Frühling, der wird schön. Bald schon läuten Osterglocken. Kleine Häschen – eins, zwei, drei unter Büschen, hinter Hecken, ihre Nester schnell verstecken. Süße Osterschleckerei!

Laborwerte checken

Weit mehr als hundert verschiedene Laborwerte können bei Analysen ausgewertet werden. Für Laien sind die Ergebnisse häufig nicht leicht einzuordnen. Deshalb hat die Techniker Krankenkasse den Laborwert-Checker gemeinsam mit Medizinerinnen und Mediziner des TK-Ärztzentrums entwickelt, der in die TK-Doc-App integriert wurde. Damit können Versicherte per Smartphone unkompliziert mehr als 120 Werte wie etwa Cholesterin, Triclyceride oder Blutzucker mit den bekannten Normwerten abgleichen. Dabei wird auch das angegebene Alter sowie das Geschlecht berücksichtigt. Sind die eingegebenen Werte zu hoch oder zu niedrig, weist die digitale Anwendung darauf hin. Zudem erhalten die Nutzer*innen Infos zu möglichen Ursachen und eventuellen weiteren Schritten.

Die Doc-Check-App steht in Rheinland-Pfalz rund 500.000 TK-Versicherten zur Verfügung. Über die App ist es auch möglich, Termine für eine ärztliche Videoberatung beziehungsweise für bestimmte Erkrankungsbereiche eine Online-Sprechstunde zu vereinbaren, die Live-Chat-Funktion zu nutzen oder direkt im TK-Ärztzentrum anzurufen.

Die App ist kostenlos im App Store von Apple und im Google Play Store verfügbar. Aktiviert wird sie mit der TK-Versicherungsnummer, dem Geburtsdatum und einem selbst gewählten Passwort.

Quelle: TK Rheinland-Pfalz

Rechtliche Regelungen für ausländische Pflegekräfte in Privathaushalten

Es gilt deutsches Arbeitsrecht

Im eigenen Haushalt rund um die Uhr versorgt zu werden – das wünschen sich viele pflegebedürftige Menschen. Weil Angehörige dies allein zumeist nicht leisten können, suchen sie nach praktikablen Lösungen mit Unterstützung durch Dritte. Oft sind das Arbeitskräfte aus dem Ausland.

Für alle EU-Länder gilt die sogenannte Arbeitnehmerfreizügigkeit. Das heißt, deutsche Haushalte dürfen Bürger*innen aus den EU-Mitgliedsstaaten wie deutsche Arbeitskräfte anstellen, ohne dass eine Erlaubnis benötigt wird. Wer eine ausländische Haushalts- und Betreuungskraft anstellt, muss den für Deutschland jeweils gültigen Mindestlohn zahlen. Dazu fallen auch Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und Beiträge für die Berufsgenossenschaft an.

Haushalte müssen daher mindestens mit Kosten in Höhe von mindestens 2.000 Euro pro Monat rechnen. Hinzu kommen weitere Kosten, wie zum Beispiel für Telefon, Internetzugang oder Fahrtkosten.

Eine 24-Stunden-Betreuung durch eine einzige Person ist legal nicht möglich. Die tägliche Arbeitszeit der Haushaltshilfe an Werktagen darf durchschnittlich nicht mehr als acht Stunden betragen, die Wochenarbeitszeit darf 48 Stunden nicht überschreiten. Bei einer Vollzeitstellung besteht zudem ein Urlaubsanspruch von mindestens 24 Tagen pro Jahr. Auch wer eine Hilfskraft einstellt, sollte die Pflege und Betreuung auf mehrere Schultern verteilen.

Entsendungsauftrag an ausländische Agentur

Eine andere Möglichkeit besteht darin, einen ausländischen Dienstleister zu beauftragen, der eine Angestellte in den



Foto: agenturfotografarin/AdobeStock

Frauen aus Osteuropa werden oft privat als Pflegekraft eingestellt mit der Erwartung, dass sie rund um die Uhr arbeiten.

Haushalt schickt. Bei dieser sogenannten Entsendung entfallen für den Pflegebedürftigen die Arbeitgeberpflichten. Eine deutsche Vermittlungsagentur hilft in der Regel bei der Organisation. Der Haushalt schließt also zwei Verträge ab: einen mit dem ausländischen Unternehmen, das eine Hilfskraft schickt, und einen weiteren mit dem Vermittlungsunternehmen, das die Organisation und Kommunikation übernimmt.

Da der*die Pflegebedürftige und seine*ihre Angehörigen nur Kund*innen des ausländischen Unternehmens sind, sollten sie eigene Wünsche im Vorfeld ausführlich absprechen und vertraglich festhalten.

Ausländische Dienstleister verlangen – gestaffelt nach Umfang des Hilfebedarfs und

nach Sprachkompetenz des Personals – unterschiedliche Preise. Dabei müssen auch die ausländischen Arbeitgeber wenigstens den deutschen Mindestlohn zahlen. Zusätzlich muss das Unternehmen für seine Arbeitnehmenden im Heimatland Beiträge und Abgaben zahlen. Daher ist mit Preisen von mindestens 2.000 Euro pro Monat zu rechnen. Für eine entsandte Hilfskraft kann man im Durchschnitt mit monatlichen Kosten von etwa 2.300 bis 3.000 Euro rechnen. Hinzu kommen häufig die Gebühren der Vermittlungsagentur.

Wichtig: Bevor die Haushalts- und Betreuungshilfe ihre Arbeit aufnimmt, sollten Sie sich die Bescheinigung A1 vorlegen lassen und eine Kopie abheften. Diese Bescheinigung weist nach, dass die Betreuungskraft in ihrem Heimatland sozialversichert ist.

Selbstständige Hilfskraft beschäftigen

Die letzte Variante ist die Beschäftigung einer selbstständigen Hilfskraft. Diese ist jedoch nur sehr eingeschränkt zu empfehlen, weil sich Selbstständige oft in einer rechtlichen Grauzone zur Scheinselbstständigkeit bewegen.

Die wichtigsten Bedingungen und Voraussetzungen für eine legale Beschäftigung finden Sie als kostenlosen Download auf der Webseite der Verbraucherzentrale unter: <https://www.verbraucherzentrale.de>.

Quelle: Verbraucherzentrale

Wir gratulieren

Martina Tritsch konnte am 1. März 2022 ihre 30-jährige Mitgliedschaft im SoVD feiern. Der damalige 1. Vorsitzende Karl Hauck hatte sie am 1. März 1992 als Mitglied in den Ortsverband Wörth aufgenommen. Die 1. Vorsitzende Ursula Klöffler überreicht die Urkunde Coronabedingt im privaten Umfeld.

Glückwünsche



Foto: Ortis/Adobe Stock

60 Jahre: 1.4.: Isolde Ranly-Poser, Feilbingert; 7.4.: Ulrike Tröster, Otterberg; 11.4.: Bernd Sawallisch, Daxweiler; 14.4.: Sabine Hoffmann, Kirkel; 16.4.: Regina Weisenfeld, Unnau; 23.4.: Daniela Gutmann-Stentjes, Oberirschen, Stefan Dengs, Diez; 25.4.: Doris Böber, Hördt; 26.4.: Andrea Baumann, Limburgerhof.

65 Jahre: 6.4.: Birgit Ackermann, Mainz; 12.4.: Hans-Joachim Nöller, Almersbach; 15.4.: Friedhelm Müller, Aarbergen, Fred Wenzelmann, Unnau, Gitta Savec, Bingen; 21.4.: Cäcilia Braun, Hördt; 25.4.: Wladimir Knauz, Bad Kreuznach.

70 Jahre: 3.4.: Steffi Fettel, Worms; 7.4.: Gabriele Zimmermann, Heidesheim; 9.4.: Winfried Weigold, Kircheib; 10.4.: Ingrid Rink, Katzweiler; 12.4.: Wolfgang Rheinheimer, Odenbach; 14.4.: Gertrud Hoffmann, Rülzheim; 20.4.: Edeltraud Hoffmann, Kuhardt; 25.4.: Heinrich Glas, Spiesen-Elversberg; 28.4.: Karl-Heinz Heubel, Rülzheim.

75 Jahre: 5.4.: Mary Klein-Bruerius, Heusweiler; 6.4.: August Heubel, Rülzheim; 9.4.: Gerd Weber, Rülzheim; 14.4.: Henrik Hautz, Bingen; 17.4.: Waldemar Friedrich, Rülzheim; 25.4.: Monika Otto, Rülzheim.

80 Jahre: 1.4.: Irene Vassiliadis, Worms; 19.4.: Johann Hartmann, Ottweiler, Werner Nasinski, Ludwigshafen; 24.4.: Erika Schmidt, Werkhausen.

85 Jahre: 5.4.: Werner Schuster, Lauterecken; 28.4.: Karl-Heinz Menges, Westerburg; 30.4.: Emmi Weinsheimer, Lauterecken.

95 Jahre: 19.4.: Maria Busch, Altenglan.

96 Jahre: 6.4.: Wilhelm Hupperich, Ottweiler; 15.4.: Erika Mecking, Ingelheim; 21.4.: Ferdinand Wirfs, Koblenz; 24.4.: Resi Weber, Weisenthurm.

100 Jahre: 6.4.: Ruth Irmisch, Klein-Winternheim.



Sprechstunden

Benötigen Sie einen sachkundigen Rat unserer Sozialberater*innen rund um das Sozialrecht, wenden Sie sich bitte telefonisch an die Landesgeschäftsstelle in Kaiserslautern oder Mainz, **Tel.: 0631/73 657 oder 06131/69 30 165**, die Ihnen den/die zuständige*n Berater*in nennt.

Zur groben Orientierung der Zuständigkeiten:

Für die Region Wörth steht Ihnen unser Sozialberater Jürgen Nesweda unter Tel.: 0151/22 43 52 99 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.

Für die Region Westerwald steht Ihnen unsere Sozialbe-

raterin Sigrid Jahr mit vorheriger Terminvereinbarung unter 06432/92 49 480 zur Verfügung.

Für die Region Saar-Pfalz steht Ihnen unser Sozialberater Sven Heidenmann mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 06351/13 14 141 zur Verfügung.

Für die Region Rheinhessen-Nahe steht Ihnen unsere Sozialberaterin Andrea Klosova mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 06721/98 40 78 zur Verfügung.

Die Vereinbarung von „Vor-Ort-Terminen“ in den Beratungsstellen, von telefonischen oder Online-Beratungen erfolgt

über die Sozialberater*innen.

Neben den hauptamtlichen Sozialberater*innen stehen Ihnen auch weiterhin ehrenamtliche Berater*innen (z. B. Gabriele Scheppelmann, **Spiesen-Elversberg**, Tel.: 0176/34 03 41 58; Helmut Burkhardt, **Kusel**, Tel.: 06382/80 01) mit Rat und Tat zur Seite. Nähere Informationen erhalten Sie bei der Landesgeschäftsstelle.

Die Adressen der Büros der Landesgeschäftsstelle lauten:

Büro Kaiserslautern: Spittelstraße 3, 67659 Kaiserslautern, Tel.: 0631/73 657.

Büro Mainz: Kaiserstraße 26-30, 55116 Mainz, Tel.: 06131/69 30 165.

Ortsverband Hockenheim ehrte treue Mitglieder der letzten beiden Jahre

Besuche statt Versammlung

Die geplante Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Hockenheim musste erneut abgesagt werden. Daher beschloss der Vorstand, nicht länger zu warten und die Ehrungen langjähriger Mitglieder aus 2020 und 2021 mit Besuchen oder per Post vorzunehmen.

Die Vorsitzende Heidegard Busch konnte einigen Mitgliedern unter Einhaltung der Corona-Regeln die Ehrenurkunden persönlich überbringen. Für Mitglieder der weiteren Umgebung war das nur auf dem Postweg möglich. Die Namen sind in der unten stehenden Tabelle aufgelistet.

Der Ortsverband Hockenheim möchte bei dieser Gelegenheit seine Mitglieder bitten, Änderungen persönlicher Daten, wie Adresse, Telefonnummer usw., die für den SoVD wichtig sind, beim Orts-, Kreis – oder Landesverband zu melden. Das vermeidet unnötige Kosten zum Beispiel durch die Zusendung



Von links: Jubilarin Ingeborg Rothacker, Vorsitzende Heidegard Busch und Jubilarin Anneliese Beiler.

der Mitgliederzeitung an die falsche Adresse. Der Vorstand hofft darauf, dass bald wieder persönliche Treffen im Ortsverband Hockenheim möglich sein werden.

Editorial

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde des SoVD,

jetzt waren wir erleichtert, dass Corona nicht mehr unser Leben bestimmt und wir so langsam wieder in die Normalität zurückkehren können.

Kaum hoffnungsfroh gedacht, erschüttert uns der vom russischen Präsidenten befohlene, ungeheuerliche Angriff auf die Ukraine am 24. Februar bis ins Mark. Wir sind geschockt von der Kaltblütigkeit, wie die Attacken auch die Zivilbevölkerung treffen, und erleben, wie die Menschen – überwiegend Frauen und Kinder – verzweifelt um ihr Leben bangend ihre Heimat und ihr geliebtes Land verlassen.

Die russische Regierung spricht von einem „Spezial-Einsatz“ und jede*r, der das Wort „Krieg“ in Russland auch nur ansatzweise ausspricht, wird verhaftet. Mittlerweile wurde eine Gesetzesänderung vom russischen Parlament verabschiedet, das die Verbreitung angeblicher Falschinformationen der Medien über die russischen Streitkräfte mit hohen Geldstrafen und bis zu 15 Jahren Haft bestraft. In unserer Demokratie wäre dies unvorstellbar.

In vielen deutschen und anderen Städten weltweit sind die Menschen aus Protest gegen den russischen Angriff auf die Straße gegangen. Dies sind Appelle an den russischen Präsidenten, diesen grausamen Krieg zu beenden. Tatsächlich stehen wir aber ohnmächtig und sprachlos dem Geschehen gegenüber.

Die Kehrtwendung der Regierung in der Verteidigungs- und Außenpolitik wird von der überwiegenden deutschen Bevölkerung als angemessen erachtet. Die gegenüber Russland verhängten Sanktionen sind richtig, aber sie treffen die deutschen Verbraucher*innen ganz real an den Tankstellen, da der Risikoaufschlag auf den Ölpreis sich drastisch im Geldbeutel bemerkbar macht. Ein Ende der Steigerung der Energiekosten ist nicht in Sicht. Schleichend sind die Preise für sämtliche Lebensmittel und Wirtschaftsgüter gestiegen, die durch die Inflation ohnehin schon für Mehrausgaben gesorgt haben. Dies trifft natürlich in besonderem Maße die sozial schwächergestellten Menschen in Deutschland. Die Politik wäre gut beraten, hier einen Ausgleich zu schaffen.

Demgegenüber steht das unsagbare Leid der Menschen, die ihre Liebsten und ihr Zuhause durch den Krieg verloren haben, selbst ums Überleben kämpfen, fliehen und oft nicht wissen, wo sie sicher unterkommen. Vor allem Kranke, Alte und Menschen mit Behinderungen, denen es nicht möglich ist zu flüchten, sind im Krieg völlig schutzlos und benötigen unbedingt Unterstützung.

Wir danken auf diesem Wege ganz herzlich all unseren SoVD-Mitgliedern, Gönnerinnen und Gönnern für ihre Hilfs- und Spendenbereitschaft für die Bevölkerung der Ukraine. Die Bereitschaft, Geflüchtete aufzunehmen, erfährt in ganz Europa eine breite Solidarität und ist ein großes Signal. Es beweist, dass die Menschen in dieser Not eine Einheit bilden und mit breiter Mehrheit den unsinnigen, gegen die Menschenrechte verstoßenden, vom russischen Machthaber initiierten Krieg verurteilen.

Wie unbedeutend ist es doch in diesen Zeiten, wenn ich Ihnen abschließend mitteile, dass die diesjährige IBO, aus der sich der SoVD des Bodensee-Albkreises coronabedingt vorsorglich für dieses Jahr zurückgezogen hat, nun auch vom Messeveranstalter abgesagt wurde.

In diesem Sinne: Bleiben Sie zuversichtlich!

Ihre Heike Sommerauer-Dörzapf, Landesgeschäftsführerin



Heike Sommerauer-Dörzapf

Ehrungen 2020 und 2021

Jubilarinnen und Jubilare im Jahr 2020:

55 Jahre: Anita Brehm, Walter Wröbel
45 Jahre: Kristine Nowak
40 Jahre: Anni Hauser, Siegfried Renz
35 Jahre: Ingeborg Rothacker, Karl Rüttinger, Reinhard Linde
30 Jahre: Heidegard Busch, Werner Hagmann, Joachim E. Langhein, Horst Rillig
25 Jahre: Ulrike Kapps, Hermann Horn, Klaus Wilhelm

Erb, Gerhard Kraft, Wolfgang Nickler
10 Jahre: Markus Hock, Harald Manß.

Jubilarinnen und Jubilare im Jahr 2021:

40 Jahre: Anneliese Beiler
35 Jahre: Irene Hege
30 Jahre: Selma Beck, Hans Beck, Rudi Ammann, Wolfgang Enderle, Hans Peter Gottschalk, Paul Stohner, Theo Söhngen
25 Jahre: Magdalena Fleige, Doris Herrmann, Beate Wiede-

mann
20 Jahre: Angelika Clark, Ibrahim Güzel, Steffen Bulling, Paul Stahl, Jürgen Schlamp, Karl-Heinz Kraus
10 Jahre: Hella Geigenmüller, Birgitta Gundersdorff, Ingeborg Schmeckenbecher, Elke Vielforder, Senta Schöpfer, Hans-Jürgen Schöpfer, Frieder Rösch.
Der Vorstand bedankt sich bei allen Genannten für deren langjährige Treue.

Jahreshauptversammlung im Ortsverband Albstadt im Mai geplant

Neuer Vorstand gesucht

Nach mehrmaligem coronabedingtem Aufschub soll die Jahreshauptversammlung am 21. Mai stattfinden. Der bisherige Vorstand soll fast vollständig durch neue Mitglieder ersetzt werden, „um frischen Wind“ in den Ortsverband Albstadt zu bringen.

Für die Fortführung des Ortsverbandes ist die Besetzung folgender Positionen notwendig: 1. Vorsitzende*r, stellv. Vorsitzende*r (optional), Schatzmeister*in, Schriftführer*in, Frauensprecherin (optional), Beisitzer*innen (optional). Laut Satzung besteht ein Ortsvorstand in der Regel aus fünf, kann aber auch aus mindestens drei Personen bestehen. Verschiedene Ämter

können auch von einer Person besetzt sein, nur der Schatzmeisterposten darf nicht von dem*der 1. oder 2. Vorsitzenden bekleidet werden.

Der derzeitige Vorstand um Simone Saible und Martina Matthes hofft sehr, dass sich genügend Interessenten für die Kandidatur zur Verfügung stellen. Immerhin hat der Ortsverband beinahe 1.000 SoVD-Mitglieder.

Die neuen Vorstandsmitglieder werden selbstverständlich durch den alten Vorstand in ihre Positionen eingearbeitet. Auch die Kreisvorsitzende des Bodensee-Albkreises, Conny Boldt, und die Landesgeschäftsführerin Heike Sommerauer-Dörzapf haben ihre Unterstützung zugesagt. Interessenten können sich telefonisch oder per E-Mail (Kontakte siehe: www.bawue.de) melden.



Besuchen Sie uns auch im Internet
www.sovd-bawue.de

Bei einer Autopanne mit E-Auto, Hybridauto und Automatikschaltung lieber nicht selbst abschleppen

Schaden an Getriebe oder Batterie droht

Eine Autopanne kommt meist dann, wenn man es am wenigsten erwartet. Doch was ist im Ernstfall zu tun? Woher weiß ich, ob das eigene Auto von einem anderen Auto abgeschleppt werden kann? Während sich das selbstständige Abschleppen bei herkömmlichen Verbrennern mit Schaltgetriebe vergleichsweise einfach gestaltet, wird es bei anderen Antriebsarten komplizierter.

Bei E-Autos, Hybriden und Verbrennern mit Automatikgetriebe rät der ACE (Auto Club Europa), Europas Mobilitätsbegleiter, davon ab, selbst abzuschleppen, um Schäden am Hochvoltssystem oder Automatikgetriebe vorzubeugen.

Schäden im Leerlauf

Der Grund: Autos mit Schaltgetriebe werden im Leerlauf abgeschleppt, um den Motor von den Rädern zu trennen. Doch das ist bei Elektroautos und vielen Hybridfahrzeugen nicht möglich. Die Räder drehen die Elektromotoren mit,

wodurch die Motoren Strom erzeugen. In diesem Moment der Stromerzeugung, ohne dass das Auto betriebsbereit ist, kann die Leistungselektronik oder die Batterie beschädigt werden. Auch Automatikgetriebe können Schaden nehmen, wenn sie durch die Räder des Autos statt vom Motor angetrieben werden.

Profitechnik nötig

Die Lösung: Um Schäden zu verhindern, werden bei E-Fahrzeugen, Hybriden und Automatikwagen zum Abschleppen die Räder angehoben. Die

nötigen technischen Vorrichtungen bringen professionelle Abschleppdienste mit.

Pannen sind seltener

Stefan Bienert, Leiter der Abteilung Vertragspartnermanagement beim ACE, beruhigt: „Unsere jüngsten Erfahrungen zeigen, dass E-Autos im Vergleich zum Verbrenner seltener liegen bleiben. Das liegt einerseits natürlich daran, dass der Fahrzeugbestand noch recht jung und die batterieelektrischen Pkw größtenteils neuwertig sind.

Andererseits setzt sich ein Elektrofahrzeug aus weniger Bauteilen zusammen und verfügt so von Haus aus über weniger Fehlerquellen: Ob Zündanlage, Gemischaufbereitung oder Antrieb, dem E-Auto sind diese Fehlerquellen weitestgehend fremd, während sie beim



Foto: Horst Schmidt/Adobe Stock

Ein Elektroauto muss anders abgeschleppt werden als ein Auto mit Getriebe. Abschleppdienste haben die nötige Technik dafür.

Verbrenner zu den häufigsten Fehlerursachen zählen.“

In die Anleitung gucken

Der ACE rät im Fall der Fälle, zuerst in die Anleitung des Autos zu schauen, ob das eigene Fahrzeug selbst abgeschleppt werden kann. Wer auf Nummer sicher gehen will, kann auf ei-

nen professionellen Abschleppdienst zurückgreifen. Dies gilt im Übrigen für alle Antriebe, denn auch beim Abschleppen eines Pkw mit Schaltgetriebe gibt es viel zu beachten. Es besteht Verletzungs- und Unfallgefahr, zum Beispiel, wenn sich die Abschleppstange unvorhergesehen aushängt. *Quelle: ACE*

Glückwünsche

Willst du den Charakter eines Menschen erkennen, so gib ihm Macht.

Abraham Lincoln

70 Jahre: 2.4.: Kurt Schmidt, Neußheim; 13.4.: Wolfgang Moritz, Nußloch; 14.4.: Ingrid Herrmann, Mosbach; 19.4.: Ruza Marijanovic, Ladenburg; 21.4.: Gretel Warnke, Neckartailfingen; 23.4.: Elisabeth Wider, Lindau.

75 Jahre: 14.4.: Roland Faulhaber, Stetten; 29.4.: Heidegard Busch, Hockenheim.

80 Jahre: 6.4.: Edda Schädlich, Filderstadt; 18.4.: Margit Dietrich, Mannheim; 25.4.: Marko Jakopic, Überlingen; 28.4.: Helmut Neudert, Lindau.

85 Jahre: 15.4.: Waltraud Wettstein, Plankstadt; 17.4.: Wolfgang Proffen, Mannheim.

92 Jahre: 25.4.: Ilse Mannsdörfer, Stuttgart; 30.4.: Hannelore Müller, Mannheim.

93 Jahre: 7.4.: Liselotte Apel, Albstadt.

100 Jahre: 11.4.: Lina Lüdke, Salach.

Auch den hier nicht genannten Mitgliedern, die im April ihren Ehrentag feiern, wünscht der Landesvorstand Glück und Gesundheit auf ihrem weiteren Lebensweg. Diesen Wünschen schließen sich auch die Kreis- und Ortsverbände auf das Herzlichste an.

Unseren kranken Mitgliedern wünschen wir baldige Genesung und die vollständige Wiederherstellung ihrer Gesundheit.

Termine

Ortsverband Höpfigen

26. April, 14.30 Uhr: Infonachmittag im Gasthof „Zum Ochsen“ in Höpfigen.

Ortsverband Bodman-Ludwigshafen

30. April, 14.30 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen im Restaurant „Rosmarin“, Überlinger Straße 26, Bodman-Ludwigshafen. Um Anmeldung wird gebeten bis 24. April bei Conny Boldt unter Tel.: 07771 / 91 98 250.

Ortsverband Ravensburg

Vorschau: 1. Juni, 14.30 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen. Die Veranstaltung findet im Nebenzimmer des Hotels „Goldene Uhr“, Saarlandstraße 44, 88212 Ravensburg, statt. Teilnehmer*innen werden gebeten, sich bis spätestens 25. Mai bei Conny Boldt, Tel.: 07771 / 91 98 250, anzumelden.

Sprechstunden



Warmworld/Adobe Stock

Aufgrund der Corona-Krise finden die genannten Angebote unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich unter den angegebenen Telefonnummern, ob, wann, wo und wie die Beratung stattfindet.

Sozialrechtsberatung Albstadt

Die Sozialberatung in der Sonnenstraße 16 in 72458 Albstadt erfolgt nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 07431 / 26 30.

Sprechstunden und Sozialberatung Friedrichshafen

Die Sprechstunden finden jeden zweiten Dienstag Monat, von 14 bis 16 Uhr, in der Manzeller Straße 4, 88045 Friedrichshafen/Schnetzenhausen statt. In dringenden Fällen wen-

den Sie sich bitte an Willy Pitzner, Tel.: 07541 / 72 702.

Sozialberatung Mannheim

Informationen zu Terminen der Rechtsberatungsstelle Mannheim erhalten Sie unter Tel.: 0621 / 84 11 51.

Sozialberatung im Raum Neckar-Odenwald

Die Sozialsprechstunden im Raum Neckar-Odenwald finden im Gasthaus „Zum Och-

sen“ in Höpfigen statt. Für die Beratungen sind Terminvereinbarungen unter Tel.: 0621 / 84 11 51 unbedingt erforderlich.

Sozialberatung im Raum Mittelbaden und Südbaden

Die telefonische Sozialberatung findet unter Tel.: 0621 / 84 11 51 statt. Für sonstige Fragen steht die Landesgeschäftsstelle unter Tel.: 0621 / 84 14 172 zur Verfügung.

Sozialberatung im Bezirk Bodensee-Alb

Siehe Informationen im Kasten links.

Sozialberatung Kreisverband Stuttgart

Jeden 3. Mittwoch im Monat (außer Dezember) findet eine Sozialberatung im Beratungsbüro des Generationenhauses Heslach, Gebrüder-Schmid-Weg 13, 70199 Stuttgart statt, jedoch nur nach vorheriger Terminvereinbarung mit der Sozialberatungsstelle in Mannheim unter Tel.: 0621 / 84 11 51.

Beratung am Bodensee

Der SoVD-Kreisverband Bodensee-Alb freut sich, Ihnen mitteilen zu können, dass die Sozialrechtsberatung im Raum Bodensee wieder aufgenommen wird. Für den seit Jahresende im Ruhestand befindlichen Rechtsanwalt Jürgen Nesweda konnte die Rechtsanwältin Anika Görlitz-Kernbach gewonnen werden. Diese wird zunächst am 6. April und danach immer einmal monatlich am ersten Mittwoch eines Monats die persönliche Beratung in Kressbronn durchführen. Termine können über die Sozialrechtsberatungsstelle in Albstadt bei Frau Matthes vereinbart werden: Tel. 07431 / 26 30 oder per E-Mail sovd.albstadt@sovd-bawue.de.

Studie der Universität Bremen zeigt Verbesserungsbedarf bei älteren Internetnutzer*innen auf

Digitale Teilhabe durch Hilfen vergrößern

Das Projekt „Netzwerk Digitalambulanz“ will mit regionalen Inhalten speziell ältere Bremer Internetnutzer*innen ansprechen. Diese sind im hohen Alter immer noch digital unterrepräsentiert. Das ergab eine Studie des Instituts für Informationsmanagement (ifib) der Universität Bremen. Oft fehlt den Nutzer*innen praktische Hilfe bei der Bedienung der Technik.

Eine E-Mail versenden, Fotos an Freunde mailen, mit den Enkeln skypen oder eine Bahnfahrkarte buchen: Die Möglichkeiten des World Wide Web werden auch von älteren Bremerinnen und Bremern gern genutzt.

Alter, Geld und Bildung haben Einfluss

Eine Studie des ifib ergab im Februar, dass landesweit knapp 82 Prozent der über 60-Jährigen im Internet präsent sind, 18 Prozent allerdings überhaupt nicht. Befragt wurden knapp 11.000 Menschen im Bundesland. Unterschiede gab es viele. Zum einen war das Alter ausschlaggebend: Während sich unter den 60- bis 64-Jährigen mehr als 96 Prozent im Internet tummeln, nimmt die prozentuale Beteiligung mit dem Alter ab: Bei den Über-90-Jährigen sind es nur noch 22 Prozent.

Auch den Zusammenhang von Internetkenntnissen mit Bildung und materieller Sicherheit veranschaulicht die Studie:

Die höchste Nutzerquote bei den Älteren verzeichnet Bremen im Stadtteil Östliche Vorstadt mit 93 Prozent, die niedrigste Quote weist Huchting mit 73 Prozent auf. Aber auch im Bundesland selbst werden Unterschiede deutlich; in der Stadt Bremen nutzen 82,1 Prozent das Internet, in Bremerhaven liegt die Quote dagegen bei nur 77,7 Prozent.

Die Ergebnisse der Befragung fließen in die weitere Arbeit des Projektes „Netzwerk Digitalambulanz“ ein, deren Koordinationsstelle im Ressort der Sozialsenatorin Anja Stahmann angesiedelt ist. Eine Aufgabe des Netzwerkes ist der Aufbau einer Online-Plattform, die mit regionalen Internet-Inhalten speziell ältere Nutzer*innen ansprechen möchte.

Die Studie macht aber auch deutlich, dass es nicht nur darum gehen kann, weitere Lern- und Erfahrungsorte zu installieren. Um sogenannte „Offline“ zu erreichen, die für sich keinen Nutzen in den Angeboten des

Internets sehen, benötigt man andere Formen. Diese Gruppe, so Informatik-Professor und Studienleiter Herbert Kubicek, hätte das größte Risiko, den Anschluss zu verlieren, wenn in Zukunft viele Dienstleistungen nur online verfügbar würden. Unterstützungsbedarf sieht Kubicek aber auch bei den sogenannten „Onlinern“: Die Studie ergab, dass nur rund die Hälfte derer, die das Internet zumindest „ab und zu“ nutzt, dies selbstständig ohne gelegentliche Hilfe erledigen kann. Zwischen 30 und 50 Prozent aller Nutzer*innen gaben daher an, dass sie gern Unterstützung bei der Einrichtung des Geräts sowie bei der Bedienung und Nutzung spezieller Angebote hätten.

Ehrenamtliche sollen helfen und schulen

Im „Netzwerk Digitalambulanz“ soll ein zentraler Pool von ehrenamtlichen Unterstützungskräften aufgebaut werden, auf die Anbieter von Schu-



Foto: zinkevych/Adobe Stock

Mit ein bisschen Hilfe trauen sich auch Ältere ins Internet.

lungsangeboten zurückgreifen können. Auch gut verständliches Schulungsmaterial zu entwerfen sowie die Logistik von Leihgeräten zu organisieren, gehört zu den Aufgaben.

Neben den offiziellen Stellen zählen verschiedene zivilgesellschaftliche Einrichtungen, zum Beispiel auch der SoVD-Landesverband, zum Netzwerk. Sie können bei der Ausgestaltung der geplanten Maßnahmen mitwirken und sie unentgeltlich in Anspruch nehmen. „Das Thema 'Digitale Teilhabe' liegt uns sehr am Herzen“, sagt der

1. Landesvorsitzende Joachim Wittrien. „Die Zeit läuft. Wenn immer mehr Bankfilialen und DB-Schalter schließen, müssen unsere Mitglieder fit sein, Buchungen auch online zu erledigen. Deshalb werden wir Schulungen anbieten, sobald Trainer, Schulungsmaterial und Leihgeräte zur Verfügung stehen!“

Infos über die Arbeit des Netzwerkes Digitalambulanz, Veranstaltungshinweise sowie interessante Erklärvideos sind einsehbar unter: <https://www.digitalambulanzen.bremen.de>.

Quellen: u. a. Senat, Uni Bremen

Öffentliche Petition fordert den Rück-Umbau der Metronom-Züge

Barrieren trotz Modernisierung

Udo Schmidt vom Kreisverband Bremen machte den SoVD Bremen auf eine Petition von Kathrin Denecke aufmerksam. Sie weist darauf hin, dass die Züge der Nahverkehrsbetriebe in Niedersachsen und Bremen zwar modernisiert, aber dadurch auch weniger barrierefrei werden.

Die Bahnen der Firma Metronom, die zwischen Hamburg und Hannover oder Bremen verkehren, waren bisher relativ barrierefrei zu nutzen. Dies traf auch auf die ähnlich gebauten Nahverkehrszüge der Firma Start zwischen Cuxhaven und Hamburg zu. Der Einstieg war selbstständig und auch ohne vorherige Anmeldung möglich. In den Wagen selbst gab es ausreichend Platz zum Rangieren mit Rollstühlen; die Toilette war relativ gut zu erreichen.

Das ist nun vorbei, denn die Abteile werden nach und nach bei laufendem Betrieb modernisiert. Seitdem gibt es in den modernisierten Wagen keine elektrische Rampe mehr. Das Personal muss eine schwere Klapprampe manuell anlegen.

Diese reicht so weit in den Zug hinein, dass ein Manövrieren im Eingangsbereich nicht mehr möglich ist. Zudem muss die Rampe dann unter dem Rollstuhl wieder herausgezogen werden. Feste Sitze statt klappbare wurden installiert. Der vormals flexible Bereich ist nun massiv eingeschränkt, mit einem Rollstuhl ist das Manövrieren im Abteil nahezu unmöglich. Auch der Durchgang zu den Toiletten ist durch die festen Sitze so eingeschränkt, dass ein Durchkommen nur noch mit kleineren Rollstühlen möglich ist.

Zuständig für die Entscheidung, wie Zugabteile in Niedersachsen auszusehen haben, sind nicht die einzelnen Betreiberfirmen, sondern die Lan-

desnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen (LNVG). Diese orientiert sich an Richtlinien, die dem heutigen Anspruch auf Barrierefreiheit leider nicht mehr entsprechen. Eigentlich wollte die LNVG für die Barrierefreiheit etwas Gutes tun und endlich die europäische Richtlinie für Mobilitätseingeschränkte von 2014 umsetzen. Jedoch sind die Behindertenverbände nicht in die Planung miteinbezogen worden.

Kathrin Denecke hat eine öffentliche Petition „Inklusion; Ausstattung von Nahverkehrszügen des Metronom“ in Niedersachsen eingereicht. Sie kann eingesehen werden unter: www.navo.niedersachsen.de/navo2/portal/nipetition/0/publicviewpetition?id=67.

Hausnotruf absetzbar

Das Finanzgericht Baden-Württemberg entschied 2021, dass die Kosten für ein Hausnotrufsystem auch dann als haushaltsnahe Dienstleistung von der Steuer absetzbar seien, wenn die*der Betroffene zu Hause und nicht im Heim lebt. Da üblicherweise Haushaltsangehörige im Bedarfsfall Hilfe holen, ersetze das Notrufsystem bei Alleinlebenden die Überwachung im Haushalt. Diese Entscheidung wurde zur Revision am Bundesfinanzhof (BFH) zugelassen (FG Baden-Württemberg, Urteil vom 11.6.2021, Az. 5 K 2380/19).

Wer seine Steuererklärung ausfüllt, kann also einen Hausnotruf bei den haushaltsnahen Leistungen im Mantelbogen eintragen. Wenn das Finanzamt die Kosten für das Hausnotrufsystem nicht anerkennt, sollte man Einspruch gegen den Steuerbescheid einlegen und das Ruhen des Verfahrens beantragen. Entscheidet der BFH im Sinne des Steuerzahlers oder der Steuerzahlerin, werden die Ausgaben (nachträglich) anerkannt.



Foto: RFBSIP/Adobe Stock

Wer alleine in der Wohnung lebt, ist mit einem Hausnotruf besser abgesichert.

Monatlicher Newsletter

Falls Sie als Mitglied daran interessiert sind, einmal monatlich zu Anfang eines Monats (außer der Sommerausgabe) den Newsletter des SoVD Bremen mit Berichten, Veranstaltungsterminen, Tipps und Tricks zu erhalten, so bitten wir Sie um einen Hinweis an folgende E-Mail-Adresse: newsletter@sovd-hb.de.



Personalien

Elke Kröger haben viele Mitglieder in guter Erinnerung, wenn sie beim Kreisverband Bremerhaven angerufen oder die Geschäftsstelle besucht haben. Knapp 22 Jahre lang war Elke Kröger für den SoVD hauptamtlich tätig: Zunächst arbeitete sie für drei Jahre beim Kreisverband Cuxhaven, dann wechselte sie im April 2003 nach Bremerhaven. Als Mitarbeiterin in der Sozialberatung war sie sehr beliebt und hatte immer ein offenes Ohr für alle.

Am 1. März hat ihr wohlverdienter Ruhestand begonnen. Mit einer kleinen Feier wurde Elke Kröger vom Landes- und Kreisvorstand verabschiedet. „Wir bedanken uns sehr für das jahrzehntelange Engagement“, sagte der 1. Landesvorsitzende Joachim Wittrien in seiner Rede: „Als erste Ansprechpartnerin sind Sie zum Gesicht der Geschäftsstelle geworden!“

Der Vorsitzende des Kreisver-



Großer Bahnhof bei der Verabschiedung (von links): Karin Michaelson, Alfred Bultmann, Joachim Wittrien, Maren Sassen, Elke Kröger, Karl-Otto Harms, Helga Harms, Diana Maleschewski, Mario Graf und Wilfried Schadock.

bandes Bremerhaven, Karl-Otto Harms, fügte hinzu: „Wenn unsere Mitglieder oder auch die Ehrenamtlichen ein Anliegen hatten, war immer klar, auf wen man sich verlassen konnte.“

Die Nachfolge von Elke Kröger tritt Maren Sassen an. Sie wurde von ihrer Vorgängerin bereits umfassend eingearbeitet und hat deren Aufgaben zum Zug übernommen.



Glückwünsche

Allen Mitgliedern, die im April ihren Geburtstag feiern, gratuliert der SoVD-Landesverband Bremen herzlich. Wir wünschen ihnen für das neue Lebensjahr alles Gute, vor allem aber Gesundheit und Wohlergehen.

Allen Mitgliedern, die derzeit erkrankt sind, wünschen wir eine baldige Genesung.

Ehrenamt sucht ...

Zur Unterstützung unserer Ortsverbände sucht der SoVD Bremen interessierte Menschen, die neue Kontakte knüpfen und etwas aus ihrer Freizeit machen möchten. Wenn Sie sich angesprochen fühlen, eine neue Aufgabe suchen und gerne Näheres erfahren möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre zuständige Kreisgeschäftsstelle:

- Kreisverbände Bremen und Bremen-Nord: Tel.: 0421 / 16 38 490,
- Kreisverband Bremerhaven: Tel.: 0471 / 28 006.

Wir freuen uns über Ihren Anruf!



Sozialrechtsberatung

Hier finden Sie Kontaktadressen sowie Ansprechpartner*innen des SoVD im Landesverband Bremen. Um Termine für eine Sprechstunde zu erhalten, wenden Sie sich bitte an Ihre zuständige Kreisgeschäftsstelle!

Landesverband / Landesrechtsabteilung / Kreisverband Bremen / Kreisverband Bremen-Nord

Breitenweg 10-12, 28195 Bremen, Tel.: 0421 / 16 38 490, E-Mail: info@sovd-hb.de.

Kreisverband Bremerhaven

Barkhausenstraße 22, 27568 Bremerhaven, Tel.: 0471 / 28 006, E-Mail: kreis-bremerhaven@sovd-hb.de.



Termine

Die Veranstaltungen finden unter den aktuellen Pandemiebedingungen statt. Wir bitten um Beachtung der separat abgedruckten Tagesordnungspunkte.

Ortsverband Vegesack

27. April, 15 Uhr: Mitgliederversammlung im Bürgerhaus Vegesack, Raum F 20.

Ortsverband Gröpelingen

30. April, 12 Uhr: Mitgliederversammlung mit Vorstandswahlen, bei „Kultur vor Ort“ in der Liegnitzstraße 63 in Bremen. Anmeldung bei Frau Stelzenmüller unter Tel.: 0421 / 70 90 73 80.

TOP

- Entgegennahme der Berichte des Vorstandes und der Revisor*innen,
- Beschlussfassung über Anträge und Beschwerden an den Kreisvorstand und an die Kreisverbandstagung,
- Wahl des Ortsvorstandes,
- Wahl der Revisor*innen,
- Wahl der Delegierten zur Kreisverbandstagung,
- Entlastung des Ortsvorstandes.

Die AOK bietet für Mitglieder ein individuell zugeschnittenes Lauftraining an

„Laufend in Form bleiben“

Die AOK bietet als Sonderleistung für Mitglieder ein kostenloses Online-Lauftraining. Betreut werden die Teilnehmer*innen von Laufcoach Herbert Steffny und seinem Team per E-Mail oder SMS und mit individuellen Trainingsprogrammen.

Laufcoach Herbert Steffny, 16-facher Deutscher Meister in verschiedenen Laufdisziplinen hat zusammen mit der AOK und der Gesellschaft für Gesundheit & Prävention das Programm „Laufend in Form“ entwickelt. Er berät das Expertenteam und unterstützt es bei der Betreuung der Teilnehmer*innen. „Egal, wie alt Sie sind: Regelmäßiges Training – jeweils mindestens eine halbe Stunde am Stück – verbessert die Lebensqualität. Forschungen haben außerdem ergeben, dass Ausdauersportler eine um einige Jahre verlängerte Lebensdauer haben“, so Steffny.

Laufen stärkt das Herz-Kreislauf- und Immunsystem, hält die Gefäße elastisch und schmiert die Gelenke, stabilisiert die Knochen, regelt Blutdruck und Blutzuckerspiegel, senkt Cholesterin und sensibilisiert für eine gesündere Ernährung. Zum Abnehmen ist Walking, Nordic Walking und ruhiges Jogging ideal: „Das Körpergewicht wird reduziert und stabilisiert, außerdem bauen Sie damit auf natürliche Art und Weise die Stresshormone ab.“

Zentrales Element des Programms „Laufend in Form“ ist der individuell zugeschnittene Trainingsplaner. Nach jedem Training tragen die



Foto: Robert Kneschke / Adobe Stock

Mit Plan und Motivation bringt das Walken mehr Spaß und Erfolg, gerade, wenn man es alleine macht.

Teilnehmer*innen online ein, was sie geschafft haben, welchen Puls sie hatten, und wie sie sich während des Trainings gefühlt haben. Sie erhalten dann ein Feedback und konkrete Tipps für ihre nächsten Trainingseinheiten. Bei Fragen können sie sich jederzeit an das Expertenteam wenden.

Die Teilnehmer*innen trainieren rund sechs Monate mit dem Programm. Wie viel sie trainieren, hängt ganz von ihren Wünschen und von ihrer Kondition ab. Ob ein- bis zweimal in der Woche 30 bis 40 Minuten, oder vier Wettkampfeinheiten pro

Woche – der individuelle Trainingsplaner macht ihnen die richtigen Vorschläge. Wer weitermachen möchte, kann nach den sechs Monaten die nächste Trainingsphase starten. Selbst die Vorbereitung auf einen Halbmarathon ist möglich.

An Ausrüstung benötigen die Teilnehmer*innen fürs Joggen und Walking nur gute Lafschuhe und geeignete, atmungsaktive Trainingskleidung. Wer Nordic Walking betreiben möchte, braucht dafür spezielle Stöcke.

Alle Infos und die Anmeldung im Internet unter: <https://www.laufend-in-form.de/start.php>.

Bevorstehenden Anstieg von Altersarmut mit Rentenreform bekämpfen

Nach wie vor ein großes Thema

Inflation, steigende Energie- und Lebenshaltungskosten – Rentner*innen haben immer weniger Geld zur Verfügung. Die Pandemie hat auch im zweiten Jahr mehr als deutlich gemacht, dass das deutsche Rentensystem dringend reformiert werden muss.

„53 Prozent aller Senior*innen in Hamburg haben nur eine Rente bis maximal 1.000 Euro. Für sie sind die steigenden Preise eine existenzielle Bedrohung“, warnt der Hamburger SoVD-Landeschef Klaus Wicher. „So lange die Konjunktur gut läuft, funktioniert das Konstrukt Rente. Corona hat allerdings für tiefe wirtschaftliche Einbrüche gesorgt, das System kommt an seine Grenzen.“ Die neue Bundesregierung gehe zwar mit der aktiengestützten Rente neue Wege, dennoch: „Wir brauchen eine Rente, die verlässlich den Lebensstandard aller sichert.“

Landesvorsitzender Klaus Wicher sorgt sich um die geburtenstarken Jahrgänge in Hamburg, die armutsgefährdet sind und die schon in den wenigen Jahren nicht mehr genug zum Leben haben werden: „Eine Untersuchung der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten Hamburg hat ergeben, dass rund 64.400 Vollzeitbeschäftigte selbst nach 45 Arbeitsjahren im Rentenalter von Armut bedroht sein werden. Die neue Grundrente allein wird es nicht richten können. Denn von den 21 Millionen Rentner*innen in Deutschland haben gerade mal 1,3 Millionen Anspruch auf die Grundrente.“

Der Hamburger SoVD-Vorsitzende plädiert für eine um-



Foto: Solarisys / Adobe Stock

Armut wirkt sich in allen Bereichen des Alltags aus: So versuchen viele Menschen bei den Heizkosten zu sparen.

fassende Rentenreform: „Wir müssen zurück auf lebensstandardsichernde 53 Prozent Rentenniveau.“ Das Rentensystem müsse schrittweise zu einer Erwerbstätigenversicherung weiterentwickelt werden. Dazu sollten alle Selbstständigen, Politiker*innen, Beamte*innen sowie Angehörige freier Berufe als versicherungspflichtig in die gesetzliche Rentenversicherung eintreten.

Neben dem Bund kann sich auch Hamburg engagieren, fordert Klaus Wicher: „Es stimmt einfach nicht, dass es in unse-

rer reichen Stadt allen gut geht. Hier ist alles teurer als anderswo. Hinzu kommt die steigende Inflationsrate, von der wir noch gar nicht wissen, wie sie sich entwickeln wird – sie schmälert kleine Einkommen zusätzlich. Da kann auch der einmalige Heizkostenzuschuss der Bundesregierung nicht viel ändern.

Die Stadt muss armen Senior*innen, die Grundsicherung erhalten, endlich einen Zuschlag zugestehen. Die rechtlichen Grundlagen dafür sind gegeben. Der

Antrag dazu liegt seit Jahren im Sozialausschuss der Bürgerschaft, der müsste inzwischen schon verstaubt sein.“

*In der reichen Stadt
Hamburg ist alles teurer
als anderswo*

*Die neue Grundrente wird
die Altersarmut nicht
alleine bessern können*



Ansichten

Liebe Mitglieder,



Klaus Wicher

das Entlastungspaket der Bundesregierung ist vielfältig und für viele auch sehr nützlich, um durch diese schwierige Zeit zu kommen. Deutlich spürbar ist dabei allerdings der Kompromiss, den die Koalitionäre aushandeln mussten. Leider ist für die Ärmsten der Armen kaum darin etwas enthalten, obwohl sie mehr denn je jetzt jeden Cent ganz dringend brauchen. Allein die 20 Euro monatlich ab dem 1. Juli für Kinder aus armen Haushalten ist als dauerhafte Entlastung vorgesehen. Bei den laufenden Preissteigerungen kommt das sehr spät und das Geld wird bald ausgegeben sein.

Die Preise steigen rasant an, gerade Lebensmittel und Fahrpreise für Bus und Bahn sind und werden immer teurer. Welche Belastungen auf Menschen mit geringem Einkommen aufgrund des Angriffskrieges von Russland auf die Ukraine zukommen werden, kann bei Redaktionsschluss noch nicht abgeschätzt werden. Sicher scheint, auch aus diesem Grund wird vieles noch teurer werden.

Der Finanzminister will jetzt ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr ausgeben und sagt, am Geld sei es noch nie gescheitert. Wenn dem so ist, warum wird dann nicht mehr für Menschen mit kleinem Geldbeutel getan, Herr Finanzminister Lindner? Für mich ist eindeutig klar: Unsere Werte und unsere Demokratie hängen nicht nur von der äußeren Sicherheit ab, sondern auch davon, dass wir die Schwachen in unserer Gesellschaft mitnehmen, um die ganz großen Herausforderungen wie den Klimawandel anzugehen. Denn es trifft vor allem diejenigen am härtesten, die schon jetzt bis an die Halskrause belastet sind. Können sich Politiker*innen überhaupt vorstellen, was es für eine unterfinanzierte vierköpfige Familie bedeutet, wenn ungeplante Kosten, beispielsweise für das erkrankte Kind und für eine kaputte Waschmaschine, auftauchen? Wir müssen dringend gegen die Mechanismen ansteuern, die eine gerechte Umverteilung in unserer Gesellschaft verhindern. Genügend Geld hätten wir dafür, wir müssen es nur aktivieren!

Auch der Senat kann einiges tun: Wie in München kann er die Grundsicherung im Alter aus eigenen Mitteln anheben, oder die Fahrt mit dem ÖPNV für bedürftige Menschen kostenlos machen. Dazu braucht es keine Bundesentscheidung, das kann Hamburg allein umsetzen und finanzieren.

Ihr Klaus Wicher, 1. Landesvorsitzender

SoVD-Mitglied bereist die deutsche Grenze, um Spenden für die Schlaganfallhilfe zu sammeln

Der „Grenzonaut“ hat seine Reise gestartet

Starttermin für den „Grenzonauten“ und SoVD-Mitglied Nicolai Welke. Drei Monate lang ist der 52-Jährige auf seiner Reise entlang der deutschen Grenze unterwegs und wird dabei Spenden für die deutsche Schlaganfallhilfe sammeln. Welke hatte vor mehr als zehn Jahren einen Schlaganfall und ist seitdem nicht mehr arbeitsfähig. Deshalb liegt ihm das Projekt ganz besonders am Herzen.

88 Stationen wird Nicolai Welke, der sich selbst Grenzonaut nennt, auf seinem Weg entlang der deutschen Grenze ausschließlich mit Bus und Bahn ansteuern: „Ich besuche alle SoVD-Landesverbände und verschiedene Kirchengemeinden“, berichtet Welke.

Erste Anlaufstelle seiner Reise war der SoVD-Landesverband

Hamburg. Landeschef Klaus Wicher begrüßte Nicolai Welke in der Landesgeschäftsstelle in Barmbek und zeigte ihm die Räume. Im anschließenden Gespräch tauschte er sich mit seinem Gast über Sozialpolitik und die Verbandsarbeit aus. Klaus Wicher war vor allem von Welkes Zielstrebigkeit beeindruckt: „Ich wünsche Herrn Welke vie-

le gute Begegnungen, und dass er sein ambitioniertes Projekt erfolgreich abschließen kann. Davor habe ich große Hochachtung.“ Auch der SoVD Hamburg spendet und bittet um weitere Unterstützung.

Stiftung Deutsche Schlaganfallhilfe, Sparkasse Gütersloh-Rietberg, IBAN: DE80 4785 0000 0000 50, Kennwort: Grenzgang.



Klaus Wicher (re.) begrüßte Nicolai Welke auf seiner Spendentour.

SoVD-Podcast „Sozial? Geht immer!“

Pandemie und Armut

Der SoVD Hamburg hat jetzt einen Podcast. Einmal im Monat sprechen der Hamburger SoVD-Landeschef Klaus Wicher und Pressesprecherin Susanne Rahlf mit Gästen aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Praxis. Interessiert, investigativ, aufgeschlossen und immer ganz dicht dran am Puls der Zeit.

Im ersten Talk des SoVD-Podcasts geht es um Corona: Was macht die Pandemie mit den Armen? Zu Gast ist der bekannte Virologe Prof. Dr. Jonas Schmidt-Chanasit. Er forscht am Hamburger Tropeninstitut und untersucht gefährliche Viren wie Ebola, Malaria, Dengue oder auch das von Zecken übertragene FSME. Er sagt: „Wir werden in der Zukunft häufiger mit gefährlichen Viren zu tun haben – und müssen vor allem arme Menschen besser davor schützen.“

Die Sendung ist verfügbar bei Podcast-Anbietern und auf der Webseite des SoVD Hamburg unter: www.sovd-hh.de.



Prof. Dr. Jonas Schmidt-Chanasit, Virologe

SoVDigital mit neuem Termin im April

Wege aus der Einsamkeit

Jeden ersten Dienstag im Monat tauschen sich interessierte SoVD-Mitglieder im Internet aus: SoVDigital macht es möglich. Auch am 5. April lädt Moderator Werner Hansen wieder von 18 bis 19.30 Uhr zum digitalen Austausch ein.

Dieses Mal ist Dagmar Hirche zu Gast bei SoVDigital. Die 65-jährige Unternehmerin hat vor Jahren den Verein „Wege aus der Einsamkeit“ gegründet. Sie spricht mit den Teilnehmer*innen über das große Thema Einsamkeit im Alter und mit welchen kreativen Angeboten Senior*innen wieder mehr Kontakte zu anderen finden können. Alles, was man braucht, um dabei zu sein, sind wahlweise ein PC, Laptop, Notebook, Tablet oder Smartphone. Dazu muss die „Zoom-App“ heruntergeladen werden – und schon kann es losgehen. Wer Hilfe dabei braucht, kann sich an den Veranstalter wenden.

Die Anmeldung erfolgt bei Thomas Bohn, Tel: 040/61 16 07 41 oder per E-Mail: anmeldung@sov-d-hh.de. Im Anschluss erhalten die Teilnehmer*innen einen Link, der ihnen den Zugang zum SoVDigital-Treff ermöglicht.



Foto: Stefan Maria Rother

Dagmar Hirche, Unternehmerin



Der SoVD Hamburg berät weiter – trotz Corona. In jedem Fall finden Sie in der Landesgeschäftsstelle in Barmbek Hilfe und Beratung. Bevor Sie sich zu uns auf den Weg machen, rufen Sie uns an oder schicken Sie uns eine E-Mail.

Bei Redaktionsschluss war leider nicht bekannt, welche unserer weiteren Beratungsstellen aufgrund der aktuellen Corona-Entwicklung geöffnet sind. Die aktuellen Öffnungszeiten erfragen Sie bitte unter Tel.: 040/61 16 070, oder sehen Sie auf unserer Webseite nach: www.sovd-hh.de.

- **SoVD-Beratungszentrum, Landesgeschäftsstelle,** Pestalozzistraße 38, 22305 Hamburg, Tel.: 040/61 16 070, E-Mail: info@sov-d-hh.de.

Das SoVD-Sozialkaufhaus bietet ein breites Sortiment an gebrauchten Waren

Es gibt alles zu kleinen Preisen

Alles wird teurer: Insbesondere für Wärme und Lebensmittel muss man in Hamburg inzwischen immer mehr ausgeben. Jeder Cent zählt, vor allem, wenn man sowieso schon nicht viel hat. Umso besser, dass es das SoVD-Sozialkaufhaus Cappello im Bürgerhaus Bornheide gibt.

Im Sozialkaufhaus finden die Besucher*innen alles, was das Leben leichter macht wie Kleidung für Kinder und Erwachsene, Spielsachen und Schuhe. Dazu kommen Haushaltshelfer vom Sieb bis zur Suppenkelle, Töpfe und Pfannen sowie Toaster und Waffeleisen: „Wir können an ganz vielen Stellen weiterhelfen und beraten gern, wenn Fragen da sind“, sagt Cappello-Leiterin Regina Bachner. „Alles, was wir hier für ganz kleines Geld anbieten, ist praktisch und sofort benutzungsfähig. Es lohnt sich also, bei uns vorbeizuschauen und zu stöbern.“

Das SoVD-Sozialkaufhaus



Das reichhaltige Angebot des Cappello lädt zum Stöbern ein.

Cappello befindet sich im Bürgerhaus Bornheide (gelbes Haus), Bornheide 76 b. Geöffnet hat es montags von 14 bis 18, mittwochs von 10 bis 15 und freitags von 12 bis 15 Uhr.

Versammlungen und Veranstaltungen sind wieder in Präsenz erlaubt

Die Ortsverbände starten durch

Das aktive Leben in den Hamburger SoVD-Ortsverbänden und Treffs geht nach langer Corona-Pause wieder vollständig an den Start. Zum Auftakt haben die Jahreshauptversammlungen in den Ortsverbänden stattgefunden. Viele weitere Veranstaltungen sind schon geplant.

In den vergangenen Wochen war Landesvorsitzender Klaus Wicher überall in der Stadt unterwegs und besuchte die Versammlungen: „So viele haben mich dort angesprochen und gefragt, wann wir wieder mit unseren geschätzten Angeboten in den Ortsverbänden loslegen. Jetzt, wo die Pandemie zumindest eine Pause macht, wollen wir die Zeit gut nutzen: Unsere Ortsvorsitzenden und die Leiter der Seniorentreffs haben richtig tolle Programme für unsere Senior*innen zusammengestellt“, freut sich Wicher. „Wir haben Referenten, die zu Themen wie Hör-

behinderung, gutes Sehen im Alter, Patientenverfügung oder Pflege berichten werden. Eine Stadtbau-Referentin wird über Wohnformen im Alter informieren, der Mieterverein ist bei uns zu Gast, und die Caritas gibt wichtige Tipps zum Stromsparen. In den Stadtteilen wird zum Beispiel ein Imker vorbeischaauen, die bürgernahen Beamten und Geschichtsvereine sind dabei und natürlich gibt es auch wieder die beliebten Ausflüge. Auch Gäste sind willkommen!“

Alle Informationen dazu gibt es im Internet unter: www.sovd-hh.de/wir-ueber-uns/kreis-ortsverbaende.



Foto: Robert Kneschke/Adobe Stock

Die SoVD-Ortsverbände können wieder die beliebten Ausflüge anbieten.

Newsletter „SoVDabei“

Der Landesverband bietet seinen Mitgliedern jetzt den neuen Newsletter „SoVDabei“ per E-Mail an. Alle zwei Monate erfahren Sie das Neueste aus dem Verband, zum Beispiel, was in den Ortsverbänden und Seniorentreffs los ist oder welche Vergünstigungen Kooperationspartner für SoVD-Mitglieder anbieten.

Bei Interesse melden Sie sich bitte per E-Mail unter: anmeldung@sov-d-hh.de.

Ernstfall absichern

Eine Patientenverfügung und eine Vorsorgevollmacht sollten unbedingt rechtssicher aufgesetzt werden. Dies können die Fachjurist*innen des SoVD Hamburg. SoVD-Mitglieder sparen dabei eine Menge Geld. Für nur 120 Euro erhalten Mitglieder beide Dokumente, auch für den Partner*die Partnerin. Damit ist man im Ernstfall gut abgesichert. Wie wichtig das ist, hat Corona gezeigt.

Mitglieder werben

Wenn Sie die vielfältigen Angebote des SoVD kennen und schätzen, machen Sie sich gern für den Verband stark und werben Sie für ihn! Als Dankeschön für ein neu geworbenes Mitglied gibt es einen 25-Euro-Gutschein des Freizeit-, Sport- und Outdoorspezialisten Globetrotter.

Weitere Infos dazu erhalten Sie in der Landesgeschäftsstelle oder unter: www.sovd-hh.de.



Fotos: Monika Lück

Kulturwissenschaftlerin Nadja Gröschner (links) führte die Teilnehmer*innen über den Fürstenwall bis hin zum Domplatz.

SoVD war bei einer Stadtführung zur Frauengeschichte in Magdeburg dabei

Auf den Spuren der Frauenorte

Sachsen-Anhalt Ines Eisenhut, Mitglied des Landesfrauenausschusses, und Landesfrauensprecherin Monika Lück besuchten zur Vorbereitung ihres Vortrages über Frauenorte in Sachsen-Anhalt eine Stadtführung in Magdeburg.

Die Kulturwissenschaftlerin Nadja Gröschner führte die Teilnehmer*innen, unter ihnen auch Ines Eisenhut und Monika Lück, über den Fürstenwall bis hin zum Domplatz und erzählte Interessantes zur Geschichte der Frauenorte: „Die Rolle der Frau wird in der Geschichte meist durch die Präsenz der Männer bestimmt. Sie hat eben hinter ihm zu stehen – Haus, Kinder zu betreuen und seine Karriere zu fördern. Einige Frauen leisteten Besonderes und taten sich in der Geschichte hervor. Ihnen zu Ehren wurden Frauenorte geschaffen. Zurzeit sind es in Sachsen-Anhalt etwa 52 Orte.“

In Magdeburg ehrt man unter anderem die Ottoninnen

sowie Mechthild von Magdeburg. Letztere hinterließ mit ihren Schriften ein Vermächtnis, in dem sie mit der Macht der Sprache auf die Nöte der Zeit und die Rolle der Kirche anspielte und diese anklagte. Mechthild lebte in einfachen Verhältnissen und arbeitete mit Kranken und Armen. Die Beginen, denen sie sich anschloss, waren selbständige Frauen, die der christlichen Religion angehörten und diakonisch-caritativ tätig waren. Sie stehen für den Ausbruch aus der für sie bestimmten Stellung. Mit ihrem selbstbestimmten Auftreten setzten sie ein Zeichen in der von Männern dominierten Welt.

Mehr können Interessierte bei Führungen durch die Stadt

Magdeburg erfahren. Darüber hinaus möchten die beiden SoVD-Frauen für ihren geplanten Vortrag zu Frauenorten in Sachsen-Anhalt auch mehr über Frauen aus anderen Orten erfahren, um in loser Folge in der Mitgliederzeitung den schweren Kampf um Anerkennung und Gleichstellung der Frauen in der Geschichte darzustellen. Dazu bitten Ines Eisenhut und Monika Lück die Mitglieder: „Gibt es in Ihrem Ort oder Kreis bedeutende Frauen? Dann schreiben Sie bitte an den SoVD-Landesverband Mitteldeutschland, Landesfrauensprecherin Monika Lück, Moritzstraße 2 F, 39124 Magdeburg. Bitte das Kennwort ‚Frauenorte‘ nicht vergessen.“

Oberbürgermeisterkandidat stellt sich im Kreisverband Wernigerode vor

Überzeugender Auftritt

Sachsen-Anhalt Im Rahmen des monatlichen Mitgliedertreffens des SoVD-Kreisverbandes Wernigerode stellte sich auf Einladung des Kreisvorstandes Tobias Kascha, der Kandidat der SPD für die Wahl zum Oberbürgermeister der Stadt Wernigerode, vor.

Interessiert verfolgten die erschienenen Mitglieder den Ausführungen von Tobias Kascha. Sein Wahlprogramm überzeugte die Zuhörer*innen, auch hinsichtlich der Einbeziehung der Seniorinnen und Senioren der Stadt Wernigerode.

In einer offenen Gesprächsrunde wurden konkrete Aussagen zum Erhalt des Senio-

ren- und Familienzentrums in der Steingrube, der weiteren Gestaltung der Barrierefreiheit in der Stadt, der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und zu weiteren Themen von dem Bürgermeisterkandidaten sehr glaubhaft vermittelt.

Die Anwesenden fanden auch die soziale Kompetenz von Tobias Kascha überzeugend.

Ein junger Oberbürgermeister mit konkretem Programm und Visionen sei Wernigerode sehr zu wünschen, so die Hoffnung des Kreisverbandes.

Das Feedback der Mitglieder vor Ort war durchweg positiv. „Es war eine gelungene Veranstaltung“, resümierte der Schatzmeister Martin Henze zum Abschluss des Treffens.

Erster Politischer Runder Tisch 2022 in Magdeburg

Menschenrechte im Fokus

Sachsen-Anhalt Regelmäßig lädt die Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Magdeburg verschiedene Netzwerkteilnehmer*innen zum Politischen Runden Tisch ein. Beim Treffen Anfang Februar erhielten die Gäste einen Überblick über die Entwicklung der Menschenrechte in 2020. An der Runde nahm auch die Landesfrauensprecherin Monika Lück teil.

In einem Überblick wurde das gesamte Menschenrechtssystem mit Entwicklung von Rassismus, sozialen Rechten sowie Berichten zum Schutz der Menschenrechte und Umsetzung der UN-Kinderrechte dargelegt. Außerdem informierte die Gleichstellungsbeauftragte darüber, dass auf Anregung des Politischen Runden Tisches eine Haushaltsstelle für das Frauenhaus mit 16 Plätzen in Magdeburg eingerichtet wurde, mit tarifgerechter Bezahlung. Der Stadtrat hatte dem auch zugestimmt. „Wünschenswert wäre, dass alle Frauenhäuser des Landes diesem Beispiel folgen würden“, so SoVD-Landesfrauensprecherin Monika Lück.

Die Situation der Frauen in Afghanistan

Am Treffen des Politischen Runden Tisches am Dienstag nahmen auch afghanische Frauen teil, die inzwischen in Magdeburg leben. Eine von ihnen ist Frau Talash. Sie hat in der Landeshauptstadt eine Frauengruppe gegründet, der mittlerweile 120 Frauen angehören. Sie berichtete in der Runde über die Situation der Frauen nach der Machtübernahme durch die Taliban. Frauen haben seither keine Rechte. Frauen, deren Männer und Söhne gestorben sind, dürfen zum Beispiel das Land nicht verlassen. Schon recht früh werden Mädchen in eine Rolle gedrängt, die in Deutschland unvorstellbar ist. Sie dürfen die Schule nur bis zur fünften Klasse besuchen. Mädchen ab sechs Jahren dürfen verheiratet und zu Hause eingesperrt werden. In Afghanistan hungern Frauen und haben keine warme Kleidung. Daher wird ein Spendenpool geplant, um die Frauen mit warmer Kleidung zu unterstützen.

Oberbürgermeisterwahl in Magdeburg

Ein weiteres Thema war die bevorstehende Oberbürgermeisterwahl in Magdeburg. Die Teilnehmer*innen des Politischen Runden Tisches formulierten Fragen, die den Kandidatinnen und Kandidaten in einem Forum gestellt werden sollen. Dabei ging es hauptsächlich um frauenpolitische Themen.



Besuchen Sie uns
auch im Internet

www.sovd-mitteldeutschland.de



Oberbürgermeisterkandidat Tobias Kascha (SPD) und Vorsitzende Birgit Jungtorius auf dem Mitgliedertreffen.

Termine

Kreisverband Wernigerode

5. April, 14.30 Uhr: Mitgliederversammlung mit Vortrag „Ist meine Vorsorgevollmacht noch aktuell?“, Heltauer Platz 1.

Vorschau: 3. Mai, 14.30 Uhr: Besuch einer Pflegeeinrichtung, Treffpunkt am Heltauer Platz 1.

Nachruf



Wenige Wochen vor ihrem 95. Geburtstag verstarb

Gisela Tinneberg.

Sie war seit Januar 1991 Mitglied im SoVD und zählte damit zu den ältesten Mitgliedern im Kreisverband Altmark-Ost.

Seit 1992 war Gisela Tinneberg viele Jahre ehrenamtlich als Kassiererin im Vorstand des damaligen Ortsverbandes Stendal tätig. Nach ihrem krankheitsbedingten Ausscheiden aus dem Ortsvorstand nahm sie weiterhin aktiv am Verbandsleben teil.

Die Mitglieder des Kreisverbandes werden sie in guter Erinnerung behalten.

Kreisverband Altmark-Ost

Die Verbraucherzentrale mahnt zur Vorsicht bei unseriösen Kreditwebseiten

Kredit trotz negativer Schufa

Anzeigen in den sozialen Medien versprechen einen schnellen Kredit – ganz unabhängig vom Schufa-Score. Den Kredit bekommen die Betroffenen aber in der Regel nicht, dafür aber hohe Rechnungen.

Auf Webseiten werden unkomplizierte Kredite angeboten, die man trotz negativer Schufa nutzen kann. Manchmal wird der Kredit zusammen mit einem Handyvertrag angeboten. Die Webseiten richten sich gezielt an Menschen, die bei anderen Kreditinstituten nur schwer einen Kredit bekommen.

Verbraucher*innen berichten, dass sie auf der Webseite ihre Daten angeben, um ein unverbindliches Angebot zu erhalten. Statt eines Kredites bekommen sie dann aber eine Rechnung über Aufnahmegebühren und ein Abo. Die Kosten betragen bis zu 700 Euro. Werden diese nicht bezahlt, folgen Mahnungen und Gerichtskosten.

Was können Sie tun? Seien Sie misstrauisch gegenüber Krediten, die zu leicht abgeschlossen werden können. Sollten Sie



Foto: Kawee / Adobe Stock

Kreditangebote trotz negativer Schufa haben ihre Tücken.

Geldprobleme haben, können Sie sich an die Schuldnerberatung wenden, anstatt einen (weiteren) Kredit aufzunehmen.

Sollten Sie bereits eine Rechnung von einem unseriösen

Kreditanbieter erhalten haben, wenden Sie sich für eine Beratung an Ihre Verbraucherzentrale, weitere Infos dazu unter: www.verbraucherzentrale.de.

Quelle: Verbraucherzentrale

Sprechstunden in Mitteldeutschland



Aufgrund der Corona-Krise finden alle Angebote nur unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich vorher unter den genannten Telefonnummern, ob, wann, wo und wie die Sprechstunde stattfindet!

Landesgeschäftsstelle Mitteldeutschland

Moritzstraße 2 F, 39124 Magdeburg, Tel.: 0391/2 53 88 97. Fax: -98. Sprechzeiten nach telefonischer Vereinbarung, montags bis donnerstags, 9–15 Uhr und freitags, 9–13 Uhr.

Sachsen Sozialberatung

Sprechstunden s. Thüringen.

Kreisverband Dresden-Chemnitz-Bautzen

Konkordienstraße 46 (EG links), 01127 Dresden, Tel.: 0351/2 13 11 45, Fax: 0351/2 13 11 46, E-Mail: kv.dresden@sovd-sa.de. Sprechzeit: dienstags, 14–17 Uhr; telefonisch donnerstags, 14–16 Uhr.

Geschäftsstelle Leipzig

Angerstraße 40–42, Haus E, 2. OG (rollstuhlgerecht), 04177 Leipzig-Lindenau. Beratung nur nach Terminvereinbarung über

die Landesgeschäftsstelle, Ansprechpartner: Michael Fahr.

Geschäftsstelle Görlitz

Beratung nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 03581/87 83 022 Ansprechpartner: Olaf Anders.

Thüringen

Sozialberatung

Magdeburger Allee 138, 99086 Erfurt, Tel.: 0361/79 07 90 07, Fax: 0361/79 07 90 06, E-Mail: info@sovd-thue.de. Sprechzeit: montags und donnerstags, 10–15 Uhr. Vorherige Terminvereinbarung ist erforderlich.

Kreisverband Thüringen Mitte, West Ortsverbände Apolda, Erfurt, Schmalkalden, Mühlhausen und Nordhausen

Ort und Sprechzeiten siehe Regionalbereich Thüringen.

Sachsen-Anhalt Sozialberatung

siehe Landesgeschäftsstelle, nur nach telefonischer Absprache.

Kreisverband Altmark Ost

Werner-Seelenbinder-Straße 2–4, 39576 Stendal, Tel.: 03931/54 50. Sprechzeit: jeden ersten und dritten Donnerstag

im Monat, 10–12 Uhr.

Kreisverband Anhalt-Bitterfeld

Lutherhaus, Binnengärtenstraße 16, 06749 Bitterfeld-Wolfen.

Kreisverband Salzland

Räume der Volkssolidarität, Wilhelmstraße 1, 06406 Bernburg. Sprechzeit: dienstags, 9–11 Uhr.

Kreisverband Dessau

Steenische Straße 88 (Schule), 06842 Dessau, Tel.: 0340/8 82 69 23. Sprechstunde: dienstags, 15–16.30 Uhr.

Kreisverband Halberstadt

Räume der AWO (barrierefrei), Friedensstraße 27, 38820 Halberstadt, Tel.: 0151/57 38 92 71, E-Mail: sovd.hbs@gmx.de. Sprechtag: mittwochs, 16–18 Uhr.

Kreisverband Halle (Saale) / Saalkreis

Wilhelm-von-Klewitz-Straße 11, 06132 Halle, Tel.: 0345/7 74 82 46. Sprechzeit: dienstags, 9–12 Uhr.

Kreisverband Mittelbe

Lindenstraße 5, 39307 Genthin, Tel.: 03933/80 43 77. Sprechzeit: jeden ersten Diens-

tag im Monat, 9–12 Uhr.

Kreisverband Klötze

Hagenstraße 2 b, 38486 Klötze, Tel.: 03909/4 18 14. Sprechzeit: dienstags, 8–12 Uhr.

Kreisverbände Magdeburg, Sangerhausen und Zerbst

Termine bitte über die Landesgeschäftsstelle erfragen.

Kreisverband Oschersleben

Schöninger Straße 11, 39387 Oschersleben, Tel.: 03949/9 81 58. Sprechzeit: donnerstags, 9–11.30 Uhr.

Kreisverband Quedlinburg

Café zum Freimaurer (barrierefrei), Heiligegeiststraße 10, 06484 Quedlinburg. Sprechzeit: jeden 1. Donnerstag im Monat, 14–16 Uhr.

Andere Termine und Telefonberatung unter Tel.: 03946/70 61 08 (Vorsitzender) und 03946/34 86 (Rentenberatung).

Kreisverband Salzwedel

Am Schulwall 1, 29410 Salzwedel, Tel.: 03901/6 58 88. Sprechzeiten: dienstags, 9–12 und 14–16 Uhr.

Kreisverband Schönebeck

Otto-Kohle-Straße 23,

Grafik: warmworld / Adobe Stock

39218 Schönebeck, Tel.: 03928/70 20 20. Sprechzeiten: dienstags, 9–12 und nach Vereinbarung.

Kreisverband Wanzleben

Markt 20, 39164 Wanzleben, Tel.: 039209/6 03 66. Sprechzeiten: dienstags, 9–11.30 Uhr.

Kreisverband Wernigerode

Heltauer Platz 1, 38855 Wernigerode. Sprechzeiten: 2., 3. und 4. Dienstag im Monat, 16–17.30 Uhr, und nach Vereinbarung unter Tel.: 03943/63 26 31 oder E-Mail: info@sovd-wernigerode.de.

Ortsverband Blankenburg

Vereinshaus „Alte Schule in der Oesig“, Am Lindenberg 1 a, 38889 Blankenburg (Harz)/Oesig, Tel.: 03944/6 47 33. Sprechzeiten: erster Dienstag und erster Mittwoch im Monat, 11–13 Uhr, und nach Vereinbarung.

Kreisverband Burgenlandkreis

Selbsthilfekontaktstelle im Burgenlandkreis, Am Kalktor 5, 06712 Zeitz. Terminvereinbarung mit dem Kreisvorsitzenden Frank Biester unter Tel.: 034443/59 99 50, Fax: 034443/59 99 49, E-Mail: blk@sovd-mitteldeutschland.de.

Wenn eine Begutachtung durch den Medizinischen Dienst ansteht

Richtig vorbereiten auf den MD

Eine Begutachtung durch den Medizinischen Dienst (MD) ist Voraussetzung, um einen Pflegegrad zu erhalten. In der Begutachtung werden sechs Lebensbereiche geprüft, die nachher den Pflegegrad bestimmen. Aufgrund der Corona-Pandemie finden teilweise telefonische Begutachtungen statt.

Nach Beantragung eines Pflegegrades beauftragt die Pflegekasse den Medizinischen Dienst mit der Feststellung der Pflegebedürftigkeit, bei privat Pflegeversicherten meist den Gutachterdienst Medicproof.

Der*die Gutachter*in kündigt den Hausbesuch rechtzeitig an, sodass ein*e Angehörige*r oder eine Pflegeperson bei der Begutachtung dabei sein kann.

Was wird bei dem Besuch oder Anruf geprüft?

Der*die Gutachter*in ist eine erfahrene Pflegefachkraft oder ein Arzt beziehungsweise eine Ärztin und befragt Sie mittels eines festgelegten Fragenkatalogs über Ihre Einschränkungen, Probleme und Unterstützungsbedarf in Ihrem Alltag.

In der Begutachtung werden die Selbstständigkeit und Fähigkeiten in sechs Lebensbereichen (Modulen) geprüft und erfasst:

- Mobilität
- Verhaltensweisen und psychische Problemlagen
- Kognitive und kommunikative Fähigkeiten
- Selbstversorgung
- Bewältigung von und selbstständiger Umgang mit krankheits- und therapiebedingten Anforderungen und Belastungen
- Gestaltung des Alltagslebens und soziale Kontakte.

Darüber hinaus werden die Bereiche „außerhäusliche Aktivitäten“ und „Haushaltsführung“ aufgenommen. Diese fließen jedoch nicht in die Bewertung ein.

Wie kann man sich auf die Begutachtung vorbereiten?

Sinnvoll ist es, sich bereits vor der Begutachtung zu informieren, welche Kriterien entscheidend sind, um den Pflegegrad zu ermitteln und welche Kriterien bei der Pflegegradfeststellung keine Rolle spielen.

Legen Sie zum Begutachtungstermin Kopien folgender Unterlagen bereit:

- aktuelle Berichte von Ärzten und Fachärzten
- aktuelle Entlassungsberichte vom Krankenhaus oder der Reha-Einrichtung
- Medikamentenplan



Foto: Bojan/Adobe Stock

Der Medizinische Dienst macht sich vor Ort ein Bild von dem körperlichen und geistigen Zustand der Antragstellenden.

- Schwerbehindertenausweis (wenn vorhanden)
- Liste der genutzten Hilfsmittel (Brille, Hörgerät, Gehstock, Rollator, Vorlagen, ...)
- Pflegedokumentation (wenn Sie schon einen ambulanten Pflegedienst haben)
- eigene Notizen über den Verlauf der Pflege und Schwierigkeiten.

Bitten Sie eine*n Angehörige*n oder Ihre Pflegeperson bei der Begutachtung dabei zu sein. So kann diese Sie unterstützen und vielleicht auch wichtige Aussagen beisteuern.

Teilweise wird die Begutachtungssituation vom Pflegebedürftigen als ungewohnt empfunden, denn es muss dargelegt werden, dass bestimmte Alltagstätigkeiten nicht mehr selbstständig erledigt werden können. Die Fragen des Gutachters oder der Gutachterin können



Foto: V. Lakobchuk/Adobe Stock

Auch die Beweglichkeit wird bei der Begutachtung abgefragt.

als peinlich oder unangenehm empfunden werden, da es auch um Themen geht, über die sonst mit Fremden selten gesprochen wird. Hier kann ein*e anwesende*r Angehörige*r oder eine Pflegeperson Halt und Unterstützung bieten.

Nicht beschönigen oder übertreiben

Manchmal wird die Pflegesituation seitens des*der Pflegebedürftigen sehr geschönt dargestellt. Sei es aus Scham oder auch aufgrund einer fehlerhaften Selbsteinschätzung. Das kann beispielsweise der Fall sein, wenn eine demenzkranke Person von sich das falsche Bild hat, sie könne sich noch sehr gut alleine versorgen. Dann kann der*die Angehörige oder die Pflegeperson den Verlust der Fähigkeiten und der Selbstständigkeit realistisch beschreiben und ihren*seinen Eindruck wiedergeben. Hier kann auch ein Vier-Augen-Gespräch mit dem*der Gutachter*in hilfreich sein.

Das Gegenteil, nämlich schauspielern, um die Situation schlechter darzustellen als sie tatsächlich ist, ist nicht zu empfehlen. Die Gutachter*innen sind erfahren in der Prüfungssituation und stellen dies schnell fest. Bleiben Sie glaubwürdig und zeigen Sie den tatsächlichen Zustand des*der Pflegebedürftigen.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter: www.verbraucherzentrale.de.

Quelle: Verbraucherzentrale



Editorial

Liebe Freundinnen und Freunde,

Corona ist weg! Weg mit den Masken, weg mit den Beschränkungen ...

So ist es leider nicht, aber nach zwei Jahren voller Sorgen, Nöten, Irrtümern, Spaltungen in der Gesellschaft und einem nie erlebten finanziellen Kraftakt der Regierung hat uns die sogenannte „normale“ Zeit, langsam wieder. Der Osterspaziergang wird in diesem Jahr ein anderer sein, ein beschwingterer als der in den letzten beiden Jahren.

Nein, Corona ist nicht weg. Genauso auch nicht Pest, Pocken, Malaria, Poliomyelitis, Masern, Grippe, Cholera. Was wissende Mediziner*innen und Ärzt*innen von Anfang an gesagt haben, tritt nun ein: Im Bewusstsein der Gefahr gehen wir vorsichtiger mit allen Gelegenheiten um, die eine erneute Pandemie auslösen können. Wir wissen noch zu wenig, um sagen zu können, ob diese oder jene Impfung genauso gut vor einer Erkrankung durch das Coronavirus schützt wie gegen andere Krankheiten.

Wir wollen und werden unser gesellschaftliches Leben wieder erwecken in den Familien, bei der Arbeit, im gesamten sozialen Leben – ja, auch im Urlaub und in den Sportvereinen. Auch die ehrenamtliche Arbeit werden wir wieder so gestalten, dass sie diese Bezeichnung verdient, im Vergleich zu dem vorsichtigen, abwartenden, stark reduzierten Tun in den letzten zwei Jahren. Ich danke an dieser Stelle ausdrücklich noch einmal allen, die dafür gesorgt haben, dass der SoVD in Mecklenburg-Vorpommern trotz aller Beschränkungen bei den Mitgliedern, den Ratsuchenden und in der Politik präsent geblieben ist.

Wir werden nun die Beratungszentren wieder voll umfänglich öffnen, so wie vor der Pandemie. Sie sind zum großen Teil nun besser ausgestattet mit Technik und mit Manpower. Wir haben gelernt, uns auf Videokonferenzen auszutauschen, und haben eine neue Kommunikationskultur entwickelt. Ich weiß, das ist manchem nicht leichtgefallen. Letztendlich bestimmen aber die Notwendigkeiten unser Handeln, und Freiheit ist die Einsicht in die Notwendigkeit.

Liebe Freundinnen und Freunde, bitte nehmt die Arbeit wieder auf, nehmt die Menschen an, die Rat in sozialer Not suchen! Der Landesvorstand und die Landesgeschäftsführung unseres SoVD in Mecklenburg-Vorpommern stehen bereit, zu beraten und zu helfen. Wir sind uns der Unterstützung unseres Bundesverbandes gewiss. Bitte kommuniziert in den lokalen Medien, dass wir, der SoVD, unsere Arbeit nie eingestellt haben, dass aber nun mit den Lehren aus der Corona-Pandemie die Arbeit für sozial Benachteiligte noch weiter intensiviert wird.

Ich danke allen, die sich wieder oder neu im Sozialverband Mecklenburg-Vorpommern engagieren!

Dr. med. Helmhold Seidlein, 1. Landesvorsitzender

Weniger wegwerfen!

Vom 29. September bis zum 6. Oktober 2022 findet die dritte bundesweite „Zu gut für die Tonne! – Aktionswoche“ unter dem Motto „Deutschland rettet Lebensmittel“ statt. Lag der Fokus im letzten Jahr auf „Obst und Gemüse“, geht es in diesem Jahr um Privathaushalte. Rund die Hälfte aller in Deutschland jährlich anfallenden Lebensmittelabfälle entsteht dem Thünen-Institut zufolge in Privathaushalten, jährlich knapp 6 Millionen Tonnen. Ausführliche Infos gibt es auf der Webseite unter: <https://www.zugutfuertonne.de>.

Quelle: Verbraucherschutzministerium MV

Freiwillige für das Ehrenamt gesucht

Die ehrenamtlichen Aufgaben im Kreisverband Parchim sind sehr vielfältig. Da muss beispielsweise ein Telefonat erledigt, eine Kasse geprüft, ein Treffen organisiert, Briefe verschickt, ein Sachverhalt recherchiert oder Gespräche mit Kooperationspartnern geführt werden. Wer Lust hat, sich ebenfalls in Parchim einzubringen, neue Kontakte knüpfen und dabei seine freie Zeit sinnvoll einsetzen möchte, kann sich gerne in der Geschäftsstelle des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern unter Tel.: 0381/76 01 09 11 oder per E-Mail an: info@sovd-mv.de melden, um mehr über das aufregende Leben im Parchimer Ehrenamt zu erfahren. Vielleicht sind auch Sie schon bald dabei. Wir würden uns freuen!

Rechtsberatung

Grimmen: 5. April, **Vorpommern / Greifswald:** 12. April, **Röbel:** 26. April. Es berät Donald Nimsch.

Nordwestmecklenburg / Wismar: 6. April, **Parchim:** 27. April. Es berät Doreen Rauch.

Bitte melden Sie sich für eine Terminvergabe bei den jeweiligen Kreisverbänden zu deren Geschäftszeiten! Die Nummern stehen in der Rubrik „Kontakt“.

Die Berater*innen sind auch außerhalb der Beratungszeiten telefonisch erreichbar; in den Kreisverbänden zu deren Öffnungszeiten, in der Landesgeschäftsstelle unter Tel.: 0381/76 01 09 11 (montags bis donnerstags, 8–16 Uhr, und freitags, 8–12 Uhr).

Termine

Kreisverband Rostock

12. April, 12.30 Uhr: Frauentagsveranstaltung, „Peking Ente“ in Lütten Klein, Warnowallee 5. Anmeldung erbeten bis zum 5. April bei Herrn Wernicke, Tel.: 0381/76 96 130 oder 0177/87 43 828 oder per E-Mail an: info@sovd-rostock.de.

Kontakt

Kreisverband Demmin: Schützenstraße 1 A, Raum 3, Friesenhalle, 17109 Demmin, Tel.: 03998/22 51 24.

Kreisverband Güstrow: Clara-Zetkin-Straße 7, 18273 Güstrow, Tel.: 03843/68 20 87.

Kreisverband Ludwigslust: Möllner Straße 30, 19230 Hagenow, Tel.: 03883/51 01 75.

Kreisverband Röbel: Predigerstraße 12, 17207 Röbel, Tel.: 039931/12 96 17.

Kreisverband Neubrandenburg: zur Zeit nicht besetzt, Ansprechpartner: Landesverband, Tel.: 0381/76 01 090.

Kreisverband Nordvorpommern: Straße der Solidarität 69, 18507 Grimmen, Tel.: 038326/46 52 31.

Kreisverband Nordwestmecklenburg: Am Kirchplatz 5, 23936 Grevesmühlen, Tel.: 03881/71 33 23.

Kreisverband Parchim: Ludwigsluster Straße 29, 19370 Parchim, Tel.: 03871/44 42 31.

Kreisverband Rostock: Henrik-Ibsen-Straße 20, 18106 Rostock, Tel.: 0381/7 69 61 30.

Kreisverband Rügen: Störtebeker Straße 30, 18528 Bergen/Rügen, Tel.: 03838/20 34 81.

Kreisverband Schwerin: Mehrgenerationenhaus, 5. Stock (hinter der Glastür re., 1. Raum), Dreescher Markt 1, 19061 Schwerin, Tel.: 0385/20 09 03 48.

Kreisverband Stralsund: Wiesenstraße 9, 18437 Stralsund, Tel.: 03831/22 99 7 26.

Kreisverband Vorpommern-Greifswald: Makarenkostraße 9 b, 17491 Greifswald, Tel.: 03834/84 04 88.

Kreisverband Wismar: Lübsche Straße 75, 23966 Wismar, Tel.: 03841/28 30 33.

Dem Zähneknirschen mit der richtig angepassten Zahnschiene begegnen

Kein Knirschen mehr im Schlaf

Bei Stress neigen manche Menschen zu nächtlichem Zähneknirschen. Das bleibt oft lange unentdeckt. Unbehandelt führt es zu Schäden an den Zähnen, aber auch zu Schmerzen im ganzen Körper. Eine individuell angepasste Zahnschiene schafft Abhilfe.

Unter Stress, bei körperlicher Anstrengung oder nachts während des Schlafs – viele Menschen pressen unbewusst die Zahnreihen stark aufeinander und malmen mit den Zähnen. Es entstehen typische Knirschgeräusche: das Zähneknirschen. In der Fachsprache wird von „Bruxismus“ gesprochen. Doch nicht jeder Mensch, der mit den Zähnen knirscht, leidet unter krankhaftem Bruxismus. Tritt allerdings das Zähneknirschen häufig und dauerhaft auf, ist die Zahnärztin oder der Zahnarzt einzubeziehen. In der Zahnarztpraxis wird festgestellt, ob das Zähneknirschen krankhaft ist. In dem Falle sind Zahnschienen, sogenannte Aufbisschienen, ein wirksames Mittel. Individuell gefertigte Aufbisschienen werden im zahntechnischen Meisterlabor nach funktionellen und anatomischen Kriterien hergestellt.

Eine Zahnschiene hilft gegen das Zähneknirschen

Zahnprothesen werden in enger Zusammenarbeit zwischen der Zahnarztpraxis und dem Dentallabor hergestellt. Der Anspruch ist immer: Eine Zahnprothese darf im Mund nicht stören. Daher wird auf hohe Individualität geachtet. Jede Prothese ist perfekt auf die jeweilige Kiefersituation angepasst; denn Patienten sollten ihre Prothesen im Mund nicht wahrnehmen. Vollprothesen (sogenannte Totalprothesen) liegen der Schleimhaut an und halten im Mund durch die exakte Adaption an den Kiefer bzw. an der Schleimhaut und an der Kaumuskulatur. „Mit der Zeit verändert sich jedoch der Kieferknochen. Eine sogenannte Atrophie – Knochenrückgang des Kiefers – ist im Laufe der Jahre normal. Allerdings kann



Foto: auremar/Adobe Stock

Eine Therapie sucht nach dem Grund fürs Zähneknirschen.



Foto: Christoph Hähnel/Adobe Stock

Eine „Knirscherschiene“ muss individuell angefertigt werden, damit sie nachts nicht stört.

sie auch auf Krankheiten, wie Osteoporose, hinweisen. Deswegen sollten Patienten bei einer lockeren Prothese nicht einfach zur Haftcreme greifen, sondern ihren Zahnarzt zu einer Untersuchung und Klärung der Ursache aufsuchen“, empfiehlt Prof. Hans-Christoph Lauer.

Bei Zahnschienen gibt es viele Varianten

Es gibt verschiedene Arten von Zahnschienen. Nicht jede Schiene ist als Therapiemittel gegen das Zähneknirschen geeignet. Unterschieden werden können beispielsweise Funktionsschienen (z. B. Knirscherschiene, Entlastungsschiene, Positionierungsschiene), Schutzschienen (z. B. Sportlermundschutz), kieferorthopädische Schienen (für gerade Zähne), Bleaching-Schienen (für die Zahnaufhellung) oder Anti-Schnarchschiene (gegen das Schnarchen). Auf den ersten Blick ähneln sich die Schienen optisch, verfolgen jedoch unterschiedliche Aufgaben und werden nach anderen Vorgaben und aus unterschiedlich harten Materialien hergestellt. Das Herstellen der Kunststoffschiene erfolgt oft mit digitalen Technologien. In der Software wird auf Basis der Patientendaten eine virtuelle Schiene konstruiert und diese CAD/CAM-gefräst oder im 3D-Drucker gedruckt. Die im Meisterlabor hergestellte Schiene hat eine hohe Passgenauigkeit und erfüllt die gewünschte Funktion, zum Beispiel das Vermeiden von Zähneknirschen und Schutz der Zähne und Kiefergelenke.

Zähneknirschen schädigt nicht nur die Zähne

Bei krankhaftem Zähneknirschen ist eine entsprechen-

de Schiene ratsam, denn die Folgen eines unbehandelten Knirschens sind komplex. Der/die Betroffene reibt sich durch den übereifrigen Kontakt der Zähne oft den natürlichen Zahnschmelz weg (Abrasion). Die Zähne werden kürzer und empfindlicher. Zudem werden Position und Funktion der Kiefergelenke beeinträchtigt. Dies kann ggf. neben Schmerzen und Knacken der Kiefergelenke ganzkörperliche Symptome (z. B. Kopfschmerzen, Nacken- und Rückenschmerzen) verursachen. Und auch die Kaumuskulatur ist betroffen. Die Kaukräfte, die beim Pressen der Zähne ausgelöst werden, sind um ein Vielfaches höher als beim Zerkleinern der Nahrung. Durch diese permanent hohen Kräfte verspannen sich auf Dauer die Muskeln und verhärten. Mit einer Zahnschiene (z. B. Knirscherschiene, Aufbisschiene) oft auch in Verbindung mit Physiotherapie wird diesen Folgen effektiv entgegengewirkt.

Auch psychische Ursachen sollten behandelt werden

„Jetzt beiß‘ doch mal die Zähne zusammen!“ Oft sind die Ursachen für das Zähneknirschen hoher Stress oder ein emotionales Ungleichgewicht. Die Betroffenen verarbeiten ihren Alltagsstress im Schlaf. Sie „kauen“ quasi ihre Probleme durch. Eine Zahnschiene schützt zwar Zähne und Kiefer, behebt aber nicht die eigentlichen Ursachen. Daher sind zusätzlich zum Tragen der Knirscherschiene eventuell andere Symptomaten zu beachten. Hier wird die Zahnärztin oder der Zahnarzt entsprechende Therapiewege mit dem Betroffenen besprechen.

Quelle: Kuratorium perfekter Zahnersatz



Liebe Leser*innen,

vieles ist nicht einfach in diesem beginnenden Frühling. Noch immer sind wir alle fassungslos und schockiert über den Angriffskrieg in der Ukraine. Erneut blicken wir zurück auf Pandemie-Monate voller Herausforderungen. Besonders für unsere älteren, kranken und pflegebedürftigen Mitglieder war Corona mit vielen Sorgen, Ängsten und Einschränkungen verbunden. Aber auch Eltern von Schul- oder Kita-Kindern waren und sind durch die anhaltende Pandemie stark belastet.

Gerade in diesen herausfordernden Zeiten ist Zusammenhalt so wichtig. Wir als SoVD wollen auch jetzt eine

starke Gemeinschaft bleiben. In unseren Beratungszentren helfen wir unseren Mitgliedern bei sozialrechtlichen Fragen. Wir engagieren uns und stehen Menschen zur Seite, die unsere Hilfe brauchen: Viele unserer Orts- und Kreisverbände haben dafür trotz Pandemie gute Wege gefunden. Das zeigen unsere Ehrenamtlichen, die als „Helfende Hände“ Menschen während der Pandemie niedersachsenweit unterstützen, die sich am internationalen Frauentag für Frauenrechte starkgemacht haben oder die mit Spenden und anderen Hilfsaktionen versuchen, geflüchteten Menschen aus der Ukraine so gut es geht beizustehen. Herzlichen Dank für Ihren wertvollen Einsatz!

Ihnen allen, liebe Mitglieder, wünsche ich für die kommende Zeit vor allem Gesundheit und Zuversicht.

Ihr

Bernhard Sackarendt
SoVD-Landesvorsitzender

Krieg in der Ukraine: SoVD-Aktive organisieren Geld- und Sachspenden

Hilfe für Geflüchtete

Angesichts des Leids und der Verbrechen, die der Angriff Russlands auf die Ukraine seit Wochen verursacht, spricht sich der SoVD deutlich für ein Ende der Kriegshandlungen aus und steht solidarisch an der Seite der ukrainischen Bevölkerung. SoVD-Engagierte in ganz Niedersachsen spenden Geld, um Geflüchteten zu helfen, beteiligen sich am Sammeln und Packen von Hilfsgütern oder transportieren Sachspenden zu den Menschen vor Ort. Viele unterstützen auch Hilfsaktionen, die Initiativen oder Gemeinden organisieren und packen dort mit an.

In Uelzen rief der Kreisverband zur Spende von Sachgütern auf und richtete eine Annahmestelle ein. SoVD-Ehrenamtliche fahren regelmäßig zur polnisch-ukrainischen Grenze und übergeben Lebensmittel, Hygieneartikel, Decken und Schlafsäcke sowie Pflegehilfsmittel an die Menschen. Darüber hinaus werden Geldspenden nach Bedarf eingesetzt. Der Kreisverband Braunschweig und die vier Ortsverbände Veltenhof, Gliesmarode, Stadtpark und Wenden/Thune/Harxüttel spendeten zusammen eineinhalb Tonnen Alltagsgüter für geflüchtete Menschen aus der Ukraine und übergaben diese an eine Braunschweiger Initiative, welche sie an die polnisch-ukrainische Grenze transportierte.

Der Ortsverband Verden entschied sich sehr kurzfristig, die Deutsch-Polnische Gesellschaft zu unterstützen, die Spenden für



Foto: SoVD-Ortsverband Verden

Hilfe beim Entladen von Sachspenden in Verden

Geflüchtete sammelt und ebenfalls Hilfsgüter zu den Betroffenen liefert. Die SoVD-Aktiven helfen, die Autos der Spender*innen, die zur Sammelstelle gekommen waren, zu entladen, damit die Hilfslieferungen schnellstmöglich an die polnisch-ukrainische Grenze gebracht werden konnten.

Auch im Ortsverband Nienhagen spendeten viele Mitglieder Geld, steuerten Sachspenden bei oder halfen bei der Sortierung und beim Beladen der Hilfs-

transporte. Die in der Gemeinde untergebrachten geflüchteten Menschen unterstützte der SoVD ebenfalls – beispielsweise wurden ein Kühlschrank und Kinderbücher angeschafft.

Der Ortsverband Emden beteiligt sich an einer Aktion, bei der Schüler*innen Bilder malen, die gegen Spenden erworben werden können. Zum Präsentieren der Bilder stellt der Ortsverband seine Büro-Räume zur Verfügung.

Der Kreisverband Hannover-Stadt setzt sich für geflüchtete Kinder in Hannover ein und spendete Geld, damit Schulbedarf für sie gekauft werden konnte. Außerdem kümmerten sich Ehrenamtliche im Ortsverband Hannover-Kirchrode um die Beschaffung und Spende von Medikamenten. Diese und alle weiteren SoVD-Hilfsaktionen in Niedersachsen werden unter www.sovd.de/ukrainehilfe vorgestellt.

„Equal Pay Day“ und Weltfrauentag: mehr Unterstützung für Geringverdienerinnen und Frauen in der Pandemie

SoVD engagiert sich weiter für Frauenrechte

Obwohl es schon lange die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit gibt, verdienen Frauen immer noch 18 Prozent weniger als Männer. Diese Ungleichheit spiegelt sich auch unter den Geringverdienenden wider. Frauen in Niedersachsen sind überdurchschnittlich oft betroffen. Deshalb forderte der SoVD in Niedersachsen zum „Equal Pay Day“ am 7. März konkrete politische Unterstützung. Zum internationalen Frauentag am 8. März richtete der SoVD den Blick außerdem auf die Probleme von Frauen in der Corona-Pandemie.

Die Lohndifferenz zwischen Frauen und Männern liegt bei 18 Prozent. Auch der Anteil der Geringverdienenden ist unter Frauen besonders hoch. Laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung verdienen überdurchschnittlich viele Frauen in Niedersachsen trotz Arbeit in Vollzeit weniger als 2.284 Euro im Monat – und zwar 30,2 Prozent. Im Gegensatz dazu sind nur 15,5 Prozent der Männer betroffen. „Die Anhebung des Mindestlohns ist ein wichtiger erster Schritt in die richtige Richtung. Doch die Politik muss noch viel mehr tun, um Geringverdienerinnen besser zu unterstützen“, mahnt Roswitha Reiß, Landesfrauensprecherin des SoVD in Niedersachsen. Handlungsbedarf sieht der SoVD an mehreren Stellen. „Es fehlt unter anderem an Weiterbildungs- und Qualifizierungsprogrammen, die sich speziell an geringqualifizierte

Frauen richten“, so Reiß. Damit diese Angebote auch wahrgenommen werden könnten, müssten die Lebensumstände betroffener Frauen berücksichtigt und beispielsweise eine kostengünstige Kinderbetreuung angeboten werden. Auch Inklusion und ein Migrationshintergrund sind für den SoVD relevante Themen, wenn es um die Verbesserung der Verdienstmöglichkeiten von Geringverdienerinnen geht. „Die Inklusion von schwerbehinderten Frauen am ersten Arbeitsmarkt muss dringend durch gezielte Förderung vorangetrieben werden. Außerdem müssen Frauen mit Migrationsgeschichte viel stärker bei der Ausbildungssuche und der Berufsfindung unterstützt werden“, fordert Reiß darüber hinaus.

Die Corona-Pandemie hat zudem dafür gesorgt, dass die Arbeitsaufteilung von Frauen und Männern noch ungleicher

geworden ist als vor der Pandemie. Dies bestätigt eine aktuelle Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Während der Corona-Krise kümmern sich vor allem Frauen um Kinderbetreuung, Homeschooling und die Pflege von Angehörigen. „Die Pandemie hat die Wirkungsmacht der traditionellen Rollenklischees erneut bewiesen. Auch wenn Frauen und Männer heutzutage formal gleichgestellt sind, ist die gesellschaftliche Realität leider oft noch eine andere“, sagt Reiß. Anlässlich des internationalen Frauentags am 8. März fordert der SoVD, den Problemen von Frauen und Müttern mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Es müssten seitens der Politik und Gesellschaft nicht nur entsprechende Maßnahmen wie ein Ausbau der Kinderbetreuung oder die Abschaffung von Minijobs

angegangen werden. Vielmehr brauche es ein entschiedenes Vorgehen gegen geschlechtsbezogene Vorurteile, Ungleichbehandlung und Benachteiligung. „Dazu gehören etwa eine gendersensible Bildungsarbeit und die Erhöhung der Sichtbarkeit von vielfältigen weiblichen Vorbildern“, erläutert die Frauensprecherin. Auch das Thema

Gewalt gegen Frauen müsse verstärkt eine Rolle spielen. „Entsprechende Fälle müssen in der Öffentlichkeit klar benannt und dürfen nicht beschönigt werden“, fordert Reiß. Um einen besseren Schutz der Betroffenen zu gewährleisten, müsse die Finanzierung von Frauenhäusern und Beratungsstellen verlässlich gesichert werden.



Foto: Pressmaster / Adobe Stock

Die Anhebung des Mindestlohns ist aus Sicht des SoVD nur ein erster wichtiger Schritt.

Gisela Freese betreut ehrenamtlich das SoVD-Pflegetelefon – ein Gespräch über ihr Engagement und die Anliegen der Anrufenden

SoVD-Pflegetelefon: Hilfe bei Sorgen und Fragen

Das SoVD-Pflegetelefon ist ein Angebot des SoVD in Niedersachsen für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen bei Sorgen und Problemen rund um das Thema Pflege. Es wird ehrenamtlich von Gisela Freese betreut. Die pensionierte Gerontologin und Seelsorgerin kennt die Pflegelandschaft und auch die Herausforderungen gut, die Betroffene bei pflegerischen Krisen zu bewältigen haben. Sie nimmt sich Zeit für ein Gespräch und berät Ratsuchende in ihrer individuellen Lage.

Frau Freese, warum engagieren Sie sich ehrenamtlich beim SoVD-Pflegetelefon?

Ich bin dem SoVD seit 20 Jahren durch berufliche Kontakte verbunden und arbeite ehrenamtlich im sozialpolitischen Ausschuss mit. Mit der Zusammenarbeit beim Pflegetelefon habe ich 2021 angefangen, als die Corona-Impfungen noch nicht begonnen hatten und die direkten Gesprächskontakte für viele ältere Menschen stark eingeschränkt waren. Da waren Telefongespräche eine wichtige Möglichkeit, um an Informationen zu kommen.

Bei den einzelnen Personen und in den Familien ergibt sich im Hinblick auf die Pflege im Alter häufig plötzlich eine Verschlechterung, mit der sie nicht gerechnet hatten und auf die sie nicht vorbereitet sind. Sie wollten und konnten bisher alles selbst bewältigen und stehen jetzt vor einer ganz neuen Situation. Das verunsichert die Men-

schen. Gespräche können helfen. Ich mache ihnen gern Mut, die neue Situation anzunehmen.

Welche Anliegen haben die meisten Anrufenden und wie können Sie ihnen helfen?

Die Anrufenden sind überwiegend Menschen, die erstmalig mit einer Pflegesituation in der Familie in Berührung kommen. Ihre alten Eltern oder schwer erkrankte Partner*innen kommen plötzlich ins Krankenhaus und es zeichnet sich ab, dass sie nach der Entlassung vielleicht nicht mehr zu Hause leben können. Die Töchter und Söhne leben in anderen Städten, kennen die Versorgungslandschaft nicht und wissen nicht, welche Beratungsangebote und Leistungen ihnen zustehen. Zu den sachlichen Fragen kommt die emotionale Betroffenheit, dass das Thema Hochaltrigkeit und Pflege nun auch ihre Lieben betrifft. Im Gespräch können sie die verschiedenen Aspekte sor-

tieren und erhalten Informationen über Beratungsangebote in ihrer Nähe.

Manchmal rufen auch Nachbar*innen oder Vermieter*innen an, weil sie sich Sorgen um einen alten Menschen machen, der nicht mehr gut zurechtkommt, aber keine Angehörigen hat. Sie sind dann froh, wenn sie den Tipp bekommen, beim Senioren- und Pflegestützpunkt in ihrem Landkreis anzurufen. Deren Mitarbeiter*innen machen auch Hausbesuche und zeigen Wege auf, Hilfeleistungen aus der Pflegeversicherung in Anspruch zu nehmen. Es ist toll, wenn Betroffene durch so eine rechtzeitige Unterstützung noch länger in ihrer Wohnung bleiben können.

Inwiefern haben sich die Sorgen während der Pandemie verändert?

Seit Beginn der Pandemie bezogen sich viele Fragen auf die Möglichkeiten, Angehörige im

Pflegeheim der Altenhilfe oder einer Einrichtung der Behindertenhilfe zu besuchen oder nach Hause holen zu können. Beim Einzug war ihnen versichert worden, dass sie jederzeit zu Besuch kommen könnten und dann reiste zum Beispiel die Enkelin am Samstag an und durfte wegen Corona nicht mehr hinein. Sie waren dann nicht informiert über die Rechtslage, das Hygienekonzept der Einrichtung und die Besuchszeiten. Es gab viel Trauer über die Trennung von einem nahen Angehörigen und Sorgen über dessen Wohlbefinden.

Was sollte sich bei der Pflege in Deutschland vor allem verbessern – was wünschen Sie sich?

Dass der Gesundheitsminister und der Arbeitsminister sich zügig mit den Möglichkeiten der verbesserten und erweiterten Personaleinstellung im Pflegebereich beschäftigen. Ich

erlebe in manchen Gesprächen, dass die Leute in ihrer Region schon alle ambulanten Pflegedienste durchtelefoniert haben und noch keinen Vertrag abschließen konnten. Ähnliches gilt für Heimplätze oder hauswirtschaftliche Hilfe.

Wenn dann zukünftig ausreichend Personal am Start ist und die Qualität stimmt, wird es wichtig sein, das Image der Pflegeberufe zu fördern und auf die hohen Standards hinzuweisen.

Vielen Dank für das Gespräch.

SOVD-PFLEGETELEFON

Tel.: 0511 70148-148

Rückrufe erfolgen zeitnah von Montag bis Freitag. Ausführliche Informationen finden Sie unter www.sovd-nds.de/pflegetelefon.

OFFENE BERATUNG

SoVD beantwortet Fragen

Am Mittwoch, 20. April, veranstaltet der SoVD in Braunschweig von 10 bis 11.30 Uhr erneut seine offene Telefonberatung. Interessierte können unter der Festnetz-Nummer 0531 2444192 kostenlos ihre Fragen zu verschiedenen Themen des Sozialrechts stellen – etwa zur Renten- oder Krankenversicherung. Außerdem werden Existenzsicherung, Schwerbehindertenrecht, Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht sowie auch Erwerbsminderungsrente oder beispielsweise Wohngeld behandelt. Am Telefon wird Kai Bursie, Experte im Sozialrecht und Regionalleiter des SoVD, die Fragen beantworten.

Anonym werden besonders interessante Gespräche am Freitag, 6. Mai, von 14 bis 15 Uhr in der Radiosendung „SoVD-Regional“ auf Okerwelle 104,6 – zugleich per Livestream und App – ausgestrahlt. Die offene Telefonberatung des SoVD in Braunschweig findet alle drei Monate statt.

Was ist bei häuslicher Pflege zu beachten?

SoVD-Onlinevortrag

Das stark nachgefragte Thema „Pflegegrad, Begutachtung & Co.: Was muss ich bei der Pflege zu Hause beachten?“ ist auch in diesem Jahr wieder Teil der digitalen Vortragsreihe des SoVD in Niedersachsen. Katharina Lorenz referiert dazu am 28. April 2022 von 16 bis 17.30 Uhr per Zoom.



Foto: Paylessimages / Adobe Stock

Alle Interessierten können kostenfrei am Vortrag teilnehmen.

In seiner dritten Online-Veranstaltung 2022 „Pflegegrad, Begutachtung & Co.: Was muss ich bei der Pflege zu Hause beachten?“ widmet sich der SoVD der häuslichen Pflege. Am 28. April von 16 bis 17.30 Uhr gibt SoVD-Beraterin Katharina Lorenz Antworten auf Fragen rund um das Thema, beispielsweise darauf: Wie wird ein Pflegegrad beantragt? Welche Voraussetzungen müssen dafür erfüllt werden? Wie läuft eine Begutachtung durch den Medizinischen Dienst ab? Außerdem

informiert die Referentin darüber, was getan werden kann, wenn es mit der Anerkennung des richtigen Pflegegrads nicht klappt und verrät, welche Leistungen von der Pflegeversicherung bezogen werden können.

Eine Anmeldung zum kostenfreien Vortrag ist für Mitglieder und alle anderen Interessierten bis zum 25. April mit einer E-Mail an weiterbildung@sov-nds.de möglich. Spätestens am Veranstaltungstag wird ebenfalls per E-Mail ein Zoom-Link an die Teilnehmenden verschickt.

GdB: Wenn Behörden die Krankheit nicht kennen Neue Podcast-Folge – jetzt reinhören!

Einen Grad der Behinderung (GdB) zu bekommen, ist für viele Betroffene oft ein Spießrutenlauf. Vor allem dann, wenn sie eine seltene Erkrankung haben, die nicht in das vorgegebene Raster der Behörden passt. Dann kämpfen sie häufig darum, dass ihre Einschränkungen anerkannt werden. Die Folge sind lange Verfahren, die an den Nerven zerrn. In der neuen Podcast-Folge „Verzweifelter Kampf um GdB: Wenn Behörden die Krankheit nicht kennen“ zeigen die Moderatorinnen, was das konkret bedeutet, wo genau die Probleme liegen und wie man doch noch zu seinem Recht kommen kann.

Zu Gast ist dieses Mal Claudia Schreiner. Sie leidet an Myalgischer Enzephalomyelitis/dem Chronischen Fatigue-Syndrom (ME/CFS). Das ist zwar keine seltene Erkrankung, allerdings hat sie mit ganz ähnlichen Hürden zu kämpfen. Denn: Obwohl in Deutschland 250.000 Menschen an der Multisystemerkrankung leiden und sie zu einem hohen GdB führen kann, ist ME/CFS derzeit nicht erforscht und die genaue Ursache noch unbekannt. Claudia Schreiner erzählt dabei von ihren ganz persönlichen Erfahrungen.

Mehr dazu unter www.sovd-nds.de/podcast.



Foto: Martin Bargiel / Layout: Steeeg GmbH

„Kein Ponyhof“ ist auf allen gängigen Podcast-Plattformen und unter www.sovd-nds.de/podcast abrufbar.

SoVD-Kreisverband Braunschweig setzt Engagement fort

SoVD organisiert Schulranzenaktion

Die Schulranzenaktion des SoVD in Braunschweig mit Unterstützung der Braunschweigischen Landessparkasse (BLSK) findet auch 2022 coronabedingt online statt. Seit 2016 gibt es die Aktion, bei der Bürger*innen der Region gut erhaltene gebrauchte Schulranzen im Beratungszentrum am Bäckerkint in Braunschweig spenden und sich einkommensschwache Familien einen kostenlosen Schulranzen aussuchen können.

Wie schon 2021, soll die Facebook-Gruppe „Schulranzenaktion“ (www.facebook.com/groups/schulranzenaktion) des SoVD die Spender*innen

und Familien, die einen kostenlosen Ranzen benötigen, verbinden. Fotos der Schulranzen können in der Gruppe gezeigt werden. „Wir bitten die Bürger der Region über diese Gruppe die Schulranzen auszutauschen, denn die betreffenden Familien sollten das Geld lieber für anständige Kinder-Winterstiefel ausgeben und nicht für einen teuren Schulranzen“, sagt Kai Bursie, Regionalleiter des SoVD in Braunschweig. „Im nächsten Jahr soll dann die Aktion wieder am Bäckerkint stattfinden, sofern Corona das zulässt“, führt Bursie aus. Die BLSK unterstützt die Aktion mit einem Spendenaufruf im Intranet. Mehr als 4.000 Mitarbeitende des Finanzunternehmens sowie der NORD/LB werden so um eine Schulranzen-Spende gebeten. Falls betreffende Personen kein Facebook-Profil haben oder keines haben möchten, könne man laut Bursie bei ebay-Kleinanzeigen Schulranzen zum Verschenken anbieten und die Familien können diese über den Standort suchen.



Foto: Irina Schmidt / Adobe Stock

Schon seit 2016 organisiert der SoVD in Braunschweig seine Schulranzenaktionen.

Bei Verdacht auf Ansteckung in Schule: Unfallversicherung informieren

Corona kann Schulunfall sein

Haben sich Kinder in der Schule mit Corona infiziert, kann das der gesetzlichen Unfallversicherung als Schulunfall gemeldet werden, die dann jegliche Behandlungskosten übernimmt. Voraussetzung für eine Anerkennung ist allerdings die Beweisbarkeit, dass sich ein Kind tatsächlich dort angesteckt hat. Was es dabei zu beachten gibt, weiß der SoVD.

Da schulpflichtige Kinder während der Schulzeit und auf dem Schulweg gesetzlich unfallversichert sind, kann eine Corona-Infektion von Schüler*innen bei der Unfallversicherung als Schulunfall gemeldet werden. „Schulen sind nur bei schweren Krankheitsverläufen verpflichtet, die Unfallversicherung zu informieren. Deshalb sollten Eltern das selbst tun, wenn es Anhaltspunkte dafür gibt, dass sich das Kind im Unterricht oder bei schulischen Veranstaltungen infiziert hat“, rät Katharina Lorenz vom SoVD in Niedersachsen. Außerdem sei es empfehlenswert, im konkreten Verdachtsfall auch die Schule in Kenntnis zu setzen.

Nach einer Meldung prüft die Unfallversicherung im Einzelfall, ob sich ein Kind tatsächlich in der Schule und nicht etwa bei Freizeitaktivitäten oder im familiären Umfeld angesteckt haben kann. Als Nachweis für die Infektion müssen Eltern zudem einen zeitnahen PCR-Test



Foto: Prostock-studio / Adobe Stock

Stecken sich Kinder nachweislich in der Schule oder auf dem Weg dorthin mit Corona an, kann dies als Schulunfall gemeldet werden.

ihres Kindes vorlegen. „Wird ein Schulunfall anerkannt, zahlt die Unfallversicherung alle Maßnahmen, die zur Heilung unter- nommen werden“, so Lorenz.

Bei Fragen helfen die Berater*innen des SoVD gerne weiter. Gesprächstermine können unter 0511 65610720 vereinbart werden.

Ab Pflegegrad eins: Pflegekasse zahlt Zuschuss bis zu 4.000 Euro

Wohnumfeld-Verbesserung

Die Selbstständigkeit von Pflegebedürftigen ermöglichen oder erhalten und die häusliche Pflege erleichtern: Zu diesem Zweck bezuschusst die Pflegekasse Maßnahmen, die der Verbesserung des individuellen Wohnumfelds dienen, wenn nicht ein anderer Leistungsträger vorrangig zuständig ist. Schon ab Pflegegrad eins können Betroffene bei einer Antragstellung bis zu 4.000 Euro bekommen.

Vorausgesetzt kein anderer Leistungsträger ist vorrangig zuständig, bekommen Pflegebedürftige ab Pflegegrad eins Maßnahmen zur Verbesserung des individuellen Wohnumfelds von der Pflegekasse bezuschusst – mit bis zu 4.000 Euro. Damit

soll vor allem eine selbstständige Lebensführung gewährleistet oder erhalten, aber auch die häusliche Pflege erleichtert werden. Wichtig ist dabei, dass es sich um die Wohnung des pflegebedürftigen Menschen oder den Haushalt handelt, in den er aufgenommen wurde.

Leben mehrere Anspruchsberechtigte zusammen, zahlt die Pflegekasse für jede Person einen Zuschuss – bis zu einem Gesamtbetrag von 16.000 Euro.

Unterstützt werden Maßnahmen wie zum Beispiel ein Treppenlift oder Aufzug, Fenster mit Griffen in rollstuhlgerechter Höhe, Türverbreiterungen oder der Austausch einer Badewanne durch eine barrierefreie Dusche. Auch der Umzug in eine bedürfnisgerechtere Wohnung kann in bestimmten Fällen als Wohnumfeldverbesserung geltend gemacht werden. Zuschüsse sollten grundsätzlich vor Beginn der Maßnahmen unter Vorlage eines Kostenvoranschlags bei der Pflegekasse beantragt werden.

Die Berater*innen des SoVD unterstützen bei Bedarf bei der Antragstellung und stehen auch für weitere Fragen zur Verfügung. Beratungstermine können unter der zentralen Rufnummer 0511 65610720 vereinbart werden.



Foto: Allexandarx / Adobe Stock

Beispielsweise für die Verbreiterung von Türen oder den Einbau eines Treppenlifts können Zuschüsse bei der Pflegekasse beantragt werden.

BERATUNG



Foto: Stefanie Jäkel

Jetzt vormerken: April-Termin für die WhatsApp-Sprechstunde

Sie haben eine kurze Frage und wollen dafür nicht extra ins SoVD-Beratungszentrum gehen? Dann nutzen Sie die WhatsApp-Sprechstunde unter dem Motto #FragDenSoVD.

So funktioniert's: Fügen Sie die Nummer 0511 65610720 zu Ihren Kontakten hinzu und stellen Sie Ihre Frage ganz einfach über WhatsApp. Bei den regelmäßigen Terminen beantworten SoVD-Berater*innen Ihre Fragen rund um Rente, Pflege, Behinderung, Gesundheit, Hartz IV sowie Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht. Die nächste WhatsApp-Sprechstunde findet am Dienstag, 19. April, von 17 bis 18 Uhr statt. Die aktuellen Termine werden auch unter www.sovd-nds.de veröffentlicht.

Impressum

Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen e. V.
Herschelstraße 31 · 30159 Hannover
Tel.: 0511 70148-0
Fax: 0511 70148-70
www.sovd-nds.de
presse@sov-d-nds.de

Redaktion:
Sara Masić | Tel.: 0511 70148-54
Elin Schweiger | Tel.: 0511 70148-67

Leitung:
Stefanie Jäkel | Tel.: 0511 70148-69

Vertrieb und Druck:
Zeitungsdruck Dierichs, Kassel

Für unverlangt eingesandte Texte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Mitglieder aus dem Heidekreis veranstalten SoVD-Aktionstag / SoVD Hannover-Stadt übergibt Spendenscheck

SoVD-Kreisverbände unterstützen Hannover United

Als die Rollstuhlbasketballer*innen von Hannover United am 26. Februar gegen BBC Münsterland spielten, bekamen sie tatkräftige Unterstützung vom SoVD: Der Kreisverband Heidekreis reiste zusammen mit Schüler*innen der Berufsbildenden Schulen (BBS) Walsrode zum Spiel nach Hannover-Stöcken und feuerte das Team an. Auch der SoVD-Kreisverband Hannover-Stadt förderte die Sportler*innen: Vertreterinnen des Kreisverbands überreichten Hannover United eine Spende.



Foto: Klaus Müller

Schüler*innen der BBS Walsrode und SoVD-Mitglieder aus dem Heidekreis posieren zusammen mit Jan Haller von Hannover United.



Foto: Dirk Swinke

Vertreterinnen des SoVD-Kreisverbands Hannover-Stadt überreichen ihre Spende an Joachim Rösler, Vorsitzender von Hannover United.

Der SoVD in Niedersachsen ist Partner des Bundesligisten Hannover United und unterstützt regelmäßig Spieltage des Teams im Rahmen von SoVD-Aktionstagen. So auch beim Spiel von Hannover United gegen BBC Münsterland am 26. Februar. Besonders war diesmal: Rund 50 Mitglieder aus dem SoVD-Kreisverband Heidekreis und fast 20 Schüler*innen der BBS Walsrode veranstalteten den SoVD-Aktionstag gemeinsam. Zusammen führen sie zum Spiel nach Hannover und jubelten den Spieler*innen in der gut besuchten Sporthalle zu. Mit 53:57 musste sich die Mannschaft zwar knapp gegen BBC Münsterland geschlagen geben. Dennoch waren die Unterstützer*innen begeistert. Marie Ahlbrecht von den BBS Walsrode, die diese Aktion gemeinsam mit dem Vorsitzenden des SoVD im Heidekreis, Jürgen Hestermann, ermöglicht hatte, war guter Dinge: „Es war eindrucksvoll zu erleben, wie groß, aber auch fair der Einsatz

der Spieler über 90 Minuten ist.“ SoVD-Landesgeschäftsführer Dirk Swinke, der zu diesem gemeinsamen Aktionstag mit den Basketballer*innen eingeladen hatte, freute sich besonders darüber, dass es gelungen war, SoVD-Mitglieder mit jüngeren Menschen aus dem Heidekreis zusammenzubringen und ihnen den Rollstuhlbasketball-Sport hautnah und live zu vermitteln.

Die BBS Walsrode hat 2019 einen Modellversuch gestartet, der sich an Schüler*innen wendet, die Bewegungspädagog*innen werden möchten. Die BBS hat zwei Klassen, die ihre praktische Ausbildung beispielsweise in Sportvereinen, Bewegungs-Kitas, Reha-Zentren und Grundschulen absolvieren. Jede Klasse hat einen prominenten Paten aus dem organisierten Sport. Einer dieser Paten ist Jan Haller, der Mannschaftskapitän von Hannover United und Paralympics-Teilnehmer. Mit drei Lehrkräften und 16 Schüler*innen nahm die Klasse die Einladung des SoVD an, gemeinsam ein Bun-

desligaspiel des Hannover United zu besuchen. Marie Ahlbrecht und Jürgen Hestermann wollen den Kontakt vertiefen, damit BBS und SoVD zukünftig enger zusammenarbeiten. „Das macht Sinn, wenn Alt und Jung zusammenkommen“, ist auch die Meinung von Dirk Swinke. Ihm dankten die Bundesliga-Sportler*innen für die Organisation dieses SoVD-Tages, der allen in sehr guter Erinnerung bleiben wird.

Der SoVD-Kreisverband Hannover-Stadt setzt sich seit vielen Jahren für die Inklusion in Hannover ein. Auch er unterstützte Hannover United und förderte das Team mit einer Spende. Durch die Corona-Pandemie war das im Rahmen eines Heimspiels lange nicht möglich. Umso mehr freute sich die 1. Kreisvorsitzende Ingeborg Saffe, dass beim Spiel in Hannover endlich die Spende von 1.000 Euro übergeben werden konnte. Dankend nahm Joachim Rösler, Vorsitzender von Hannover United, den Spendenscheck entgegen.

Ehrenamtliche engagieren sich für Gleichstellung von Frauen und für Abbau von Benachteiligungen

SoVD-Aktionen zum internationalen Frauentag

Auch dieses Jahr haben viele SoVD-Ehrenamtliche anlässlich des internationalen Frauentags Aktionen in ihren Kreis- und Ortsverbänden organisiert und sich für Frauenrechte engagiert. Bei den Veranstaltungen und in Gesprächen lenkten sie den Blick auf die noch immer bestehenden Ungleichheiten in unserer Gesellschaft.

In Burgdorf lud SoVD-Kreisfrauensprecherin Ilona Picker zusammen mit der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt, Petra Pape, ins Kino „Neue Schauburg“ ein. Gezeigt wurde der Dokumentarfilm „Finding Vivian Maier“. Auf der Veranstaltung bekundeten die Teilnehmenden den vom Krieg in der Ukraine betroffenen Menschen ihre Solidarität. Außerdem stellte Picker die Forderungen des SoVD vor, die Benachteiligungen von Frauen abbauen sollen. Die Einnahmen aus den Eintrittsgeldern spendete das Kino, um Geflüchtete aus der Ukraine zu unterstützen.

In Goslar startete der Kreisverband zusammen mit dem SoVD in Oker eine gemeinsame Aktion: Mehrere SoVD-Aktive verteilten Rosen und informierten Passant*innen im Goslarer Stadtteil Jüdenohl unter anderem über den Equal Pay Day, den Aktionstag für Entgeltgleichheit, und über das Engagement des SoVD für soziale Gerechtigkeit.

Um daran zu erinnern, dass noch längst keine Gleichstellung der Frauen erreicht ist, verteilte der SoVD in Bergen an weibliche



Foto: Hannelore Grützner

Gemeinsame Aktion des SoVD-Kreisverbands Goslar und des SoVD in Oker

Angestellte und Besucherinnen der Volksbank Südheide-Isenahgener Land-Altmark je eine Rose.

In Soltau erinnerten SoVD-Aktive bei einer Mitglieder-Veranstaltung an die Situation ukrainischer Frauen im Krieg. Außerdem thematisierten sie die großen Lohnunterschiede und die Altersarmut, von der Frauen besonders häufig betroffen sind. Hannelore Buls, Mitglied im SoVD-Landesfrauenausschuss, gab in ihrer Rede außerdem einen aktuellen Überblick über die frauenpoliti-



Foto: Angelika Buth

Vorstandsmitglieder des SoVD in Bergen bei ihrer Aktion in den Räumen der Volksbank

sche Arbeit im Verband.

Die Vorsitzende des Kreisverbands Lüneburg-Lüchow, Elfriede Rosin, und die Kreisfrauensprecherin Brunhilde Ernst verteilten am 8. März in der Lüneburger Fußgängerzone Rosen und einen Flyer mit politischen Forderungen zur Stärkung der Gleichstellung der Frauen sowie mit der SoVD-Resolution zum Krieg in der Ukraine. Zu beiden Themen führten die beiden Engagierten viele Gespräche mit Frauen.



Foto: SoVD-Kreisverband Burgdorf

Veranstaltung des SoVD-Kreisverbands Burgdorf im lokalen Kino „Neue Schauburg“: Dieses spendete den Erlös der Eintritte an die Diakonie Hannover-Land zur Unterstützung Geflüchteter aus der Ukraine.



Foto: SoVD Lüneburg-Lüchow

Elfriede Rosin (links), Vorsitzende in Lüneburg-Lüchow, mit Kreisfrauensprecherin Brunhilde Ernst



Foto: Klaus Müller

Veranstaltung des SoVD in Soltau mit Hannelore Buls (vorne links) vom Landesfrauenausschuss

Sozialpolitische Forderungen des SoVD Nordrhein-Westfalen zur Landtagswahl 2022

Für eine sozial gerechte Krisenbewältigung

In seinen Forderungen zur anstehenden Landtagswahl stellt der SoVD Nordrhein-Westfalen den Umbau der Gesellschaft nach sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Aspekten in den Mittelpunkt. Dazu müssen Änderungen im Gesundheitswesen, auf dem Wohnungsmarkt und beim Bildungssystem erfolgen. Dies ist der erste Teil des Forderungskataloges.

Die Corona-Pandemie verdeutlicht die herausragende Bedeutung des Sozialstaates, aber auch seine vielfältigen, teils langjährig beklagten Defizite. Konflikte darüber, wie und von wem die Kosten der Pandemie bezahlt werden, zeichnen sich ab. Hinzu kommt die Frage der Finanzierung des notwendigen ökologischen Strukturwandels. Der zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen unvermeidliche rasche Umbau der Wirtschafts- und Konsumtionsweise erfordert nicht nur enorme Investitionen, sondern auch soziale Regulierungen des Arbeitsmarktes und starke, leistungsfähige Sozialsysteme, die verlässlich Sicherheit im Wandel geben.

Um diese großen Herausforderungen zu meistern, muss jetzt der Sozialstaat gestärkt und ausgebaut werden, Gemeinwohl vor Profit gestellt und der vorhandene, in wenigen Händen konzentrierte Reichtum gerecht verteilt werden sowie die Gesellschaft gleichermaßen sozial gerecht und ökologisch nachhaltig umgestaltet werden.

Auch die Landespolitik muss sich daran messen lassen, ob sie ihre Möglichkeiten im Sinne dieser Orientierungen bestmöglich ausschöpft. Klar ist allerdings auch, dass die Ziele mit Bordmitteln des Landes und seiner Kommunen allein nicht erreichbar sind. Deshalb muss verantwortliche Landespolitik stets auch auf eine sozial ge-

rechte und ökologisch nachhaltige Bundespolitik hinwirken.

Für ein solidarisches Gesundheitswesen

Corona hat nochmals vor Augen geführt, dass das Gesundheitswesen kein Wettbewerbsmarkt zur Gewinnerzielung sein darf, sondern als Teil öffentlicher Daseinsvorsorge für alle zugänglich und nutzbar sein muss.

- Notfall- und Grundversorgung, die den medizinischen Handlungsbedarf unmittelbar und vollständig erfassen und im Ernstfall schnell an spezialisierte Einrichtungen überweisen, müssen dort sein, wo sie im Notfall gebraucht werden. Dies erfordert ein qualitativ hochwertiges, wohnortnahe Netz barrierefreier Krankenhäuser mit Reservekapazitäten, in denen die personellen Voraussetzungen und Ausstattung für modernste Versorgung vorhanden sind. Dies zu gewährleisten, ist Aufgabe der Krankenhausplanung. Das Land muss seiner Verpflichtung zur Finanzierung der Investitionskosten endlich vollumfänglich nachkommen.

- Zudem muss die qualitativ hochwertige, wohnortnahe und fachärztliche Versorgung auch in ländlichen Regionen sowie in großstädtischen Armutsquartieren sichergestellt sein.
- Die Pandemie lehrt uns, dass

der öffentliche Gesundheitsdienst (Gesundheitsämter) personell und ausstattungs-mäßig gestärkt werden muss.

- Zur Vorbereitung auf zukünftige Pandemien müssen die Lehren aus der Corona-Pandemie umfassend berücksichtigt werden, nicht zuletzt was die Vorhaltung ausreichenden Pflegepersonals in den Krankenhäusern und rasch mobilisierbarer Infrastrukturen zur Bewältigung solcher Pandemien angeht.
- Unverzichtbarer Teil eines solidarischen Gesundheitswesens ist die Fortentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung zur paritätisch finanzierten Bürgerversicherung ohne Zu- und Aufzahlungen und Leistungsausgrenzungen.
- Digitale Informations- und Serviceangebote im Gesundheitssektor müssen barrierefrei zugänglich sein. Daneben müssen solche Angebote aber auch weiterhin analog verfügbar sein, um allen Menschen deren Nutzung zu ermöglichen.

Für bezahlbares und barrierefreies Wohnen

Um das Menschenrecht auf Wohnen auch für an regionalen Wohnungsmärkten benachteiligte Gruppen nachhaltig zu gewährleisten, ist eine offensive sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Wohnungspolitik notwendig.

- Insbesondere bedarf es einer Neubelebung öffentlicher und genossenschaftlicher Wohnungsbauträger mit langfristiger sozialer Orientierung und erheblich höherer öffentlicher Investitionen in den Wohnungsbau bei Entfristung der Sozialbindung.
- Zur Sicherung von Beständen bezahlbarer Mietwohnungen müssen die Möglichkeiten der sozialen Erhaltungsverordnung (Erhaltungssatzung) und des Zweckentfremdungsverbots (Airbnb, spekulativer Leerstand) landesweit flächendeckend ausgeschöpft werden.
- Die Kosten der notwendigen raschen, energetischen Sa-



Foto: toa555 / Adobe Stock

Barrierefreie Wohnungen sind Mangelware. Mit entsprechenden Förderungen können alte Wohnungen nachgerüstet werden.

nierung des Bestandes sowie der CO₂-Bepreisung dürfen nicht zum neuen Mietpreistreiber werden. Der dynamischen Mietpreisentwicklung in Wachstumsregionen muss wirksamer als bisher begegnet werden.

- Vollständige Barrierefreiheit (gemäß der DIN-Normen) muss neben energetischer Optimierung unverzüglich allgemeiner Standard der Landesbauordnung und der nachgeordneten Verordnungen werden, um dem Mangel an barrierefreiem Wohnraum wirksam zu begegnen und nachhaltig zukunftsfähigen Wohnraum zu schaffen.

Gleiche Bildungschancen für alle

Corona hat auch die soziale Ungleichheit im Bildungssystem und die unzureichende Ausstattung der Schulen nochmals bewiesen.

- Um ein annehmbares inklusives Bildungswesen auf al-

len Ebenen zu verwirklichen, muss die soziale Selektivität des herkömmlichen Schulsystems überwunden und den Regelschulen eine Ausstattung mit Personal und Sachmitteln gewährleistet werden, die für eine bestmögliche individuelle Förderung aller Schüler*innen mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf ohne privat zu finanzierende Nachhilfe erforderlich ist. Dies mündet in der Perspektive einer Schule für alle mit binnendifferenziertem Unterricht.

- Die Lernmittelfreiheit ist umfassend zu verwirklichen. Dazu gehört auch, allen Schüler*innen die gleichberechtigte Teilnahme an digitalem Lernen zu ermöglichen. Der zweite Teil der Forderungen wird in der Mai-Ausgabe vorgestellt. Das komplette Forderungspapier des SoVD Nordrhein-Westfalen gibt es aber schon jetzt auf der Homepage unter: www.sovd-nrw.de.



Foto: Christian Schwier / Adobe Stock

Die Notfallversorgung ist auf dem Land immer noch unzureichend. Dabei entscheidet schnelle Hilfe über Leben und Tod.



Foto: David Fuentes / Adobe Stock

Seit der Corona-Krise gibt es in den Schulen vermehrt digitalen Unterricht. Aber nicht jedes Kind besitzt ein eigenes Tablet.



SoVD-Jurist Pierre Aust ist Gesprächspartner in der neuen Podcast-Folge über Arbeitsleben und psychische Belastungen.

„Sozialberatung to go“ zur Erwerbsminderungsrente

Wenn die Arbeit die Seele krank macht

Psychische Erkrankungen spielen, auch durch die Corona-Krise bestärkt, eine immer größere Rolle bei den Krankmeldungen. Wer dadurch nicht mehr arbeitsfähig ist, muss eine Erwerbsminderungsrente beantragen.

In der siebten Folge des Podcasts „Sozialberatung to go“ sprechen SoVD-Pressesprecher Matthias Veit und SoVD-Jurist Pierre Aust über die Frage, wann eine Erwerbsminderungsrente in Betracht kommt.

Arbeitsverdichtung und weitere Faktoren haben dazu geführt, dass viele Menschen im Laufe ihres Erwerbslebens krank werden und einfach nicht mehr können. Psychische Probleme, Burn-out und Depressionen spielen dabei eine besondere Rolle, erklärt Aust, der das SoVD-Sozialberatungszentrum in Lemgo leitet. Er schildert das Beispiel einer Pflegekraft, die nach vielen Jahren merkt, dass sie diese körperlich herausfordernde Tätigkeit nicht mehr ausüben kann. Ihr Antrag war dennoch zunächst abgelehnt worden. Erst als sie sich eingestand, dass sie an einer schweren Depression leidet und dies von einem Facharzt auch bestätigt wurde, wurde ihr eine Erwerbsminderungsrente zuerkannt. Ein großes Problem sei die immer größer werdende Arbeitsverdichtung und der Personalmangel, nicht nur in der Pflege, so Aust im Gespräch. <https://www.sovd-nrw.de/service/podcast>



Im SoVD-Podcast „Sozialberatung to go“ wird einfach erklärt, was rechtlich ziemlich kompliziert sein kann. Streit mit der Krankenkasse, abgelehnte Reha-Anträge, höhere Pflegeleistungen oder das Recht auf eine Erwerbsminderungsrente – all diese Themen haben hier Platz. Der SoVD NRW will, dass möglichst viele Menschen wissen, was ihnen zusteht und wie sie zu ihrem Recht kommen. Deshalb wird er im Jahr 2022 noch weitere Episoden produzieren.

Falls auch Sie Themenanregungen und Fragen haben, die im Podcast besprochen werden sollten, wenden Sie sich gerne mit dem Betreff „Podcast“ an die E-Mail-Adresse: pressestelle@sovde-nrw.de. Oder Sie kontaktieren den SoVD NRW einfach über seine zahlreichen Social-Media-Kanäle!

Freiwillige gesucht!

Wer Lust hat, sich im SoVD Nordrhein-Westfalen ehrenamtlich einzubringen, neue Kontakte zu knüpfen und dabei ihre beziehungsweise seine freie Zeit einsetzen möchte, kann sich gerne in der Landesgeschäftsstelle des SoVD-Landesverbandes unter Tel.: 0211 / 38 60 30 oder per E-Mail an: info@sovde-nrw.de melden, um mehr zu erfahren.

Kommen Sie „an Bord“, wir würden uns freuen!



Foto: Udo Stüsser, Aachener Zeitung

Von links: Daniela Ritzerfeld, Esther Moysig, Stephan Pusch, Wolfram Siebert, Heiko Hermanns, Joachim Grünewald, Marzena Effertz und Heinz Pütz beim Pressetermin.

Berufliche Förderungsmaßnahmen für Menschen mit Behinderung

Trotz Sehbehinderung in Arbeit

Menschen mit Behinderungen haben es schwer, auf dem ersten Arbeitsmarkt eine Arbeitsstelle zu finden. Daher sind Qualifizierungsmaßnahmen besonders wichtig, um die Chancen bei potenziellen Arbeitgeber*innen zu erhöhen. Wie gut das funktioniert, zeigen die Beispiele von Marzena Effertz und Esther Moysig.

Inklusion bedeutet, dass kein Unterschied gemacht wird, ob jemand eine Behinderung hat oder nicht, dass er oder sie nicht am Seitenrand stehen muss, sondern mitmachen kann und dazugehört. Idealerweise müsste es so auch auf dem Arbeitsmarkt sein, ist es aber in der Regel nicht, denn eine Behinderung erschwert die Suche nach einem angemessenen Job auf dem regulären Arbeitsmarkt erheblich.

Umso wichtiger sind Fördermaßnahmen, um in diesem Bereich Abhilfe zu schaffen. In Nordrhein-Westfalen gibt es seit 1997 die sogenannte Landesqualifizierung (LQ). Dazu heißt es auf der Internetseite des Landes: „Ziel ist es, jedes Jahr arbeitslose Menschen mit einer Behinderung zu Verwaltungsfachangestellten zu qualifizieren. Voraussetzung dafür ist eine abgeschlossene Ausbildung in einem kaufmännischen oder verwaltenden Beruf. Nach erfolgreicher achtmonatiger Qualifizierung an einem der beiden Berufsförderungswerke in Düren oder Oberhausen werden die bis zu 16 Teilnehmer*innen als Tarifbeschäftigte in den Landesdienst übernommen. Die Übernahme erfolgt unbefristet und kann grundsätzlich in allen Behörden und Dienststellen in Nordrhein-Westfalen erfolgen.“

Neben Oberhausen bietet auch das Berufsförderungswerk in Düren ein umfassendes Qualifikationsprogramm. Zu den Menschen, die dieses in Anspruch genommen haben, gehört Esther Moysig. Ihren Job als Zahnarthelferin konnte sie aufgrund einer Erkrankung nicht mehr ausüben. Auf dem

Schulungsprogramm in Düren stand für sie nun unter anderem der Umgang mit Bürosoftware wie Word und Excel, aber auch Mathematik. Mit diesen neuen Fähigkeiten macht Esther Moysig aktuell ein Praktikum in der Stadtverwaltung Geilenkirchen und hat damit gute Voraussetzungen für den beruflichen Neustart.

Den hat Marzena Effertz, sie hat eine Sehbehinderung, bereits hinter sich. Auch Effertz hat in Düren neue Qualifikationen erworben und ist jetzt sogar fest angestellt bei der Kreispolizei Heinsberg – ganz so, wie es der Informationstext des Landes Nordrhein-Westfalen in Aussicht stellt.

Der Behindertenbeauftragte der Stadt Geilenkirchen, Heinz Pütz, den viele im SoVD auch als Mitglied des Sozialpolitischen Ausschusses kennen, konnte beide Frauen für einen Pressetermin in Geilenkirchen gewinnen, um auf das Thema „Menschen mit Sehbehinderungen auf dem regulären Arbeitsmarkt“ hinzuweisen.

Zu diesem besonderen Termin erschien unter anderem auch Wolfram Siebert, Teamleiter Verwaltungsberufe beim Berufsförderungswerk in Düren. Er verwies auf die neuen Möglichkeiten durch digitale Hilfsmittel. Gerade für Menschen mit Sehbehinderung seien diese „ein Segen“.

Dem konnte Landrat Stephan Pusch als Chef der Kreispolizeibehörde nur beipflichten. Qualifizierter Nachwuchs für die Polizei sei wichtig, der Fach-

kräftemangel bereits spürbar, die geburtenstarken Jahrgänge würden demnächst in Pension gehen.

Heiko Hermanns von der Kreispolizeibehörde freute sich vor Ort derweil über „die Neue“ im Team. Frau Effertz sei eine „hoch motivierte und qualifizierte Mitarbeiterin“. Die Bürgermeisterin der Stadt Geilenkirchen, Daniela Ritzerfeld, würdigte in diesem Zusammenhang die große Bedeutung des Berufsförderungswerks in Düren.

Zuden dortigen Dozent*innen, die auf dem Weg der beruflichen Qualifikation und Neuorientierung natürlich wichtige Ansprechpartner*innen sind, gehört auch Heinz Pütz, der sich seit Jahrzehnten für die Belange von Menschen mit Behinderungen einsetzt. Er hat lobende Worte für die Landesqualifikation, die allein aber reichen nicht: „Das muss jetzt auch auf die Kommunen ausgedehnt werden, das muss quasi zum Normalfall werden statt zum seltenen Vorzeigeprojekt.“

Landrat sieht das genauso. Auch für die Kommune sei ein solches Programm auf der Suche nach neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern „eine Chance“.

Der SoVD Nordrhein-Westfalen macht sich seit vielen Jahren dafür stark, Menschen mit Behinderungen am ersten Arbeitsmarkt einzubeziehen statt zu benachteiligen, ganz so, wie es auch die UN-Behindertenrechtskonvention vorgibt. Der Verband kritisiert, dass die Vorgaben der Konvention nur zögerlich und halbherzig umgesetzt werden.

Digitale Hilfsmittel erleichtern die Arbeit bei einer Behinderung

Was der Anstieg der Verdienstgrenze beim Minijob für Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen bedeutet

Ab Oktober sind bis zu 520 Euro erlaubt

Zum 1. Oktober steigt die Minijob-Grenze auf 520 Euro. Außerdem wird auch der sogenannte Übergangsbereich erhöht. Doch die Ankündigung des Bundesarbeitsministeriums bringt auch Kritik hervor. So befürchten Gewerkschaften, dass durch die Anhebung mehr reguläre Arbeitsplätze verdrängt werden. Wie wirkt die Erhöhung tatsächlich? Was bedeutet sie für die Stundenzahl der Minijobber*innen? Und was sollten Arbeitgeber*innen beachten?

Derzeit beträgt die Minijob-Grenze 450 Euro monatlich. Dabei handelt es sich um einen starren Wert, der sich nicht an der Höhe des gesetzlichen Mindestlohns orientiert. Daher führten bisher die Erhöhungen des Mindestlohns stets dazu, dass Minijobber*innen weniger Stunden arbeiten konnten. Ab Oktober 2022 wird die Minijob-Grenze an den gesetzlichen Mindestlohn gekoppelt. Sie erhöht sich mit jeder Mindestloohnerhöhung ab 2023. Das führt dazu, dass Arbeitgeber*innen künftig nicht mehr die Arbeitszeit ihrer Minijobber*innen anpassen müssen, wenn der Mindestlohn steigt.

Sonderregelungen für Einmalzahlungen

Das Arbeitsministerium sieht eine Sonderregelung für nicht mit Sicherheit zu erwartende Einmalzahlungen vor. Damit sind Prämien, Tantiemen oder

Sonderzahlungen gemeint, auf die Arbeitnehmer*innen keinen Anspruch haben oder die an bestimmte Ziele geknüpft sind. Diese Einmalzahlungen führen nicht zur Überschreitung der Geringfügigkeitsgrenze, wenn sie höchstens in zwei Monaten innerhalb von zwölf Monaten vorliegen und der Arbeitslohn innerhalb eines Kalenderjahres das 14-fache der Geringfügigkeitsgrenze nicht überschreitet.

Dazu ein Beispiel: Ein Arbeitgeber zahlt seinem Minijobber abhängig vom Erfolg des Unternehmens im November 2023 eine Prämie in Höhe eines Monatsverdienstes von 520 Euro. Weitere Sonderzahlungen gibt es nicht. Der Arbeitnehmer erhält monatlich ein laufendes Gehalt von 520 Euro. Dieses darf zusammen mit der Sonderzahlung im Jahr 2023 den Betrag von 7.280 Euro (520 Euro mal 14) nicht übersteigen. Da die insgesamt gezahlte Vergü-

tung des Minijobbers bei 6.760 Euro im Jahr 2023 liegt und der Arbeitgeber in diesem Beispiel nur in einem Monat mehr als 520 Euro gezahlt hat, führt die Prämie nicht zum Wegfall der Minijob-Regelung für den Arbeitnehmer.

Wie viele Stunden sind jetzt erlaubt?

Minijobber*innen können bei einem Mindestlohn von zwölf Euro und der Minijob-Grenze von 520 Euro ab Oktober 2022 pro Monat 43,33 Stunden im Monat arbeiten, ohne dass sie die Grenze überschreiten.

Was ist mit dem „Übergangsbereich“?

Der sogenannte Übergangsbereich („Midijobs“) spielt sich aktuell bei Monatsverdiensten zwischen 450,01 Euro und 1.300 Euro ab. Früher hieß dieser Bereich „Gleitzone“. Bei Verdiensten dieser Art zahlt der



Foto: Stephanie Eichler / Adobe Stock

Bei einer kleinen Rente ist der Minijob ein wichtiger Zuverdienst.

oder die Arbeitgebende reguläre Sozialversicherungsbeiträge. Die Arbeitnehmeranteile zu Sozialversicherung sind aber reduziert. Der oder die Arbeitnehmende bekommt somit mehr Netto vom Brutto. Für den Rentenanspruch in der gesetzlichen Rentenversicherung zählen die reduzierten Arbeitnehmerbeiträge aber wie volle Beiträge. Das hat den positiven Effekt, dass sie später nicht zu einem geringeren Rentenanspruch führen.

Von Oktober 2022 an wird die Obergrenze dieser Verdienste auf 1.600 Euro im Monat festgelegt. Die Ausdehnung auf 1.600 Euro führt dazu, dass noch mehr Geringverdienende und Teilzeitkräfte von den reduzierten Arbeitnehmerbeiträgen profitieren werden. Und das soll sie dazu ermutigen, ihre Arbeitszeit aufzustocken. In dem sogenannten Übergangsbereich wird verhindert, dass Abzüge unverhältnismäßig stark ansteigen. mh

Umfrage der Techniker Krankenkasse ergibt deutliche regionale Unterschiede bei der Spendenbereitschaft

Nur vier von zehn mit Organspendeausweis

8.470 Menschen warten in Deutschland laut Eurotransplant auf eine lebensrettende Organspende. Doch nach wie vor setzen sich zu wenige Menschen aktiv mit diesem Thema auseinander und dokumentieren ihre Entscheidung. So stehen 86 Prozent der Menschen in Deutschland dem Thema Organspende grundsätzlich eher positiv gegenüber. Aber es besitzen nur vier von zehn einen ausgefüllten Organspendeausweis. Das zeigt eine Umfrage im Auftrag der Techniker Krankenkasse (TK).

Es gibt deutliche regionale Unterschiede bei der Verteilung von Organspendeausweisen: Spitzenreiter ist der Süden der Republik. In Bayern und Baden-Württemberg hat jeweils jede und jeder Zweite (51 Prozent) ihre beziehungsweise seine Entscheidung auf einem Ausweis dokumentiert. Gefolgt

von den Menschen im Südwesten (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland) mit 45 Prozent. Zum Vergleich: Im Osten Deutschlands (Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) führt nur jede*r Fünfte einen Organspendeausweis bei sich (21 Prozent). Von allen Befragten, die einen ausgefüllten Organspendeausweis

besitzen, sprechen sich 94 Prozent für eine Spende im Todesfall aus.

Informieren, entscheiden, dokumentieren

Dr. Jens Baas, Vorstandsvorsitzender der TK: „Die Entscheidung für oder gegen eine Organspende ist sehr persönlich. Wichtig ist, dass sich jede beziehungsweise jeder über das Thema informiert, eine individuelle Entscheidung trifft und diese dann auch dokumentiert, zum Beispiel auf einem Organspendeausweis oder perspektivisch in einem Online-Register.“

Neues Organspendegesetz für mehr Aufklärung

Vor zwei Jahren beschloss der Bundestag mit dem „Gesetz zur Stärkung der Entscheidungsbereitschaft bei der Organspende“ verschiedene Maßnahmen, um die Bürgerinnen und Bürger noch besser über das Thema zu informieren, zum Beispiel in Bürgerämtern oder durch Ärz-



Foto: Alexander Rath / Adobe Stock

Viele Menschen warten auf ein Spenderorgan, aber nur wenige Menschen füllen den rettenden Spenderausweis aus.

tinnen und Ärzte. Künftig soll es auch möglich sein, seine Entscheidung für oder gegen eine Organspende in einem Online-Register zu dokumentieren. So kann die Entscheidung jederzeit individuell angepasst oder geändert werden. Einige dieser Maßnahmen verzögern sich jetzt aufgrund der Corona-Pandemie. Das Register wird laut Bundesgesundheitsministerium nicht vor Ende des Jahres 2022 an den Start gehen. Das neue Organspendegesetz trat zum 1. März in Kraft.



Das Meinungsforschungsinstitut Forsa hat im Auftrag der Techniker Krankenkasse im Dezember 2021 bundesweit 1.000 Menschen ab 18 Jahren bevölkerungsrepräsentativ telefonisch zum Thema Organspende befragt. Die aktuellen Wartelistenzahlen stammen von der Stiftung Eurotransplant, welche die Spenderorgane in acht europäischen Ländern zuteilt.



Grafik: Techniker Krankenkasse

Spitzenreiter: Im Süden der Republik besitzt jede*r Zweite einen Organspendeausweis.

Sozialberatung



Foto: pictworks / AdobeStock

Sofern eine persönliche Beratung notwendig erscheint, können Mitglieder telefonisch Termine in den SoVD-Beratungszentren vereinbaren. Doch in vielen Fällen kann der SoVD NRW weiterhin auch telefonisch und per E-Mail beraten und konkret weiterhelfen!

Die Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf ist erreichbar unter Tel.: 0211 / 38 60 30. Alle Kontaktdaten stehen im Internet unter: www.sovd-nrw.de/beratung/beratungszentren.

5 Termine



Foto: Wellnhofer Design / AdobeStock

Pandemiebedingt gelten alle genannten Termine unter Vorbehalt.

Ortsverband Schildesche

26. April, 14.30 Uhr: Versammlung im Café Rolf, Johannisstr. 1. Anmeldungen bitte telefonisch bei der Vorsitzenden Erika Uffmann unter Tel.: 0521 / 83 296.

Online-Selbsthilfeprogramm bei Depressionen

„moodgym“ kann helfen

Das kostenlose, von der AOK unterstützte Online-Selbsthilfeprogramm „moodgym“ basiert auf dem Konzept der Verhaltenstherapie. Es bietet interaktive Hilfe zur Vorbeugung oder Verringerung von depressiven Symptomen in fünf verschiedenen Modulen.

Für das von der AOK unterstützte Online-Selbsthilfeprogramm „moodgym“ zur Prävention und Linderung von depressiven Symptomen sind seit diesem Jahr zum ersten Mal mehr als 100.000 Nutzer*innen angemeldet. Die deutsche Fassung des Programms, das von australischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern entwickelt wurde, ist frei im Internet verfügbar. Die Zahl der registrierten Nutzer*innen steigt kontinuierlich. Es ersetzt allerdings nicht die ärztliche Behandlung.

„moodgym“ ist kostenfrei und zeitlich unbegrenzt zugänglich, anonym und sicher, flexibel von zu Hause oder unterwegs nutzbar, eine hilfreiche Ergänzung zu Beratungen und Behandlungen vor Ort, für Erwachsene jeden Alters geeignet und von Expertinnen und Experten empfohlen.

Quelle: AOK

Impressum

SoVD Nordrhein-Westfalen e. V., Erkrather Straße 343, 40231 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 38 60 30, Fax: 0211 / 38 21 75, Internet: www.sovd-nrw.de, E-Mail: info@sov-d-nrw.de.

Redaktion / Ansprechpartner Landesbeilage: Matthias Veit, Tel.: 0211 / 3 86 03 14, E-Mail: m.veil@sov-d-nrw.de.

Schlussredaktion: Redaktion SoVD-Zeitung, Tel.: 030 / 7 26 22 21 41, E-Mail: redaktion@sov-d.de.

Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.

Keine Gewähr für unverlangt eingesandte Texte und Fotos!

Der Landesverband gratuliert



Foto: Smileus / AdobeStock

Schön, dass Sie zu uns gehören! Allen Geburtstagskindern im April sowie allen Jubilarinnen und Jubilaren wünscht der SoVD NRW auf diesem Wege alles Gute und dankt ihnen für die Treue zum Verband. Aus Platzgründen werden nur besonders hohe Geburtstage veröffentlicht.

KV Bergisches Land: Elisabeth Gründhammer (92), Hans Schiffers (98), Paul Göbel (96).

KV Bielefeld: Hannelore Isenberg (90), Christa Beckord (91), Maria Klimm (91), Hermine Kickert (97).

KV Bochum-Hattingen: Ottokar Dörr (91), Gisela Clauss (92).

KV Dortmund-Lünen: Gertrud Friebe (90), Gertrud Krain (91), Helmut Dziwis (93), Ingeborg Jeuschede-Wolf (94), Theodor Netthöfel (97).

KV Düsseldorf: Maria Sommariva (93), Johann Kunz (96).

KV Westliches Ruhrgebiet / Unterer Niederrhein: Rosemarie Salewski (90).

KV Essen: Magdalena Klug (90), Ludger Lohmann (95).

KV Gelsenkirchen-Bottrop: Anneliese Blischke (91), Werner Schemkes (91), Werner Buchhaupt (92), Helmut Steinweg (98).

KV Gütersloh: Ursula Mütter-

thies (90), Bernhard Populoh (91), Katharina Hüttemann (92), Helga Heising (94), Bernhard Niewöhner (99).

KV Hamm-Unna: Hannelore Graf (90), Willi Gruß (90), Lieselotte Kannenberg (90), Paula Steckel (91), Elfriede Küpper (92), Ilse Lokatis (94), Wolfgang Trost (94), Günter Roggenkamp (97).

KV Herford: Herbert Kruse (90), Alfred Meier (91), Brunhilde Schulz (92), Hermann Maschmann (96), Hildegard Kuschel (97).

KV Iserlohn-Hagen: Ilse Baehr (90).

KV Köln / Leverkusen / Erftkreis / Aachen: Horst Meyers (90), Anna Schwarzenberg (91), Elisabeth Deising (93), Werner Dunkel (94).

KV Lippe: Margit Frodermann (91), Margaretha Pehlke (93), Gerhard Wiemer (94), Rosemarie Böllert (95).

KV Lübbecke: Erna Braun (90),

Gerhard Bräunlein (90), Günter Niemoth (90), Frieda Wilhelmy (90), Hildegard Arning (91), Monika Budde (91), Anneliese Gülker (91), Heinrich Südmeier (91), Ingeborg Schwarze (92), Eberhardt Hitzeroth (93), Martin Horstmeier (93), Elfriede Köster (94), Ilse Piel (95), Hilde Nelke (96), Marie Schmidt (96), Sophie Schmidt (97), Wilhelm Gerke (98).

KV Märkischer Kreis: Günther Horn (90), Eva Schmolke (90), Waltraud Schwarz (90), Gertrud Weiland (91), Ernst Appel (92), Josefine Schmidt (94), Gertrud Harte (95).

KV Minden: Werner Kluck (91), Helene Diekmann (93), Helga Leye (93), Helga Pape (93), Gertrud Giese (94), Hanna Jankowski (95).

KV Mönchengladbach: Helene Houfer (91), Gerhard Bertram (95), Josefa Schulz (97).

KV Recklinghausen / Borken / Bocholt: Anneliese Kutella (98), Irmgard Gries (92), Hildegard Nagel (93).

KV Rhein-Sieg / Bonn / Oberberg: Erich Wedig (94), Ruth Steiner (95), Siegfried Paul (90), Edeltraut Raebel (91).

KV Siegen-Olpe-Wittgenstein: Ruth Weigel (96), Gertrud Rehfish (94), Alfred Hoppe (94), Egon Mai (92), Herbert Fischer (91).

KV Westfalen-Ost: Gerhard Herdam (102).

KV Witten: Erna Meyer (90), Horst-Eckhardt Arndt (91), Hans-Egon Hübner (90), Johannes Espenhahn (90), Waldemar Gauck (90).

Hohe Verbandsjubiläen

40 Jahre: Angelika Gemkow (Bielefeld), Margret Breidenstein (Dortmund), Helene Grothues (Essen), Karl-Heinz Sobetzko (Gelsenkirchen), Hans-Dieter Noll, Margarete Niggemann (Hamm-Unna), Harry Lenke (Herford), Luise Granrath (Köln / Leverkusen / Erftkreis), Stephan Rehling, Heinz Sochacki, Renate Horstmann, Helmut Fabeck (Recklinghausen), Marianne Höppner, Gerhard Schrage (Siegen-Olpe-Wittgenstein).

45 Jahre: Horst Schickor (Essen), Klaus Fechner (Hamm-Unna), Wilhelm Gerke, Hannelore Köster (Lübbecke), Heinz Wagner, Friedbert Wiedekind (Recklinghausen).

50 Jahre: Heinz Swoboda (Hamm-Unna), Christa Bekemeier (Lübbecke), Gerhard Richter (Minden).

Mehr Zulauf bei Ausbildung

Zum 1. Januar 2020 wurden die Ausbildungen in der Altenpflege, der Gesundheits- und Krankenpflege und der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege in der generalistischen Pflegeausbildung zusammengeführt. Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann zeigt sich sehr erfreut über die aktuellen Ausbildungszahlen in der generalistischen Pflegeausbildung. 17.413 Menschen haben im Jahr 2021 in Nordrhein-

Westfalen die Ausbildung zur Pflegefachkraft aufgenommen. Nachdem bereits im Jahr 2020 die Zahl der neu begonnenen Ausbildungen auf Rekordniveau gestiegen war (15.837 Auszubildende), gelang 2021 eine nochmalige Steigerung um knapp zehn Prozent.

Gesundheitsminister Laumann: „Noch nie haben in Nordrhein-Westfalen so viele Menschen eine Ausbildung in der Pflege begonnen. Ich freue mich, dass unsere Maßnahmen

zur Stärkung der Pflegeausbildung Früchte tragen. Das Land hat in den letzten Jahren mehr als 350 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um die Modernisierung und den Kapazitätsausbau von Pflegeschulen und Schulen des Gesundheitswesens zu fördern. Zudem trägt der Landeshaushalt 8,9 Prozent der Kosten für die Pflegeausbildung.“

Quelle: NRW-Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Interview zur Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt nach der Volksinitiative

Chefsache Wohnungsbau

Vor vier Jahren versuchte der SoVD-Landesverband in Schleswig-Holstein gemeinsam mit dem Mieterbund, das Recht auf bezahlbaren Wohnraum in der Landesverfassung zu verankern. Damals scheiterte dieses Anliegen an der Politik – obwohl rund 40.000 Menschen aus Schleswig-Holstein die Volksinitiative mit ihrer Unterschrift unterstützt hatten. Was hat sich in der Zwischenzeit getan? Wir haben mit Alfred Bornhalm, dem Landesvorsitzenden des SoVD in Schleswig-Holstein, gesprochen.

___Herr Bornhalm, ein Argument der Politiker damals war, dass eine Verfassungsänderung zu keiner einzigen neuen Wohnung führe. Die Jamaika-Koalition wollte den Wohnungsbau lieber anders nach vorn bringen. Sieht man schon Erfolge?

Leider kann man kein gutes Bild erkennen: Die Lage auf dem Wohnungsmarkt in Schleswig-Holstein ist immer noch extrem angespannt. Besonders für Menschen, die sozial und wirtschaftlich benachteiligt sind. Und insbesondere in den Städten. Gleiches gilt für Wohnraum für kinderreiche und junge Familien sowie für Menschen mit Behinderungen. Neben bezahlbaren Wohnungen fehlt es auch an barrierefreien Angeboten in Stadt und Land.

___Hat sich denn in den letzten Jahren etwas getan?

Nicht wirklich. Auch im vergangenen Jahr wurden nicht ausreichend neue Wohnungen gebaut, die auch bezahlbar sind. Hinzu kommt, dass immer mehr Wohnungen ihre Sozialbindung verloren haben und dieser Umstand zusätzlich dazu führt, dass sich für Menschen mit geringen finanziellen Mitteln die Lage weiter verschärft. Jetzt sehen wir außerdem eine exorbitante Verteuerung von Energie- und Heizkosten. Für Familien und Haushalte mit kleinem Geldbeutel ist das niederschmetternd!

___Warum geht es nicht voran mit den bezahlbaren Wohnungen?

Das hat mehrere Gründe. Vor allem wird immer noch zu wenig gebaut. Dann das schon angesprochene Auslaufen der Sozialbindung von bestehenden Wohnungen. Und: Nicht alle Kommunen widmen sich diesem großen Problem im erforderlichen Maße. Viele fühlen sich von Bund und Land alleingelassen.

___Können Sie beziffern, wie viele bezahlbare Wohnungen in Schleswig-Holstein fehlen?

Die Landesregierung hat mit der „Offensive für bezahlbares Wohnen“ für die Jahre 2019 bis 2022 Mittel in Höhe von 788



SoVD-Landesvorsitzender Alfred Bornhalm zeigt sich besorgt über die Situation auf dem Wohnungsmarkt.

Millionen Euro für 6.400 Mietwohnungen zur Verfügung gestellt. Teilt man die 6.400 geplanten Mietwohnungen durch die aktuell 1.106 Gemeinden in Schleswig-Holstein, werden pro Gemeinde statistisch gesehen nur 5,7 Wohnungen neu und bezahlbar gefördert. Diese Zahl zeigt schon, dass es noch deutlich

Der SoVD hat derzeit selbst ein Projekt in der Pipeline. Die Landesgeschäftsstelle ist im Mai letzten Jahres von der Kieler Muhliusstraße nach Wellsee gezogen. Der bisherige Standort Muhliusstraße soll jetzt zu 19 barrierefreien Wohnungen für Menschen, die es auf dem allgemeinen Kieler Wohnungsmarkt nicht leicht haben, weiterentwickelt werden. Der Bauantrag wurde im Dezember eingereicht. Bald beginnt auch die weitere Kommunikation in der Nachbarschaft. Damit lösen wir die Probleme in Kiel nicht einmal ansatzweise, das wissen wir. Aber wir wollen mit gutem Beispiel vorangehen und setzen darauf, dass andere sich ebenfalls für Menschen engagieren, die viele schon aus den Augen verloren haben.



Mit diesem Plakat warb die Initiative.

Luft nach oben gibt. Es müssten mindestens 10.000 Wohnungen jährlich neu entstehen.

___Anders gefragt: Gibt es auch etwas, das gut läuft?

Ein positives Beispiel ist Kiel. Die Landeshauptstadt hat wieder eine kommunale Wohnungsbau-gesellschaft geschaffen. Diesen Weg unterstützt der SoVD und fordert auch andere Kommunen auf, wieder verstärkt selbst als Bauherr und sozialer Vermieter mehr Verantwortung für die Menschen wahrzunehmen.

___Was erwarten Sie von der Landesregierung?

Aus der „Offensive“ muss eine echte Chefsache werden. Wohnen ist ein Grundrecht. Bezahlbares Wohnen ohnehin. Zudem muss die künftige Landesregierung die Genehmigungsverfahren beschleunigen, die Förderprogramme entbürokratisieren und die Haushaltsmittel erhöhen. Gelingt es in nächster Zeit nicht, hier eine Dynamik zu entwickeln, werden sich erneut viele Menschen enttäuscht, verärgert und frustriert zurückziehen.



Kommentar

Ein Schritt in die richtige Richtung

Liebe Mitglieder,

die Landesregierung hat vor einiger Zeit den aktualisierten Landesaktionsplan für Schleswig-Holstein vorgestellt. Darin nennt die Politik Ziele, wie Menschen mit Behinderungen noch besser am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Zum Beispiel im Kontakt mit Behörden, es geht aber auch um ganz konkrete Vorhaben wie barrierefreie Radwanderwege.

Auch der SoVD hat sich im Vorfeld an den Inhalten des Aktionsplans beteiligt. Genauso wie zahlreiche andere Organisationen. Mehr als ein Schritt in die richtige Richtung ist es aber nicht. Die Ziele müssen jetzt mit Leben erfüllt werden. Daran müssen wir alle mitarbeiten, nicht nur die Politik.

Leider fehlen im Landesaktionsplan wichtige Vorschläge, die wir als Sozialverband eingebracht haben. Etwa die verpflichtende Einführung von Foren, Beiräten oder Beauftragten auf kommunaler Ebene, in denen sich Menschen mit Behinderungen auf Augenhöhe mit Leistungserbringern und dem Gesetzgeber regelmäßig austauschen können. Es bleibt also noch viel zu tun.



Kirsten Grundmann

Kirsten Grundmann, Stellvertretende Landesvorsitzende

Ratgeber für Mütter mit Behinderungen veröffentlicht

Aus der Not heraus zur Buchautorin geworden

Katharina-Franziska Riedel sitzt im Rollstuhl. Als Schwangere suchte sie vergeblich nach praktischen Tipps und Hilfen für Frauen in ihrer Situation. Kurz entschlossen verfasste sie selbst einen Ratgeber zur Thematik.

Für junge Eltern mit Behinderungen, die ihr erstes Kind erwarten, gibt es keine Literatur – weder fachlich noch erfahrungsbasiert. Das musste SoVD-Mitglied Katharina-Franziska Riedel feststellen, als sie schwanger wurde. „Da habe ich kurzerhand beschlossen, das selbst in die Hand zu nehmen“, so die Diplomtheologin.

Mittlerweile hat sie ihr Buch „Mami auf Rädern“ veröffentlicht. Die Kielerin, die seit ihrer Kindheit im Rollstuhl sitzt, sagt: „Damit möchte ich einen Beitrag zu einem offenen Diskurs leisten, was Behinderung und Elternschaft betrifft. Denn dieser Diskurs ist meiner Ansicht nach dringend nötig. Gleichzeitig möchte ich anderen Betroffenen Mut machen.“ „Mami auf Rädern“ ist im Romeon Verlag erschienen und überall dort erhältlich, wo es Bücher gibt.



Katharina-Franziska Riedel hat einen Ratgeber geschrieben.



In der Lobby der SoVD-Landesgeschäftsstelle in Kiel (v. l.): Landesgeschäftsführer Sönke Lintzen, der stellv. Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung, Dirk Mitzloff, Landesbeauftragte Michaela Pries, SoVD-Landeschef Alfred Bornhalm und Kirsten Grundmann, Vize-Chefin des SoVD in Schleswig-Holstein

Gemeinsam engagiert für Menschen mit Behinderung

Positives Resümee

In einem Arbeitsgespräch zwischen dem SoVD Schleswig-Holstein und der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung wurde noch einmal das gemeinsame Engagement für Menschen mit Behinderungen unterstrichen.

Gemeinsam hat man sich zum Ziel gesetzt, die systemische Erfassung von Zahlen, Daten und Fakten zu den Lebensbereichen von Menschen mit Behinderungen strukturierter als bisher beim Land Schleswig-Holstein einzufordern. „Nur mit einer stabilen Datenlage können wir auch gemeinsam die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen in unserem Land nachhaltig verbessern und werden damit auch den Anforderungen aus dem Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen der Vereinten Nationen gerecht“, betonten die stellvertretende SoVD-Landesvorsitzende Kirsten Grundmann und die Landesbeauftragte Michaela Pries.

In dem Gespräch wurde zudem vereinbart, gemeinsame und bewährte Projekte wie die Verleihung des Gütesiegels für Barrierefreiheit sowie den „Krach-Mach-Tach“ weiterzuentwickeln. „Wir freuen uns, unsere strategische Partnerschaft und den fachlichen Austausch fortzuführen“, zog der SoVD-Landesvorsitzende Alfred Bornhalm ein positives Resümee aus dem zweistündigen Treffen.

Fitnessstudio mit Reha-Angebot erhält keine staatlichen Corona-Hilfen

Durch das Netz gefallen

Katja Sachau ist ausgebildete Reha-Trainerin. Seit rund anderthalb Jahren betreibt die 46-Jährige ein kleines Fitnessstudio in Heide. Corona-Hilfen bekommt sie aber nicht, weil sie das Fitnessstudio nicht als Hauptberuf betreibt.

„Nicht schnacken, bewegen!“ – die Stimmung in der zehnköpfigen Reha-Gruppe ist gut. Einmal, teilweise zweimal in der Woche kommt das bunt gemischte Team zusammen. Der jüngste Teilnehmer ist 15, der älteste 82 Jahre alt. „Kaddi geht auf jeden von uns ein“, lobt ein Mann um die 50. „Ich spüre hier Muskeln, von denen ich gar nicht wusste, dass es sie gibt.“

Katja Sachau hat sich mitten in der Corona-Krise selbstständig gemacht. Doch genau damit gibt es ein Problem: Wie viele Selbstständige leidet das SoVD-Mitglied unter den Auflagen zur Corona-Pandemie. Weniger Gäste, strenge Hygienekonzepte – all das belastet den jungen Betrieb finanziell. Im Gegensatz zu vielen anderen Unternehmerinnen bekommt Katja Sachau jedoch keinen Cent vom Staat.

Warum? „Seit zehn Jahren arbeite ich für den Kreis Dithmarschen, allerdings nur in Teilzeit. Und das nehmen Politik und Verwaltung zum Anlass, mich von den Corona-Hilfen auszuschließen. Man hat mir gesagt, das Fitnessstudio sei mein Privatvergnügen“, so Katja Sachau.

Seit den erneuten Verschärfungen zum Ende des letzten Jahres hat sie unzählige Telefonate geführt. Immer wieder



Katja Sachau (kniend, links) mit ihrer Reha-Gruppe.

wandte sie sich an Bernd Buchholz, Wirtschaftsminister in Schleswig-Holstein. „Am Ende wurde dann immerhin geprüft, ob ich für die Härtefallregelung infrage komme“, so die Dithmarscherin. „Aber da falle ich mit meinem Betrieb leider auch durchs Raster.“

Staatliche Unterstützung würde es auch für Katja Sachau geben. Aber dafür müsste sie ihr Fitnessstudio im Hauptberuf führen. „Man erwartet also von mir, dass ich meine sichere, finanzielle Grundlage im öffentlichen Dienst für mich und meine Tochter aufgeben. Das finde ich unglaublich.“

Trotz aller Widrigkeiten – der

kleine Betrieb in Heide wächst. Aufgrund von Corona nicht so stark wie geplant – aber es geht voran. Auch dank der Unterstützung von Freunden, Familie und Vermieter. Katja Sachau: „Wir wünschen uns vor allem, dass die Corona-Auflagen bald fallen. Aber manchmal wäre es auch schön, wenn die Bürokratie ein wenig flexibler wäre.“

Unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Reha-Sportgruppe ist die Hoffnung groß, dass „Kaddi“ Sachau auch in Zukunft ihre Reha-Trainerin bleibt. „Der Sport in der Gruppe hier tut uns echt gut. Ohne diesen Kurs würde uns wirklich etwas fehlen.“

Das Online-Selbsthilfeprogramm „Familiencoach Depression“ der AOK hat neue Inhalte eingestellt

Mit Altersdepression richtig umgehen

Seit 2018 bietet die AOK mit dem „Familiencoach Depression“ ein Online-Selbsthilfeprogramm für Angehörige von depressiv Erkrankten an. Mit der Weiterentwicklung des Programms stehen nun auch Trainingsinhalte zum Thema Altersdepression zur Verfügung. Depressionen sind im höheren Lebensalter die häufigste psychische Störung. 17 von 100 älteren Menschen sind davon betroffen.

Zu den Risikofaktoren für eine Depression im höheren Lebensalter gehören alterstypische, weitverbreitete körperliche Erkrankungen, die zu erheblichen Beeinträchtigungen des Alltags und der Lebensqualität führen können. Aber auch andere Faktoren wie Armut, Vereinsamung oder eingeschränkte Mobilität können dazu beitragen. Da sich ältere Menschen häufig ihre Gefühle der Niedergeschlagenheit und Freudlosigkeit nicht anmerken lassen, ist eine Depression im Alter oft schwerer zu erkennen als bei jüngeren Menschen.

Um Angehörige und Betroffene für Anzeichen einer Altersdepression zu sensibilisieren sowie über die Behandlungs-

möglichkeiten zu informieren, wurde das neue Trainingsmodul „Depression im Alter“ für den „Familiencoach Depression“ entwickelt.

Grundsätzlich gilt bei der Altersdepression alles, was bei einer Depression im jüngeren Erwachsenenalter auch gilt. Deshalb sind alle Bereiche des Familiencoachs Depression auch für die Altersdepression relevant und zutreffend. Im Modul „Depression im Alter“ finden Sie darüber hinaus Zusatzinformationen speziell zu Altersdepressionen. Die folgenden Themenfelder können Sie dabei bearbeiten:

- Was muss ich wissen?: In diesem Themenbereich erfahren Sie, wie man eine Altersde-

pression erkennt, welche Risikofaktoren die Depression begünstigen, wie die Erkrankung erkannt und behandelt wird und warum sie manchmal auch als „Pseudodemenz“ bezeichnet wird.

- Tipps für Angehörige: Dieser Themenbereich vermittelt Ihnen, wie Sie einem erkrankten älteren Menschen helfen, ohne sich dabei selbst zu überlasten. Sie erhalten Anregungen, die Ihnen helfen, den Alltag mit der*dem depressiv Erkrankten zu bewältigen und die betreffende Person gut zu unterstützen.
- Zufriedenheit im Alter: Zufrieden altern ist die beste Vorbeugung gegen Altersdepression. Erfahren Sie in diesem



Foto: fizkes / Adobe Stock

Angehörige von depressiven Menschen fühlen sich oft hilflos. Die AOK gibt wichtige Tipps für das richtige Verhalten.

Themenbereich, was dazu beitragen kann, wie man mit Veränderungen im Alter umgeht und warum Aufgaben und Aktivitäten im Alter so wichtig sind.

Das Selbsthilfeprogramm

kann anonym und kostenlos von jeder*jedem Interessierten genutzt werden. Der „Familiencoach Depression“ ist erreichbar unter: www.familiencoach-depression.de.

Quelle: AOK



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Ortsverband Großensee

Mit Malbüchern und verschiedenen Malstiften hat der Ortsverband Großensee den örtlichen Kindergarten unterstützt. Vorsitzender Dirk Bentien hatte zuvor erfahren, woran es in der Kita am meisten mangelt. Schnell war im Vorstand der Beschluss gefasst, zu helfen, und die willkommenen Pakete konnten persönlich übergeben werden.



Ortsverband Großensee

Ortsverband Högel

Ernst-Peter Carstensen hat den Vorsitz im Ortsverband Högel übernommen. Somit konnte der bisherige Vorsitzende Karl-Christian Strödl wie geplant auf die Stellvertreter-Posten wechseln. Jutta Carstensen bleibt Schatzmeisterin, Schriftführer ist jetzt Marc Zowe. Elke Magnussen kümmert sich als Frauensprecherin fortan um die Belange der Frauen im Ortsverband.



Ortsverband Mollhagen

Ortsverband Mollhagen

5.000 Krokuszwiebeln spendete der Ortsverband Mollhagen der Gemeinde Steinburg, um das Ortsbild zu verschönern. Vorsitzende Angelika Klimschöfski half den Gemeindemitarbeitern Bernd Peemöller (auf dem Foto links) und Rolf Petzold beim Einpflanzen der Frühlingsboten.



Ortsverband Lohe-Rickelshof

Ortsverband Lohe-Rickelshof

Elke und Ernst Wenk aus dem Ortsverband Lohe-Rickelshof feierten im Dezember ihre Diamantene Hochzeit. Der 1. Vorsitzende Dieter Tange überbrachte im Namen des Kreis- und Ortsverbandes die herzlichsten Glückwünsche an das Jubiläumspaar.

Ortsverband Siebenbäumen setzte Überweisungsautomaten im Nachbarort durch

Einsatz des SoVD war erfolgreich

Großer Erfolg für den Ortsverband Siebenbäumen: Anfang April installierte die Bank auf Betreiben des Ortsverbandes ein Überweisungsterminal im Nachbarort Sandesneben. Dort gab es bisher nur einen Automaten zum Geldabheben.

Da in Siebenbäumen bereits Ende 2021 die letzte Bankfiliale geschlossen wurde, verwies das Bankhaus die Kundinnen und Kunden seitdem auf die neuen Räumlichkeiten im Nachbarort Sandesneben. „Damit hatten wir aber ein Problem“, so Thomas Benecke, Vorsitzender im SoVD Siebenbäumen. „Denn auch in Sandesneben gab es zu diesem Zeitpunkt nur noch einen Automaten zum Geld abheben. Überweisungen konnten dort aber nicht vorgenommen werden.“ Deswegen wandte

sich der SoVD-Ortsverband an die Vorstände der Bank. Es folgte ein Telefonat, in dem Thomas Benecke die schwierige Sachlage aus Sicht seiner Mitglieder noch einmal schildern konnte. Mit Erfolg – denn schon Anfang April installierte die Bank das Überweisungsterminal in Sandesneben.

V. li.: Hans-Heinrich Möller (2. Vorsitzender), Thomas Benecke (Vorsitzender) und Dieter Stahmer (Revisor) freuen sich über ihren Erfolg.



Nach dem Lohnwegfall zahlt die Krankenkasse weiter

Wie lange Krankengeld?

Wie lange muss die Krankenversicherung maximal für den Lebensunterhalt beim Bezug von Krankengeld aufkommen? Die Rede ist manchmal von 72 aber auch von 78 Wochen.

Richtig ist, dass die Krankenkasse maximal 78 Wochen lang Krankengeld zahlen muss. So steht es auch im Gesetz. Aber wenn doch alles so eindeutig ist, warum entstehen dann in der Praxis so unterschiedliche Aussagen? Weil die Lohnfortzahlung in diese 78 Wochen hineingerechnet wird. Als Lohn- oder Entgeltfortzahlung wird die erste Phase Ihrer Krankheit genannt, in der Sie weiter Ihr normales Gehalt bekommen, in der Regel sechs Wochen. Wer sechs Wochen lang Lohnfortzahlung bezogen hat, hat anschließend nur noch 72 Wochen Anspruch auf Krankengeld.

Reha verringert den Krankengeldanspruch

Grundsätzlich stehen Ihnen innerhalb von drei Jahren bis zu 78 Wochen Krankengeld zu. Da die sechswöchige Lohnfortzahlung in den meisten Fällen angerechnet wird, läuft es in der Regel jedoch nur auf 72 Wochen hinaus, in denen die Krankenversicherung tatsächlich zahlen muss.

Selbst innerhalb einer Reha verringert sich Ihr Anspruch auf Krankengeld. Und das, obwohl Sie während dieser Maßnahme das sogenannte Übergangsgeld erhalten. Auch in diesem Szenario verringert sich also der Anspruch auf Krankengeld, ohne dass die Kasse Ihnen auch nur einen Cent überweisen muss.

Der Fall, dass die Krankenversicherung den kompletten Anspruch von 78 Wochen finanzieren muss, kommt selten vor. Wer zum Beispiel Arbeitslosengeld bezieht und dann langfristig erkrankt, erhält zunächst einmal bis zu sechs Wochen lang weiterhin das ALG I, wie bei der Lohnfortzahlung. Bleibt die Erkrankung länger bestehen, muss die Krankenkasse im Anschluss maximal die restlichen 72 Wochen abdecken.

Sonderfall Kündigung in der Probezeit

Wenn Sie einen neuen Job antreten, besteht in den ersten vier Wochen kein Anspruch auf Lohnfortzahlung. Werden Sie jetzt krank, muss die Krankenkasse normalerweise direkt ein Krankengeld bezahlen. Nach Ablauf von vier Wochen wäre dann der Arbeitgeber an der Reihe und müsste bis zu sechs Wochen Entgeltfortzahlung leisten. Wenn in der Probezeit gekündigt wird und kein Anspruch auf Lohnfortzahlung besteht, muss die Krankenkasse zahlen. In diesem Szenario kann es vorkommen, dass die kompletten 78 Wochen Krankengeld-Anspruch durch Ihre Krankenversicherung abgedeckt werden müssen.

Wenn Sie langfristig erkranken, könnte es also bis zu 78 Wochen Krankengeld geben. Im echten Leben wird dieses jedoch fast immer durch andere Zahlungen unterbrochen, vor allem durch die Lohnfortzahlung. Aber auch das Übergangsgeld der Deutschen Rentenversicherung lässt den 78-Wochen-Anspruch weiter schwinden, ohne dass die Kasse zahlen muss.

Nachruf

In unserem Landesverband verstarben:

Ingrid Bremer,

langjährige Vorsitzende im Ortsverband Flensburg-Weiche,

Heinz Lange,

langjähriger Revisor im Ortsverband-Beidenfleth/Wewelsfleth,

Hans Hermann Peters,

Ehrevorsitzender des Ortsverbandes Uetersen,

Gertrud Philipp,

langjähriges Mitglied im Ortsverband Lübeck-Kücknitz,

Edith Priddat,

langjährige Vorsitzende im Ortsverband Freienwill-Hürup.

Wir werden den verstorbenen Mitgliedern immer ein ehrendes Gedenken bewahren.

Mitgliederwerbung

Für ihren großartigen Einsatz in der Mitgliederwerbung können jeden Monat sieben Werberinnen und Werber einen einwöchigen Aufenthalt im Nordsee-Erholungszentrum Büsum gewinnen.

Die Gewinner*innen im Monat März sind:

- Erika Lemburg (Kreisverband Stormarn),
- Hans-Peter Wolters (Kreisverband Dithmarschen),
- Corinna Vorrath (Kreisverband Herzogtum Lauenburg),
- Ernesta Langer (Kreisverband Kiel),
- Margrit George (Kreisverband Lübeck),
- Monika Henning (Kreisverband Neumünster),
- Margret Jacobsen (Kreisverband Nordfriesland).

Der Landesvorstand dankt allen Werberinnen und Werbern herzlich für ihren Einsatz und bittet Sie auch in den kommenden Monaten darum, ihre engagierte Arbeit fortzusetzen.

Bitte denken Sie daran, wenn Sie ein neues Mitglied werben, Ihren Namen auf der Beitrittserklärung zu vermerken. Nur dann können Sie zu den Gewinnern des einwöchigen, kostenlosen Aufenthaltes in unserem Nordsee-Erholungszentrum in Büsum gehören.

Getreu unserem Motto „Gemeinsam sind wir bärenstark“ nehmen wir Monat für Monat neue Mitglieder in unsere Gemeinschaft auf. Der Sozialverband Deutschland hat in Schleswig-Holstein bereits mehr als 160.000 engagierte Mitstreiter.

Für das Jahr 2022 lautet unser Wahlspruch:
„Stark und kompetent – ein Sozialverband, der hilft.
Werden Sie Mitglied!“



Interview

„Wenn ich zu den Mitgliedern komme, ist die Tür offen“

Wie in jedem Monat haben wir auch dieses Mal wieder mit einer Vertreterin aus unseren Ortsverbänden gesprochen. Heutige Gesprächspartnerin ist Maria Kieselbach aus Elsdorf-Westermühlen. Seit über 20 Jahren führt sie den dortigen Ortsverband des SoVD mit aktuell 235 Mitgliedern als Vorsitzende.

__Halo Frau Kieselbach, seit über 20 Jahren engagieren Sie sich ehrenamtlich. Warum eigentlich?

Weil es mir einfach Spaß macht. Auch jetzt noch, nach so vielen Jahren. Ich bin gern mit Menschen zusammen. Durch das Ehrenamt habe ich viele Leute kennengelernt, das liegt mir einfach. Außerdem wird man fast immer herzlich aufgenommen. Wer im Ehrenamt etwas gibt, bekommt dafür also auch etwas zurück.

__Wie genau hat alles bei Ihnen angefangen?

In den damaligen „Reichsbund“ – so hieß der SoVD früher – bin ich 1995 eingetreten. Ich hatte damals, mit 45, gesundheitliche Probleme und habe Unterstützung bei der Erwerbsminderungsrente benötigt. Ich bin dann auch regelmäßig zu den Veranstaltungen hier im Ort gegangen. Und irgendwann hat mich die damalige Vorsitzende angesprochen. Ob ich mir nicht vorstellen könnte, ihre Nachfolgerin zu werden. Das war im Jahr 2000.

Zum Zeitpunkt der Mitgliederversammlung lag ich im Krankenhaus. Sie hat mich dann angerufen mit den Worten: „Du bist Vorsitzende!“ Das kam schon ziemlich überraschend (lacht). Grundsätzlich hatte ich damals aber Lust auf die Aufgabe, sonst hätte ich das ja auch nicht gemacht. Außerdem hatte und habe ich einen guten Vorstand um mich herum – so macht die Arbeit im Ehrenamt Spaß.

__Was macht den SoVD in der heutigen Zeit so wichtig? Woran merken Sie das im Ortsverband?

Ich denke, dass es vor allem um die Hilfe bei Fragen zum Sozialrecht geht. Zum Beispiel zum

Schwerbehindertenausweis. Das ist alles noch viel komplexer geworden als früher. Und da ist es gut, wenn ich meine Mitglieder zur Beratungsstelle in Rendsburg schicken kann, wo den Leuten geholfen wird.

__Was können Sie vor Ort leisten? In Elsdorf-Westermühlen?

Natürlich rufen die Mitglieder auch bei mir an. Aber im Sozialrecht kann und darf ich nicht selbst beraten, da verweise ich strikt an die Kolleginnen in Rendsburg. Das klappt immer hervorragend. Wir im Ortsverband kümmern uns um andere Dinge. Wir sind einfach für die Menschen da – auch wenn es einmal Probleme gibt. Das sehe ich als meine Aufgabe im Ortsverband.

Ich besuche die Mitglieder zum Beispiel persönlich bei Geburtstagen oder Jubiläen. Außerdem plane und organisiere ich zusammen mit dem Vorstand unsere Veranstaltungen und Reisen. Unsere Aktivitäten hier vor Ort haben also vor allem etwas mit Nähe zu tun. Und das kommt sehr gut an.

__Geht dabei viel Zeit drauf?

Eigentlich nicht, aber das entscheidet auch jeder „Ehrenamtler“ selbst. In meinem Fall manchmal nur eine Stunde in der Woche. Manchmal aber auch drei bis vier.

__Gibt es Dinge, die Sie im Ehrenamt richtig nerven?

Wo Menschen miteinander zu tun haben, kann es immer Reibungen geben. Ich persönlich mag es zum Beispiel nicht, wenn Kritik nur indirekt geübt wird. Also zum Beispiel, wenn jemandem an einer Veranstaltung etwas nicht gefallen hat, das aber nicht uns



Maria Kieselbach

direkt erzählt, sondern nur anderen Leuten. Zum Glück kommt das bei uns im Ort so gut wie nie vor. Ich muss aber sagen, dass die positiven Erlebnisse bei Weitem überwiegen. Sonst wäre ich ja nicht schon über 20 Jahre dabei.

__Was treibt Sie denn besonders an? Was mögen Sie besonders am Ehrenamt im Sozialverband?

Ganz einfach gesagt: den Kontakt mit den Menschen. Wir gehen sehr herzlich miteinander um. Das ist einfach schön.

__Geht so etwas auch in Zeiten von Corona?

Tja, da sagen Sie was. Natürlich mussten wir alle gewaltige Abstriche machen. Veranstaltungen wurden ständig abgesagt. Ich bin froh, dass wir zumindest unsere Weihnachtsfeier durchführen konnten. Auch persönliche Besuche fanden anders statt. Statt im Wohnzimmer nur an der Haustür.

Aber selbst das hat den „Geburtstagskindern“ und mir persönlich viel bedeutet. Natürlich freuen wir uns alle, wenn wir nicht mehr über Hygieneverordnungen und Inzidenzwerte nachdenken müssen. Aber auch jetzt versuchen wir bei uns im Ortsverband, das Beste aus der Situation zu machen.



Auszeichnungen

Für **25-jährige Funktionärstätigkeit** wurde mit dem Ehrenschild ausgezeichnet: Gerda Stollberg (Ortsverband Friedrichskoog/Kreisverband Dithmarschen).

Der Vorstand gratuliert herzlich.



Wichtige Rufnummern



Foto: Tiko/Adobe Stock

- **Ärztlicher Notdienst: 116 117:** Die Nummer gilt bundesweit, funktioniert ohne Vorwahl und ist für Patienten kostenlos. In schweren, lebensbedrohlichen Notfällen bitte direkt die Rettungsleitstelle informieren unter Kurzwahl 112.
- **Patientenombudsverein:** Rat und Hilfe für Patient*innen. Für die Kreise Kiel, Rendsburg-Eckernförde, Plön, Segeberg 04343/42 41 62. Für die Kreise Ostholstein, Lübeck, Stormarn und Herzogtum Lauenburg 04331/7 08 48 82. Für die Kreise Neumünster, Dithmarschen, Steinburg, Pinneberg mit Helgoland 04641/98 73 69. Für die Kreise Nordfriesland, Flensburg, Schleswig-Flensburg 046 31/44 13 447. Bei Fragen zur Pflege: 04531/80 49 38.
- **Kindernottelefon:** anonym und gebührenfrei, Mo bis Sa, 14–20 Uhr: 0800/1 11 03 33.
- **Unabhängige Patientenberatung (UPD):** 0431/59 09 960, zusätzlich Mo–Fr 8–20 Uhr, Sa 8–16 Uhr die gebührenfreie, bundesweite Hotline: 0800/011 77 22.
- **Pflegenottelefon:** Unter 01802/49 48 47 erhalten Pflegebedürftige, deren Angehörige sowie Pflegekräfte Rat und Hilfe.
- **Bürgerbeauftragte des Landes für soziale Angelegenheiten:** 0431/9 88 12 40.
- **Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung:** 0431/9 88 16 20.



Aktuelle Urteile

Arbeitsrecht: Quarantäneanordnung ist keine „AU“

Muss eine Mutter vor dem geplanten Urlaubsantritt in Quarantäne, weil ihr Kind an Corona erkrankt ist, muss der Arbeitgeber ihr die Urlaubstage nicht nachgewähren. Die Frau erhielt später zwar auch ein positives

Corona-Ergebnis, hatte jedoch keine Symptome und erhielt daher auch keine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung. Diese hätte sie aber benötigt, um die Urlaubstage gutgeschrieben zu bekommen. Eine behördliche Quarantäne-Anordnung ist einem ärztlichen Zeugnis über die

Arbeitsunfähigkeit nicht gleichzustellen. Eine Corona-Erkrankung führe nicht zwingend zu einer „AU“. Ein „symptomloser Virusträger“ bleibe grundsätzlich arbeitsfähig, auch wenn es ihm durch die Quarantäne verboten wird, zu arbeiten (LAG Köln, 2 Sa 488/21). wb